

Preussische Allgemeine



Nr. 7 · 17. Februar 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Moloch Brüssel

Die Korruptionsaffäre im Europäischen Parlament weitet sich dramatisch aus Seite 2



Im Gespräch Ungarns
Kanzleramtsminister
Gergely Gulyás Seite 3



Gedenken Veranstaltungen
zum 550. Geburtstag von
Nikolaus Kopernikus Seite 9

FOTOS: MAURITIUS, BÜRO DES MINISTERRÄSIDENTEN, PA

VON RENÉ NEHRING

ANALYSE

Die tiefe Sehnsucht nach solider bürgerlicher Politik

Im Ergebnis der Neuwahl zum Berliner Abgeordnetenhaus offenbart sich quer durch alle Lager die Ablehnung von ideologischen Irrwegen

N och ist nicht klar, welche Regierung am Ende aus der Neuwahl des Berliner Abgeordnetenhauses hervorgehen wird. Trotz eines klaren Wahlsiegs der CDU und trotz deutlicher Verluste für die bisherige Regierungskoalition aus SPD, Grünen und Die Linke haben jene drei Parteien noch immer eine Mehrheit, um weiterhin im Roten Rathaus regieren zu können. Ob es der CDU gelingt, einen Koalitionspartner zu finden, um künftig das Stadtoberrath zu stellen, werden die Sondierungsgespräche zeigen.

Trotz des unklaren Ausgangs brachte die Berlin-Wahl einige klare Befunde. Der wichtigste: Immer mehr Bürger haben die Nase voll von den Bullerbü-Phantasien einer Großstadtschickeria, die mit immer neuen Ideen immer tiefer in ihre Lebenswelten eingreift, dabei jedoch die ureigensten Aufgaben vernachlässigt. Sie wünschen sich eine Regierung, die arbeitsplatzschaffende Unternehmen anwirbt, anstatt sie durch eine erdrückende Bürokratie zu verprellen. Sie wünschen sich eine Regierung, die den pulsierenden Verkehr ihrer Stadt souverän lenkt, anstatt mit immer neuen Schikanen gegen den Autoverkehr ausgerechnet das zuverlässigste Verkehrsmittel zu bekämpfen. Und sie wünschen sich eine Regierung, die gegen die wachsende Clan-Kriminalität vorgeht, anstatt diese mit immer neuen Ausflüchten zu verharmlosen.

Das Gestammel von Rot-Grün-Rot, vor allem der (noch) Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey, am Wahlabend und in den Tagen danach zeigt den tiefen Schock über das Wahlergebnis. Giffey's sozialdemokratische Partei, die zu Zeiten von Willy Brandt stets absolute Mehrheiten eingefahren hatte, holte diesmal nur noch 18,4 Prozent der abgegebenen Stimmen – und damit ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt an der Spree. Dass Giffey dennoch keine Verantwortung übernahm

und erklärte, weiterhin einen Anspruch auf die Führung der Stadt zu haben, zeigt, wie weit es mit dem demokratischen Anstand in unserem Land gekommen ist.

Eindeutige Erkenntnisse brachte die Berlin-Wahl auch für die CDU und ihren Spitzenmann Kai Wegner. Dieser ist zwar in Berlin geboren (siehe hierzu auch die Seite 8), entstammt jedoch als Spandauer einer ganz anderen Lebenswelt als es den selbsternannten Vordenkern in der Ära Merkel vorschwebte, die forderten, die Union müsse „Großstadtpartei“ werden.

Absage an Utopien

Wegners Welt ist das Berlin der bürgerlichen Stadtrandbezirke wie Pankow, Reinickendorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick. Das Berlin der Einfamilienhäuser und gepflegten Wohnanlagen, in denen diejenigen Bürger zu Hause sind, die mehr an Steuern und Abgaben in die Staatskassen einzahlen als sie an sozialen Leistungen empfangen. Und das Berlin, in dem das Chaos in der Innenstadt genauso abstoßend empfunden wird wie in den Kleinstädten und auf dem Lande, wo in Deutschland noch immer rund 70 Prozent der Bürger leben.

Während die Union in den letzten Jahren allzu oft meinte, ihr Heil darin suchen zu müssen, sich immer weiter von den eigenen Grundsätzen zu lösen, um bündnisfähig mit den Grünen zu werden, setzte sich Wegner bewusst von ebenjenen

Grünen ab. Wie sehr diese Strategie aufgegangen ist, belegen die Graphiken mit den Berliner Wahlkreisergebnissen, die einen breiten schwarzen Rand zeigen und eine schmale grüne Stadtmitte. Es sind Graphiken, die belegen, dass auch in einer Großstadt die Mehrheiten anders liegen als von falschen Propheten verkündet.

Genau ansehen sollte sich diese Graphiken auch die Bundes-CDU. Anders als von vielen Anhängern erwartet, hat sie in der Ära Merz bislang kaum auf den jahrzehntelang bewährten Kurs der bürgerlichen Mitte zurückgefunden und stattdessen sogar – Stichwort: Geschlechterproportz und Gleichstellung – ihre Grundsätze dem grün-linken Zeitgeist noch mehr angepasst als in der Ära Merkel. Der „Welt“-Journalist Robin Alexander erinnerte denn auch am Wahlabend daran, dass Wegner eher gegen den Kurs der Bundespartei Wahlkampf betrieben habe, weswegen insbesondere CDU-Generalsekretär Mario Czaja zwischendurch sogar erwogen hatte, den eigenen Spitzenkandidaten durch Jens Spahn zu ersetzen.

Die Sehnsucht nach Bürgerlichkeit offenbart sich auch bei den Ergebnissen von AfD und FDP. Erstere legte zwar nach Prozenten um einen Punkt zu, holte jedoch in absoluten Zahlen rund 8000 Stimmen weniger als noch vor anderthalb Jahren. Und dies, obwohl die Silvesterkrawalle junger Zuwanderer eigentlich eine Steilvorlage für die Partei gewesen wären.

Noch schlechter fällt das jetzige Ergebnis im Vergleich zu 2016 aus, als der bürgerliche Landesvorsitzende Georg Pazderski über 90.000 Stimmen mehr holte, was damals einem Stimmenanteil von 14,2 Prozent entsprach. Zum zweiten Mal hintereinander erwies sich somit der von der Landesvorsitzenden Kristin Brinker gefahrene Kurs der Annäherung an den Rechtsaußen-Flügel der Partei als Irrweg.

Nicht zuletzt zeigt sich die Sehnsucht nach bürgerlicher Politik auch im Ergebnis der FDP. Wie bei allen Landtagswahlen seit ihrem Eintritt in die Bundesregierung mit SPD und Grünen vor anderthalb Jahren erlebten die Liberalen auch diesmal massive Stimmeneinbrüche und flogen aus dem Landtag. Wundern kann sich über diesen Trend eigentlich niemand, erleben die Wähler die FDP doch im Alltag fast nie als bürgerliches Korrektiv zu rot-grünen Weltbeglückungstropien, sondern allzu oft als soliden Erfüllungsgelhilfen ebenjener Politik. Ob die Parteiführung die Kraft finden wird, wie angekündigt künftig eigene liberale Akzente zu setzen, kann angesichts der bisherigen Regierungsarbeit bezweifelt werden.

Lohnen würde sich ein Kurswechsel allemal. Die Bürger dieses Landes – das zeigen die Ergebnisse aller Parteien bei der Berlin-Wahl deutlich – wünschen sich kaum etwas sehnlicher als eine Politik, die sich frei von Ideologien pragmatisch um ihre Anliegen kümmert.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Sachen PCK Schwedt führt Polen seinen deutschen Partner vor Seite 5

Kultur

Vor 25 Jahren starb der Jahrhundertautor Ernst Jünger – Eine Erinnerung Seite 11

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein sammelten Freiwillige Spenden für den Kampf gegen die Sepsis Seite 13

Heimat

Was bleibt von einem ostpreussischen Leben übrig? Gedanken eines Enkels Seite 23



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Europäische Entwicklungen Während das linke Lager vor allem mit einem Korruptionsskandal für Aufsehen sorgt, könnte es im rechten im nächsten Jahr zu neuen Bündnissen kommen

Brüssel entpuppt sich erneut als Korruptionsparadies

Millionen-Schmiergelder bei Razzien gefunden, vier Verdächtige in Haft und immer neue Vorwürfe gegen EU-Parlamentarier

VON ROBERT MÜHLBAUER

Das Europaparlament steht seit einigen Wochen unter Schock. Einen solchen Skandal, der das Vertrauen in die Institution zutiefst erschüttert, hat es noch nie gegeben. An der Spitze des Parlaments gab es eklatante Korruption. Seit den Razzien im Dezember kommen immer neue Enthüllungen und Vorwürfe ans Licht. Schon sechs Personen sitzen in U-Haft. Erst holten die Ermittler Eva Kaili, die dann eilig abgesetzte griechische Vizepräsidentin des EU-Parlaments, ihren Lebensgefährten Francesco Giorgi, den italienischen Ex-Abgeordneten Pier Antonio Panzeri sowie einen hohen Gewerkschaftsfunktionär. Vorige Woche verhaftete die Polizei den belgischen Sozialisten Marc Tarabella und den italienischen EU-Abgeordneten Andrea Cozzolino, den sie in Neapel aufspürte. Das alles hat Brüssel ins Mark getroffen.

Nach Ansicht der belgischen Ermittler haben die Genannten sich vom Golfstaat Katar und von Marokko bestechen lassen, um in deren Sinne die europäische Politik zu beeinflussen. Ganze Koffer voll mit Bündeln von mutmaßlichem Schmiergeld, insgesamt eineinhalb Millionen Euro, wurden bei Kaili und Panzeri beschlagnahmt. Büros im Parlament sowie weitere Wohn- und Geschäftsräume wurden durchsucht. Die Polizei ermittelt wegen der Bildung einer kriminellen Organisation – und das mitten im „Herzen der europäischen Demokratie“, wie die Brüsseler Abgeordneten gerne selbst gesehen werden möchten.

Rückfall hinter Nationalparlamente

Nun ist das Wehklagen groß unter den EU-Parlamentariern. Sie fürchten, dass EU-kritische Kräfte den Skandal ausnützen und politisch für sich nutzen können. Der Chef der liberalen Fraktion Renew Europe, Stéphane Séjourné, warnt: „Wenn wir das (den Skandal) nicht vor dem Sommer lösen, dann ist das Futter für extremistische Debatten bei den nächsten Europawahlen.“ Der 37-jährige Franzose muss aber selbst zugeben, dass das EU-Parlament „in Bezug auf Transparenz und Antikorruptionsregeln hinter die nationalen Parlamente zurückgefallen ist“. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sagte zu dem Korruptionsskan-

dal: „Das Ganze ist wirklich bestürzend und sehr, sehr schmerzhaft.“

Die 44-jährige Kaili, bis zu ihrem Ausschluss am 9. Dezember vergangenen Jahres Mitglied der sozialdemokratischen Partei PASOK, erregte schon länger Aufsehen durch ein Luxusleben. Die Blondine, eine ehemalige TV-Moderatorin, machte in der PASOK Karriere und galt als Vertreterin der „Kaviar-Linken“, die sich in exklusiven Athener Nachtclubs oder auf Yachten im Mittelmeer und der Karibik vergnügen.

Als Schlüsselfigur in der Affäre gilt der italienische Ex-Abgeordnete Panzeri. Der 67-Jährige soll der Kopf des Korruptionsnetzwerks sein. Nach Ansicht der Ermittler hat er mit seiner Organisation „Fight Impunity“ (Bekämpft Strafflosigkeit) mindestens eine Million Euro Schmiergelder eingenommen. Nun, in der U-Haft, hat er zugestimmt, als Kronzeuge umfangreiche Aussagen zu machen, um seine Strafe zu

reduzieren. Nach Angaben von Kailis Anwalt Michalis Dimitrakopoulos will Panzeri demnächst weitere Abgeordnete aus Frankreich, Belgien und Italien belasten – und erstmals auch welche aus Deutschland. Sollte das stimmen, würde das den EU-Politbetrieb weiter beschädigen. Auffällig ist, dass bisher alle Beschuldigten aus den Reihen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) oder aus Gewerkschaften und linksgerichteten Nichtregierungsorganisationen (NGO) stammen.

Der langjährige Abgeordnete Panzeri (2004–2019) hatte zuletzt den Menschenrechtsausschuss des EU-Parlaments geleitet. Als seine Wiederwahl scheiterte, gründete er flugs die NGO „Fight Impunity“. Nach eigenen Angaben sollte diese Organisation gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit kämpfen. Dank seiner guten Beziehungen und Kontakte gelang

es Panzeri, zahlreiche Prominente aus dem Brüsseler Betrieb für Konferenzen und als Beiratsmitglieder zu gewinnen. Wie die meisten „Nichtregierungsorganisationen“ in Brüssel erhielt auch „Fight Impunity“ erhebliche Summen aus Regierungstöpfen und EU-Förderprogrammen.

Zusätzlich aber soll die Organisation in großem Stil Geld aus Katar angenommen haben. Das Golfemirat soll damit versucht haben, Abstimmungen des EU-Parlaments in seinem Sinne zu beeinflussen. Vor allem, als es um den beklagenswerten Stand der Menschen- und Arbeitnehmerrechte in Katar ging. Kaili traf sich mehrfach mit Ministern in Doha, im Europaparlament machte sie sich für eine positive Beurteilung Katars stark. Zudem stimmte der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten und Justiz dann dafür, Katarern eine Visa-freie Einreise in die EU zu erlauben. Auch hier hatten Panzeris Kontaktleute ihre Finger im Spiel. Sein Assis-

tent Francesco Giorgi, Lebensgefährte Kailis und Mitgründer der NGO „Fight Impunity“, hat inzwischen gegenüber den Ermittlern umfassend ausgesagt.

EU-geförderte NGO

Der deutsche AfD-Abgeordnete Nicolaus Fest, der im Rechtsausschuss sitzt, sieht sowohl Katar als auch das Geflecht der NGO in Brüssel sehr kritisch. „Die Abstimmung für Katar roch zehn Meilen gegen den Wind“, findet er. „Katar ist einer der Hauptfinanziers des Islamismus der Muslimbruderschaft und islamistischer Terrorbewegungen. Ich fand es unverständlich, dass es für dieses Land Visa-Erleichterungen geben sollte“, sagt der Politiker. Fest spricht von einem „Totalversagen des Parlaments, dass es nicht mehr gegen die Korruption getan hat“.

Aus seiner Sicht liegt indes die Hauptkorruption bei den NGO. „Das sind teilweise echte Geldwaschanlagen.“ Über die Finanzierung von NGO sei es für ausländische Mächte ein Leichtes, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Auch in Brüssel selbst gälten diese als heilig und unantastbar. „Sobald das Wort NGO fällt, ist man nicht mehr bereit, für Transparenz zu sorgen.“ Laut dem Statistikportal Statista sind in Brüssel rund 35.000 NGO, Verbände und Stiftungen aktiv. Fest moniert zudem, dass Brüssel jedes Jahr mehrere tausend Auftragsstudien von den NGO erstellen lasse und dafür viel Geld zahle. „Einige kleinere NGOs werden zu 100 Prozent vom Staat finanziert.“

Seitdem der Kaili- und Panzeri-Skandal aufgefliegen ist, geloben die Spitzen des EU-Parlaments Besserung. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola hat einen 14-Punkte-Plan gegen Korruption vorgelegt. Alle 705 Abgeordneten sollen sämtliche Kontakte und Treffen mit Lobbyisten öffentlich dokumentieren. Für Ex-Abgeordnete soll eine Abkühlperiode gelten, bevor sie bezahlte Lobby- oder NGO-Posten übernehmen dürfen. Die sogenannten „Freundschaftsgruppen“ von Parlamentariern mit Drittstaaten sollen aufgelöst werden. Einige Fachleute etwa von Transparency International (TI) bezweifeln, dass diese Maßnahmen ausreichen. Außerdem war Parlamentspräsidentin Metsola vor Kurzem selbst aufgefallen, dass sie zahlreiche Geschenke und Einladungen für Reisen und in Luxushotels nicht korrekt offengelegt hatte.



Kämpferin an vorderster Front gegen die Korruption oder selbst korrupt? EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola

EVP, EKR UND ID

Bewegung rechts der Mitte

Im EU-Parlament könnte es nächstes Jahr zu neuen konservativen Bündnissen kommen

Dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der CSU Manfred Weber bläst Gegenwind ins Gesicht. „Fällt die Brandmauer der Union gegen Rechts außen?“, titelte der „Spiegel“. Das war nach dem zweiten Treffen des Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) mit Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni in Rom. Der EVP-Parteifunktionär und Fraktionschef in Brüssel wollte Möglichkeiten für ein Bündnis ausloten. Gegner kritisierten, dass er mit Melonis „Brüdern Italiens“ (FdI) – die schließlich „Postfaschisten“ seien – anbandele. Auch als die römische Regierungschefin vergangene Woche in Berlin im Kanz-

leramt empfangen wurde, war Gegrummel bei SPD und Grünen zu hören.

Weber denkt strategisch. Er will nach der nächsten EU-Wahl im Mai 2024 die EVP-Fraktion wieder klar zur größten Kraft im Europaparlament machen. Dazu könnte er Verstärkung durch Meloni gut gebrauchen. Bislang ist die resolute Italienerin Vorsitzende des rechtskonservativen Parteienbündnisses Europäische Konservative und Reformen (EKR). Weber sagt, er wolle Meloni ins pro-europäische Lager ziehen. In der EVP dürften Konservative mitmachen, wenn sie für Europa, für die Ukraine und für den Rechtsstaat eintreten.

Ob ein Bündnis mit Melonis FdI oder der EKR tatsächlich zustande kommt, ist noch höchst unklar. Auch innerhalb der CDU/CSU gibt es Widerstände dagegen. Aber die wiederholten Treffen haben Spekulationen ausgelöst. Dominierende Kraft in der EKR-Fraktion ist bislang die polnische rechtskonservative Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Die schießt gegen Berlin mit hohen Reparationsforderungen für den Zweiten Weltkrieg. „Die PiS nutzt die EKR als Raum für anti-europäische und anti-deutsche Polemik“, sagt ein CDU-Abgeordneter der PAZ, der nicht namentlich genannt werden wollte.

Bei den nächsten Wahlen werden die italienischen Rechtskonservativen der FdI wohl stark zulegen und bis zu zwanzig Abgeordnete nach Brüssel entsenden. Damit sind sie eine begehrte Größe. In der CDU wird betont, dass auch andere EKR-Parteien mit EVP-Parteien kooperieren, etwa in Lettland, Tschechien oder der Slowakei. Die rechten Schwedendemoskraten stützen die bürgerliche Minderheitsregierung in Schweden. In Spanien gibt es regionale Koalitionen zwischen der Volkspartei (PP) und der rechten Vox.

In der zweiten rechten Fraktion in Brüssel, der Gruppe Identität und Demokratie (ID), werden die Annäherungsver-

suche aufmerksam verfolgt. Es sei aber „noch alles sehr volatil, vor der Wahl wird wohl nichts passieren“, sagt der deutsche AfD-Abgeordnete Nicolaus Fest. Der Politiker betont auch, wie heterogen und teils widersprüchlich die rechten Fraktionen EKR und ID in Brüssel sind. In einigen zentralen Fragen hätten sie unterschiedliche Ansichten, sei es in der Handelspolitik, beim Euro und in der Haltung zum Ukrainekrieg. Die einen sind sehr russlandkritisch und unterstützen militärische Hilfe für die Ukraine, andere haben zumindest in der Vergangenheit russlandfreundlich agiert und wollen sich aus dem Ukrainekrieg heraushalten. R.M.

„... ein Angriff auf unsere Souveränität“

Über den selbstbewussten und eigenständigen Weg der Ungarn in der Europäischen Union, das Verhältnis der Regierungspartei Fidesz zu CDU und CSU sowie die Priorität der ungarischen Regierung in ihrer Arbeit

IM GESPRÄCH MIT GERGELY GULYÁS

Unter den europäischen Nationen ist kaum eine den Deutschen so sehr verbunden wie die Ungarn. Allerdings wird diese Zuneigung nur selten erwidert. Stattdessen werden den Magyaren aus Berlin – und Brüssel – seit Jahren halbtotale Tendenzen und eine mangelnde Rechtsstaatlichkeit unterstellt. Ein guter Grund, um mit jenem Budapester Minister zu sprechen, der in der ungarischen Regierung für die Beziehungen zu Deutschland zuständig ist.

Herr Gulyás, seit über einem Jahr hat Deutschland eine neue Regierung. Zu Zeiten von Angela Merkel waren die deutsch-ungarischen Beziehungen oft angespannt. Wie gestalten sie sich jetzt mit Olaf Scholz?
Wir leben in schweren Krisenzeiten, die für die NATO und auch die Europäische Union, in denen sowohl Deutschland als auch Ungarn Mitglied sind, eine große Herausforderung bilden. Da diese Situation laufend Abstimmungen zwischen den Mitgliedern beider Bündnisse erfordert, haben wir ständig die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen beiden Seiten, und das nicht nur in inhaltlichen Fragen, sondern auch in der Konstellation der Regierungen. In Deutschland wird das Kabinett von einer Dreierkoalition aus sehr verschiedenen Partnern gebildet, in Ungarn haben wir in der vierten Legislaturperiode eine stabile Zweiparteienregierung. Ich denke, dass beiden Seiten klar ist, welche Rolle die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern nicht nur für uns, sondern auch für Europa hat. Und ich hoffe, dass wir zumindest mit der Mehrheit der Mitglieder der deutschen Regierung einen konstruktiven Dialog führen und eine gute Zusammenarbeit pflegen können.

In den letzten Jahren hatte man das Gefühl, dass oft mehr über als mit Ungarn gesprochen wurde. Ist das jetzt besser?

Ich denke, ja. Ein Beispiel dafür ist der Kompromiss, den wir im Dezember letzten Jahres im Streit um den Vorwurf von Rechtsstaatsproblemen in Ungarn gefunden haben. Dadurch wurde seitens der EU immerhin eine Teilsumme der uns zustehenden Gelder freigegeben, der Großteil bleibt allerdings eingefroren. Bei dem Kompromiss hat die deutsche Regierung eine wichtige Rolle gespielt. Allerdings ist – insbesondere aus den Reihen der Grünen, aber zum Teil auch von den Sozialdemokraten – der Ton Ungarn gegenüber noch immer inakzeptabel. Dies vor allem im Europäischen Parlament. Auf der Regierungsebene ist der Ton etwas zurückhaltender, aber auch hier gibt es Verbesserungspotential.

Wie steht es generell um die Beziehungen zur Europäischen Union?

Natürlich werden wir weiter darauf drängen, die eingefrorenen Gelder zu bekommen. Andererseits machen die EU-Mittel lediglich 1,4 Prozent des ungarischen Bruttoinlandsprodukts aus. Das Geld ist also nicht das wichtigste Thema. Die EU ist für uns – und ich denke für alle Mitgliedsstaaten – deshalb wichtig, weil wir jeder für uns allein zu klein sind, um am globalen ökonomischen Wettbewerb teilzunehmen. Deshalb stand es für uns nie zur Debatte, ob wir die EU verlassen sollen.

Die Debatte ist jedoch, was für eine Union wir haben möchten. Hier haben wir viele Streitthemen, zum Beispiel die Migration oder die Aufbau- und Resilienzfähigkeit oder der Siebenjahreshaushalt der EU sowie vor allem auch das Drängen der Kommission, immer mehr Macht an sich zu reißen und die Rechte der Mitgliedsstaaten zu beschneiden.

Ich denke, jedes Mitglied eines Clubs hat das Recht, seine Meinung zur Entwicklung



Sieht mit gemischten Gefühlen auf die Beziehungen zu Deutschland und zur EU: Der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyás (links) im Gespräch mit PAZ-Chefredakteur René Nehring
Foto: Büro des Ministerpräsidenten

dieses Clubs zu sagen, gerade dann, wenn diese Meinung von den Ansichten der anderen Mitglieder abweicht. Die ungarische Stimme ist ebenso wichtig für Europa wie die Stimmen unserer Partner. Wenn jemand mit gutem Willen mit unserer Regierung sprechen und einen Kompromiss finden möchte, ist dies immer möglich.

Eine Begründung der EU für die Blockade der Zahlungen an Ungarn ist der Vorwurf der Korruption in Ihrem Land. Haben Sie sich diesem Problem gestellt? Oder sagen Sie, dass der Vorwurf falsch ist?

Ich denke, dass der Vorwurf so, wie er erhoben wurde, falsch ist. Denn wir waren in diesem Bereich bereits damit fertig, ungarisches Recht zu modifizieren. Doch wie immer sind wir auch hier kompromissbereit, wenn uns jemand ein noch besseres System anbietet.

Aber eigentlich geht es der EU nicht um Korruption, die es auch in anderen Mitgliedsländern gibt, gegen die Brüssel nicht so hart vorgeht, sondern um gesellschaftspolitische und kulturelle Themen. Ganz vorn die Frage, welche Inhalte – vor allem bei Familien- und Geschlechterthemen – in den Schulen vermittelt werden sollen. Doch das Bildungssystem und die darin vermittelten Inhalte gehören nach den europäischen Regeln eindeutig in den Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Insofern ist eine Einmischung in dieser Frage ein Angriff auf unsere Souveränität.

Vor einigen Wochen sorgte ein Korruptionsskandal um die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Eva Kaili, für Schlagzeilen. Sehen die Ungarn diesen Fall mit einer gewissen Genugtuung, nach dem Motto: „Ihr seid selbst nicht besser!“?

Wir waren schon vor diesem Skandal der Überzeugung, dass wenn man etwas über die Korruption in Europa lernen möchte, man nach Brüssel reisen muss. Jetzt sehen wir, dass in der Europäischen Union viele Kollegen bereit waren, für einen Sonderlohn in bestimmten Fragen aktiv zu werden.

Es ist jetzt Aufgabe des Europäischen Parlaments, diese Skandale aufzuklären und die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen. Hierbei kann Ungarn als Vorbild dienen. Die EU-Kommission hatte von allen Abgeordneten unseres Parlaments verlangt, eine schriftliche Vermögensauskunft abzugeben. Daraufhin haben wir Regelungen eingeführt, die strenger als die der EU sind. Insofern bietet sich jetzt für das EU-Parlament die Möglichkeit, diese Regelungen auch für sich zu nutzen. Wir sind neugierig, wie es damit umgehen wird.

Zu Ihren europäischen Problemen gehört auch das Verhältnis der Regierungspartei Fidesz zur Europäischen Volkspartei (EVP), der christdemokratischen Fraktion im EU-Parlament. Fidesz ist 2021 aus der EVP ausgetreten, hat sich jedoch bislang keiner anderen Parteienfamilie angeschlossen. Heißt das, dass Sie eines Tages zur Volkspartei zurückkehren könnten?

Die Chancen dafür sehe ich heute geringer als vorher. Die EVP betrachtet die grünen und linksliberalen Parteien als mögliche Kooperationspartner im Europäischen Parlament.

Der Grund, warum wir solange in der EVP ausharrten, war unsere Verbindung zu CDU und CSU, da wir in Deutschland keinen anderen Partner haben. Auch heute können und wollen wir in Deutschland keinen anderen Partner haben als die Unionsparteien.

Weil Fidesz sich trotz aller Kritik nach wie vor in der konservativen Mitte sieht?

Exakt. Wir sind überzeugt, dass unsere Grundsatzpositionen noch immer die gleichen sind wie früher. Es sind auch die gleichen Positionen, wie sie noch vor wenigen Jahren von den europäischen Volksparteien vertreten wurden. Doch haben diese sich in der langjährigen Zusammenarbeit mit Liberalen, Sozialdemokraten, Grünen und sogar Kommunisten immer mehr von ihren eigenen Grundüberzeugungen entfernt.

Dass aus den Reihen der EVP sowie einzelner Mitgliedsparteien heraus immer wieder Forderungen an uns herangetragen werden, wir sollten unsere Programmatik mehr dem Geist der Zeit anpassen, ist angesichts der Tatsache, dass wir in Ungarn zum vierten Mal in Folge eine starke Mehrheit gewonnen haben, während westlich von Wien keine einzige christdemokratische Volkspartei mehr an der Regierung beteiligt ist, bemerkenswert. Wenn die EVP-Mitglieder ihre Lage in Ruhe bewerten, kommen sie nicht umhin anzuerkennen, dass ihnen die Aufgabe ihrer Werte um der Macht willen nicht genützt hat. Nachdem sie ihre Werte verloren hatten, haben sie früher oder später stets auch die Macht verloren.

Fidesz steht noch immer für die klassischen Werte, die auch einmal von der CDU und der CSU vertreten wurden. Wenn man sich unsere Wahlergebnisse ansieht und diese mit denen der Union vergleicht, haben wir vermutlich nicht allzu viel falsch gemacht.

Kritisiert wird Ungarn auch für seine Haltung zum Ukrainekrieg. Sie unterstützen die Ukraine, halten jedoch Ihre Beziehungen zu Russland aufrecht. Warum?

„Wir sind überzeugt, dass unsere Grundsatzpositionen noch immer die gleichen sind wie früher. Es sind auch die gleichen Positionen, wie sie noch vor wenigen Jahren von den europäischen Volksparteien vertreten wurden“

Wir sind uns in der ganzen EU darin einig, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gegen das Völkerrecht verstößt und deshalb zu verurteilen ist. Doch ich denke auch, dass andere europäische Länder ähnlich wie wir handeln würden, wenn sie in unserer geographischen und wirtschaftlichen Lage wären. Ungarn bezieht 85 Prozent seines Erdgases und 65 Prozent seines Erdöls aus oder über Russland, und zwar über ein auf Russland ausgerichtetes Leitungsnetz. Als Binnenland können wir einfach nicht wie Deutschland plötzlich Flüssiggas importieren.

Ungarn leistet jedoch viel humanitäre Hilfe an die Ukraine. Wir haben außerdem hunderttausende ukrainische Flüchtlinge aufgenommen, die anders als die Migranten der letzten Jahre echte Kriegsflüchtlinge sind. Wir tun auch alles dafür, dass diese Flüchtlinge sich in unserem Land wohlfühlen und reichen sie nicht einfach weiter nach Deutschland oder Skandinavien, was auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie nach dem Krieg in ihre Heimat zurückkehren.

Wo wir uns von unseren Partnern in der EU unterscheiden, ist jedoch, dass wir keine Waffen in die Ukraine liefern. Dies liegt daran, dass gleich hinter der ungarisch-ukrainischen Grenze, in Transkarpatien, rund 200.000 Ungarn leben. Wenn wir die Sicherheit dieser Landsleute ermöglichen wollen, können wir keine Waffen liefern.

Haben Sie das Gefühl, dass für diese besondere Lage Ihres Landes in der EU Verständnis aufgebracht wird?

Wenig. Besonders in den Medien nicht, wo gern der moralische Zeigefinger gegen uns erhoben wird. Dort wird es immer so dargestellt, als ob wir Putin-freundlich wären, was eindeutig nicht wahr ist. Wir haben zum Beispiel schon 2010 die russischen Anteile am ungarischen Mineralölkonzern MOL zurückgekauft, um den Moskauer Einfluss auf unser Land zu verringern.

Generell führt der Drang zur Vereinheitlichung in der EU dazu, dass die kleineren Mitglieder heute weniger Gehör finden als früher. Bei Ungarn ist das noch einmal speziell, weil wir eine konservative Politik betreiben und dafür auch noch große Unterstützung bei den Wählern erfahren. Zudem regieren wir seit zwölf Jahren, das Feindbild Ungarn ist gut aufgebaut. Es ist immer einfacher, über den ungarischen Ministerpräsidenten zu sprechen, den jeder kennt, als etwa über den slowakischen Regierungschef, der regelmäßig wechselt.

Wer Ihr Land kennt, kann kaum glauben, wie darüber in Europa zumeist berichtet wird. Gibt es Überlegungen, wie Sie ein anderes Ungarn-Bild vermitteln können?

Wir haben natürlich auch in diesem Bereich Ambitionen. Allerdings wissen wir, welcher geringen Einfluss wir in Europa haben, gerade in den Medien, wo selten objektiv über unser Land berichtet wird.

Anders sieht es beim Tourismus aus. Budapest ist eine wunderschöne Stadt und eines der beliebtesten Reiseziele in Europa. Gleiches gilt für andere Regionen unseres Landes. Beim Tourismus, in der Musik oder im Sport, in der Kultur und Gastronomie sind ungarische Leistungen anerkannt. Bei der Wirtschaft ist es schon schwieriger, obwohl Ungarn in der Orbán-Zeit den größten Entwicklungsschub seiner Geschichte erlebt.

Aber für eine breite Lobby-Arbeit auf der europäischen Ebene haben wir ganz einfach nicht die Mittel. Wir sehen, wo unsere Grenzen sind. Deshalb konzentrieren wir uns darauf, ein gutes Ungarn aufzubauen und für die ungarische Nation das Beste zu erreichen. Wenn wir über diesen Weg von uns ein besseres Bild in Europa vermitteln könnten, wäre das wunderschön. Aber unsere erste Ambition gilt unserem Land.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Gergely Gulyás** ist Minister im Amt des Premierministers (Kanzleramtsminister) der Republik Ungarn.
www.abouthungary.hu (Englisch)
www://kormany.hu/ (Ungarisch)

● MELDUNGEN

Berlin meldet Rekord

Berlin – In der deutschen Hauptstadt wurden im vergangenen Jahr so viele Asylbewerber und sogenannte Geflüchtete registriert wie nie zuvor. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) registrierte 2022 mehr als 90.000 Personen. Allein im Ankunftszentrum Tegel haben sich vergangenes Jahr 71.097 Menschen gemeldet, die aus der Ukraine gekommen sind. Rund 33.000 Ukrainer wurden offiziell in Berlin registriert. Die anderen wurden in andere Bundesländer weitergeleitet. Laut Schätzungen leben in Berlin mittlerweile insgesamt rund 100.000 Ukrainer. Durch die Aktivierung der EU-Massenzustromrichtlinie müssen Ukrainer keine Asylanträge stellen, um sich legal in einem EU-Staat aufhalten zu dürfen und eine Arbeit aufzunehmen. Trotz dieser Sonderregelung stieg die Zahl der in Berlin gestellten Asylanträge im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent. Die häufigsten Herkunftsländer waren Georgien, Syrien, die Türkei, Afghanistan und Moldau. H.M.

Geldstrafe für Vortäuschung

Erkelenz – Der ehemalige grüne Stadtrat Manoj Subramaniam Jansen aus Erkelenz ist vom Amtsgericht der nordrhein-westfälischen Stadt wegen des Vortäuschens von Straftaten und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe von 3600 Euro verurteilt worden. Der Dunkelhütige hatte im vergangenen Sommer mehrere vorgeblich rechtsextremistische Attacken auf seine Person inszeniert. So schmiedete er Hakenkreuze auf sein Auto und an seine Haustür. Darüber hinaus präsentierte der Lokalpolitiker einen Drohbrief mit der Aufschrift „NSU 2.0 Todesdatum 1.9.2022“, der ebenfalls von ihm selbst stammt. Die „rassistischen Angriffe“ führten zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen für Jansen und Stellungnahmen des grünen Ortsverbandes, in denen zum verstärkten „Kampf gegen Rechts“ aufgerufen wurde. Vergangenen September gestand das „Opfer“ dann die Täuschungshandlungen. W.K.

Mehr Gewalt im Bahnbereich

Potsdam – Laut einer aktuellen Auswertung der Bundespolizei wurden vergangenes Jahr in den Zügen und auf den Bahnhöfen der Bundesrepublik 398.848 Straftaten registriert. Das waren zwölf Prozent mehr als im Vorjahr. Darunter waren 14.155 Körperverletzungen, bei denen in 97 Fällen gefährliche Gegenstände zum Einsatz kamen. Darüber hinaus berichtet die Bundespolizei von 336 Messerattaken, davon 82 in fahrenden Zügen. Außerdem ereigneten sich 857 sexuelle Übergriffe. Das sind 160 mehr als im Vorjahr, was einer Steigerung von 23 Prozent entspricht. Der Anteil der Nichtdeutschen unter den identifizierten Gewalttätern lag bei 55,5 Prozent. Zusätzliche Angaben über die Beteiligung von Migranten mit deutschem Pass sowie Tätern mit mehrfacher Staatsbürgerschaft machte die Bundespolizei keine. W.K.



Am 10. Februar auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates: Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer Foto: imago/NurPhoto

EUROPÄISCHE UNION

Erfolg über Merkel-Politik

Europäischer Rat beschließt Maßnahmen gegen die Masseneinwanderung

VON HERMANN MÜLLER

Der jüngste Sondergipfel des Europäischen Rates kann als ein spätes Zeichen für das Scheitern von Angela Merkels Immigrationspolitik auf europäischer Ebene interpretiert werden. Während ihrer Amtszeit hatte Merkel weitgehend erfolglos versucht, als Antwort auf die Massenzuwanderung in Europa einen Mechanismus zur Umverteilung von irregulär eingereisten Ausländern zu installieren.

Die Beschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs vom vergangenen Freitag gehen nun allerdings in eine ganz andere Richtung. Unter Führung Österreichs haben sich die Forderungen zur Verhinderung illegaler Immigration durchgesetzt. Die Regierungschefs einigten sich darauf, den Grenzschutz zu verstärken und Abschiebungen zu beschleunigen. Zudem

wollen die EU-Länder den Druck auf solche Staaten erhöhen, die bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber bislang nicht kooperieren. Der Sondergipfel fand vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Zuwanderung statt, die für immer mehr Kommunen immer schwerer zu bewältigen ist.

Unter Führung Österreichs

Nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex hat es vergangenes Jahr gut 308.000 irreguläre Einreisen in die EU gegeben. Dies liegt deutlich unter der Rekordzuwanderung der Jahre 2015 und 2016. Während dieser vorhergehenden Migrationskrise hatten die EU-Länder 1,8 Millionen irreguläre Einreisen registriert. Den großen Unterschied machen allerdings die vier Millionen Flüchtlinge, die seit Februar vergangenen Jahres aus der Ukraine in die EU gekommen sind.

Insbesondere Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer und der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte waren zum EU-Gipfel mit dem Ziel gerüstet, die irreguläre Einwanderung zu begrenzen. Beide Regierungschefs konnten sich dabei auf eine Koalition von acht EU-Ländern stützen, welche die Masseneinwanderung nach Europa notfalls auch mit Grenzzäunen verhindern wollen. Diese Gruppe, zu der auch Dänemark und Griechenland zählen, hatte vor dem Sondergipfel einen Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und an Charles Michel, den Chef des EU-Rats, geschickt. Darin warnten die Absender, es gelte „eine weitere Migrationskrise größeren Ausmaßes zu verhindern“.

Grenzschutz verstärken

Gegenspieler der von Österreichs Regierung angeführten Gruppe waren die Bun-

desregierung und die Regierungschefs von Luxemburg, Portugal und Spanien. Sie hatten sich bemüht, Formulierungen in der Abschlusserklärung des Gipfels zu verhindern, welche die Migration allzu stark einschränken könnten. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte in Brüssel auch für legale Wege zur „Erwerbsmigration“ nach Europa geworben.

Abschiebungen beschleunigen

Ein Streitpunkt des Gipfels war die Frage, ob zukünftig auch EU-Mittel für Grenzschutzanlagen fließen sollen. Dagegen war Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel. Er sagte: „Es wäre eine Schande, wenn eine Mauer in Europa gebaut würde, mit den europäischen Sternen drauf.“ Völlig konträr dazu steht die Position von Österreichs Kanzler: „Physische Infrastruktur und Barrieren sind notwendig, um diese Außengrenzen zu schützen“, so Nehammer. Auf dem Gipfel hatte der ÖVP-Poliker ganz konkret EU-Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro gefordert, mit denen die EU-Außengrenzen in Bulgarien gesichert werden sollen.

In der Abschlusserklärung des EU-Sondergipfels wird der Begriff „Grenzzäune“ nicht erwähnt. Die Rede ist stattdessen von Mitteln für die Infrastruktur von Grenzen. Beobachter sehen dahinter einen Kompromiss, der es beiden Lagern erlaubt, das Gesicht zu wahren. In der Praxis könnte es letztendlich so laufen, dass die EU beispielsweise Bulgariens Überwachungskameras, Drohnen und Fahrzeuge zur Grenzüberwachung finanziert, während die eigentlichen Grenzzäune dann aus dem nationalen Staatshaushalt bezahlt werden.

Bundesrepublikanischer Alleingang

Aufgenommen haben die Staats- und Regierungschefs in die Abschlusserklärung auch die Möglichkeit „restriktive Visamaßnahmen in Bezug auf Drittländer einzuführen, die bei der Rückführung nicht kooperieren“. Bislang verlassen nach Angaben der EU-Kommission nur 21 Prozent der nicht asylberechtigten Ausländer Europa wieder. Faktisch verbleibt ein Großteil der illegal eingereisten Personen damit in der EU, sobald sie eine der EU-Außengrenzen übertreten haben. Ein Ergebnis des EU-Sondergipfels ist es, dass bei unkooperativen Staaten die Visavergabe verschärft werden soll. Bei der Rückführung Ausreisepflichtiger setzt die deutsche Bundesregierung hingegen noch immer auf einen Alleingang. Die Ampel-Regierung will an der Aushandlung bilateraler Rückführungsabkommen festhalten. Kritischer Punkt ist dabei, dass bislang mit wichtigen Herkunftsländern, etwa Tunesien und Marokko, solche Abkommen noch immer nicht zustande gekommen sind.

DEUTSCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

Englisch als zweite Amtssprache vorgeschlagen

Vorschlag von Vizepräsident Olbricht wird von Präsident Adrian unterstützt – Kritik aus der Verwaltung

Im Kampf gegen den Fachkräftemangel in Deutschland hat Klaus Olbricht, der Vizepräsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), vorgeschlagen, in Deutschland als zweite Amtssprache Englisch einzuführen. Unterstützung für den Vorschlag bekommt Olbricht von seinem Chef, Peter Adrian. Der DIHK-Präsident vertritt die Ansicht, Begriffe wie „Welcome“ dürfte es nicht nur im Internet geben, sondern auch in deutschen Behörden. „Englisch ist die Weltsprache und deshalb kann man damit auch in vielen deutschen Unternehmen erstmal weit kommen. Deshalb wäre es ein starkes Signal, wenn Menschen aus aller Welt bei den ersten Kontakten mit unseren Behörden nicht nur auf Deutsch weiterkommen“, so der DIHK-Präsident gegenüber dem „Münchner Merkur“.

Neu ist der Vorschlag zur Einführung von Englisch als zweite Amtssprache nicht. Die FDP hatte bereits in ihrem Wahlprogramm von 2021 gefordert, „Englisch neben Deutsch als zusätzliche Verwaltungssprache in Behörden“ zu ermöglichen. Zur Begründung führten die Freidemokraten an, dies würde „international agierenden Unternehmen die Tätigkeit in Deutschland vereinfachen und „die Gründung neuer Unternehmen sowie Behördengänge für Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten erleichtern. Als Motto prangte über dem Vorschlag seinerzeit die Aussage, „Nie gab es mehr zu tun.“

Verwaltungsexperten warnen indes, dass mit der Einführung von Englisch als zweiter Amtssprache ein weiteres „Bürokratiemonster“ entstünde, das für massive Mehrarbeit in den Behörden sorgen

wird. Auf Ablehnung stößt der Vorschlag etwa beim DBB Beamtenbund und Tarifunion. Der weist darauf, dass in vielen Behörden ohnehin schon Personal vorhanden ist, das Englisch sprechen kann. „Natürlich ist es nicht überall Oxford-Niveau, aber Englisch ist gelebte Verwaltungspraxis“, so Ulrich Silberbach, der Vorsitzende des DBB.

Ulrich Stock, DBB-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, warnt vor einem erheblichen Verwaltungsaufwand, wenn zu Deutsch noch Englisch als Amtssprache hinzukäme. „Allein die Tatsache, alle Verwaltungsakte zwingend in einer zweiten Sprache verfassen zu müssen, wäre ein bürokratisches Monster mit vielen juristischen Unwägbarkeiten“, so Stock. Auch der Städte- und Gemeindebund warnte bereits vor zusätzlicher Bürokratie und der Notwendigkeit einer jahrelan-

gen Umsetzungsphase. Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, bezeichnete den Vorstoß für eine zweite Amtssprache sogar als „kontraproduktiv“. Das Vorhaben „würde uns dem Ziel, eine bessere Willkommens- und Ankommenskultur zu etablieren, nicht näherbringen“, so Landsberg gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Abgesehen von den Gegenargumenten aus der Praxis ist mit einer schnellen Umsetzung des alten FDP- und neuen DIHK-Vorschlags auch aus einem anderen Grund nicht zu rechnen. Innerhalb der Ampel-Koalition sind es bislang nur die Liberalen, die für Englisch als zweite Amtssprache werben. Zur Einführung müssten zudem nicht nur der Bundestag, sondern auch die Parlamente aller 16 Bundesländer zustimmen. H.M.

ENERGIEKRISE

Polen führt deutschen Partner vor

Tanker mit Öl für die Schwedter PCK-Raffinerie wurde in Danzig abgewiesen

VON HERMANN MÜLLER

Wäre es nach Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) gegangen, dann hätte Robert Habecks Staatssekretär Michael Kellner (Grüne) bereits am 15. Februar auf einer Sondersitzung der Taskforce zur Raffinerie PCK erscheinen sollen. Wegen einer Asienreise mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird Kellner allerdings erst später nach Potsdam kommen. Trotz der Verschiebung dürfte der Fragebedarf an den Staatssekretär aus dem Bundeswirtschaftsministerium nicht abnehmen. Im Fall der Raffinerie in Schwedt haben sich nämlich viele Befürchtungen, die Habeck und Kellner entkräften wollten, nun bestätigt.

Nach dem Willen der Bundesregierung muss die PCK-Raffinerie in der nordbrandenburgischen Stadt seit Jahresbeginn auf russisches Rohöl verzichten. Bevor zum 1. Januar der Ölhahn bei der Druschba-Pipeline zugedreht wurde, hatte insbesondere das vom Grünen Habeck geführte Wirtschaftsministerium allerdings zugesagt, sich um eine sichere Alternativversorgung für die märkische Raffinerie zu kümmern. Als Ersatz für das russische Pipeline-Öl sollte Öl aus anderen Herkunftsländern über die Häfen in Danzig und Rostock herangeschafft werden. Kellner hatte Mitte Dezember im Bundestag zudem den Eindruck erweckt, Vereinbarungen mit Polen und Kasachstan zur Versorgung der PCK seien bereits unter Dach und Fach.

Nur noch 56 Prozent Auslastung

Wenige Wochen später macht sich in Schwedt und auch in der Landeshauptstadt Potsdam nun aber Ernüchterung breit. Dies betrifft insbesondere die bisherigen Aussagen der Bundesregierung. Seit Januar wird die PCK-Raffinerie nur noch über eine kleine Pipeline mit Öl versorgt. Diese Leitung reicht allerdings nicht aus, um die riesige Anlage mit so viel Öl zu versorgen, dass sie vollständig ausgelastet werden kann. Ein Teilbetrieb der Anlage gilt wiederum auf Dauer als wirtschaftlich nicht tragbar.

Nach Angaben der Geschäftsführung ist die Auslastung der Raffinerie nach dem Importstopp im Januar auf nur noch 56 Prozent abgesunken. Aus dem Bundeswirtschaftsministerium war im ver-



Trotz Engpass kein Ausbau geplant: Öl-Pipeline von Schwedt nach Rostock

Foto: imago/Jochen Eckel

gangenen Jahr noch eine Auslastung von 70 Prozent ab Januar zugesagt worden.

Auch die im vergangenen Jahr diskutierte Idee, zur Versorgung von Schwedt eine weitere Pipeline zu bauen, hat sich in Luft aufgelöst. Das Bundesverkehrsministerium bestätigte Ende Januar, dass keine zweite Öl-Pipeline vom Rostocker Hafen zur PCK-Raffinerie mehr geplant sei. Das Bundeswirtschaftsministerium will lediglich die vorhandene Leitung, die aus dem Jahr 1969 stammt, modernisieren, um den Durchfluss zu erhöhen.

Mit dieser Entwicklung ist die Schwedter Raffinerie noch stärker darauf angewiesen, über den Danziger Hafen mit Ölimporten versorgt zu werden. Wie sich nun herausgestellt hat, blockiert Polen allerdings die Belieferung. So ist laut Medienberichten im Januar ein Tanker mit Öl für Schwedt in Danzig abgewiesen worden. Von polnischer Seite wurde dies damit begründet, dass der Tanker von Rosneft, dem russischen Haupteigentümer der PCK, gechartert worden sei.

Ebenso verstörend sind Berichte, nach denen Polen auch im Januar weiterhin Öl aus Russland bezogen haben soll. Die polnische Seite beruft sich dabei auf laufende Verträge, die einzuhalten seien. Die Polen verweisen in diesem Zusammenhang auf Strafzahlungen, die bei Vertragsbruch fällig würden.

Scholz gerät unter Druck

Mit diesem polnischen Vorgehen ist es nun Deutschland, das im Alleingang auf russisches Pipeline-Öl verzichtet. In einer Protokollklärung hatte Bundeskanzler Scholz Ende Mai 2022 nach einem Gipfel des Europäischen Rats erklärt, auf eine von Ungarn durchgesetzte Ausnahmeregelung beim Ölebargo freiwillig zu verzichten. Polens Regierung hatte seinerzeit ebenfalls eine solche Protokollnotiz abgegeben. Der Umstand, dass Polen sich nun doch weiter mit russischem Öl beliefern lässt, könnte hierzulande dazu führen, den von Scholz erklärten Verzicht auf russisches Pipelineöl noch schärfer in

Frage zu stellen. Ebenfalls bereits im Januar hatten Unionspolitiker darauf hingewiesen, dass der Importstopp gar keine gesetzliche Grundlage habe, sondern eigentlich nur auf der Erklärung von Kanzler Scholz beruhe. Auch aus EU-Recht lässt sich bisher kein Importverbot ableiten. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hatten Ende Mai 2022 lediglich vereinbart, so weit wie möglich kein russisches Öl mehr zu kaufen. Es bestand auch Konsens darüber, dass weiterhin russisches Öl über Pipelines bezogen werden darf, solange einzelne EU-Länder die Lieferungen nicht ersetzen können.

Vor diesem Hintergrund hatte Unions-Fraktionsvize Sepp Müller bereits auf die Möglichkeit einer juristischen Schlappe hingewiesen, falls Rosneft auf die Einhaltung laufender Verträge vor Gericht pochen sollte. Wenn sich Deutschland über EU-Sanktionen hinausgehend von russischem Pipeline-Öl trenne, so Müller, sei es „zumindest zweifelhaft, ob es vor Gericht hält“.

KOLUMNE

Wahl-Farce

VON VERA LENGSELD

Berlin musste die Abgeordnetenhauswahl von 2021 wegen vieler Pannen wiederholen und die rot-grün-rote Koalition ist abgewählt. Sie wird trotzdem weitermachen, frei nach dem Motto von Annalena Baerbock – Wir behalten die Macht, egal was die Wähler gewählt haben. Das war schon vor dem Urnengang klar.

Franziska Giffey, die schlechteste Regierende aller Zeiten, hatte verkündet, dass die Koalition Bestand haben würde, wenn sie ihren Posten behalten könne. Das scheint nun der Fall zu sein. SPD und Grüne haben sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert und kommen nach dem vorläufigen Endergebnis beide auf 18,4 Prozent, wobei Giffey mit 105 Stimmen die Nase vorn hat. Vorausgesetzt, die hauchdünn unterlegene grüne Spitzenkandidatin Bettina Jarasch lässt nicht nachzählen, könnte die Koalition sich sofort neu konstituieren. Das würde aber zu undemokratisch aussehen, weil die CDU die Wahl klar gewonnen hat.

An diesem Sieg ist zweierlei bemerkenswert: Spitzenkandidat Kai Wegner war im linken Berlin mit klassischen CDU-Themen der Vormerkelzeit erfolgreich, und er hat mit großer Wahrscheinlichkeit keine Aussicht, Regierender Bürgermeister zu werden. Am Wahlabend verkündete SPD-Chefin Saskia Esken, dass Wegner keine Machtopion habe. Damit hat sie offenbart, was der Öffentlichkeit verheimlicht werden soll.

Prompt kam wenige Stunden darauf das Statement der Vize-Chefin der SPD, Klara Geywitz, dass die Partei mit langwierigen Verhandlungen rechnen. Mit diesem „Ringeln“ um Mehrheiten soll der Öffentlichkeit ein demokratischer Prozess suggeriert werden, der alles beim Alten belässt. Wer hatte noch gleich gesagt: „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“? Die Berliner haben gewählt, aber ihre Stimmen werden missachtet. Berlin ist nicht mehr sexy, sondern arm dran.

MELDUNG

Angst in Berliner Kiezen

Berlin – Fast ein Drittel der Berliner fühlt sich in seinem Viertel nicht mehr sicher. Dies förderte eine Umfrage des Forsa-Instituts im Auftrag der „Berliner Zeitung“ zutage. Danach gaben lediglich 68 Prozent der befragten Berliner Wahlberechtigten an, sich abends noch im Heimatkiez sicher zu fühlen. Für den Ostteil Berlins ermittelten die Meinungsforscher einen Wert von 65 Prozent, im Westteil 71 Prozent. Bei den befragten Wählern über 60 Jahre gaben sogar 62 Prozent an, sich im eigenen Viertel nicht mehr sicher zu fühlen. Nach Einschätzung von Forsa spiegelt sich das mangelnde Sicherheitsgefühl der Berliner auch in den regelmäßig durchgeführten Befragungen zum Vertrauen in Institutionen wider. Bei diesen Umfragen zeigten Bürger Hamburgs mit 81 Prozent und Bürger Bayerns mit 85 Prozent großes Vertrauen zur Polizei. In Berlin gaben dagegen nur 61 Prozent der Befragten an, Vertrauen zur Polizei zu haben. H.M.

VERWALTUNG

Grüner Senator bringt Mitarbeiter gegen sich auf

„Dey“ oder „xier“: Umstrittene Gender-Verordnung von Finanzsenator Wesener sorgt für Unmut

Eine Anordnung des Berliner Finanzsenators Daniel Wesener (Grüne) sorgt für Unmut unter seinen Mitarbeitern. Wesener verlangt von den Beschäftigten der Finanzämter in einer Rundmail Auskunft darüber, ob sie in ihrer dienstlichen E-Mail-Signatur als Mann, Frau oder etwas anderes angesprochen werden wollen. Zwar ging die Rundmail schon am 16. Januar heraus, aber es dauerte einige Zeit, bis offenbar verärgerte Mitarbeiter die Anordnung ihres Dienstherrn an die Öffentlichkeit weitergaben.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben des Senators: „Da wir nicht immer anhand des Vornamens auf das Geschlecht einer Person schließen können, ist es sinnvoll, in der eigenen E-Mail-Signatur das bevorzugte Pronomen und die bevor-

zugte Anrede zu nennen.“ Um das zu bewerkstelligen, schlägt Wesener drei Beispiele vor: „Der Absender ist eine Frau, sie schreibt unter ihren Namen: ‚sie/ihr‘ (Anrede: ‚Sehr geehrte Frau Musterperson‘). Zweitens: Der Absender ist ein Mann, er schreibt unter seinen Namen: ‚er/ihm‘ (Anrede: ‚Sehr geehrter Herr Musterperson‘). Drittens: Der Absender ist weder Frau noch Mann und schreibt unter den Namen: ‚kein Pronomen‘ (Anrede: ‚Guten Tag, Manu Musterperson‘).“

Nun angeblich freiwillig

Der Senator schreibt weiter: „Wer weder Frau noch Mann ist, kann entweder auf das Pronomen verzichten oder wahlweise auch ein ‚Neopronomen‘ verwenden, also statt ‚er‘ oder ‚sie‘ diese Worte eintragen:

‚dey‘ oder ‚xier‘.“ Wesener begründet seinen Vorstoß: „Die Anrede sollte sich nach der Selbstauskunft der Person richten und nicht danach, wie andere ihr Geschlecht wahrnehmen oder ihren Vornamen deuten. Klarheit über die korrekte Anrede des Gegenübers entlastet auch die Person, die ihr schreiben möchte.“

Zunächst wollte Wesener seinen Plan, dass Mitarbeiterinnen, die sich aber als Männer fühlen, ihre dienstinterne E-Mail ändern, sogar als dienstliche Anordnung durchdrücken – und nicht etwa bloß als Möglichkeit. Hier ist der Senator nach aufkeimenden Protesten indes zurückgerudert. Jeder Mitarbeiter könne angeblich selbst entscheiden, ob er dem Ansinnen Folge leistet oder nicht. Eine Pflicht bestehe nicht.

Doch selbst wenn nun Mitarbeiter auf dem dienstrechtlichen Wege das Vorhaben ihres obersten Dienstherrn ignorieren können, wird das wohl kaum jemand machen, weil er Karriere Nachteile befürchten muss. In dem Rundschreiben eines Abteilungsleiters heißt es: „Bei den neuen Gender-Regeln soll es sich um eine Präventivmaßnahme handeln, um transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen – wie per Gesetz vorgeschrieben – vor Diskriminierung am Arbeitsplatz zu schützen.“

Damit bringt er deutlich zum Ausdruck, welche hohe ideologische Bedeutung die Leitung der Behörde ihrem Vorhaben beimisst. Da dürfte sich kaum ein Mitarbeiter entziehen, dem seine künftige Laufbahn etwas bedeutet. Frank Bücker

● MELDUNGEN

Dänemarks
CO₂-Speicher

Kopenhagen – Als erstes Land hat Dänemark Genehmigungen für die umstrittene, mit hohem Aufwand an Energie verbundene CO₂-Speicherung im Meeresboden erteilt. Zulassungen erhielten die Energiekonzerne Total Energies und ein Konsortium aus den Unternehmen Ineos und Wintershall-Dea. Ineos/Wintershall-Dea wird das Verfahren CCS (Carbon capture and storage, CO₂-Abscheidung und Einlagerung) im ehemaligen Ölfeld Nini West 50 Kilometer entfernt von der dänischen Küste als Pilotprojekt durchführen. 15.000 Tonnen CO₂ sollen durch mehrere Schieferschichten hindurch 1800 Meter tief unter den Meeresboden in Sandsteinhöhlräume gepumpt werden. TotalEnergies will mittelfristig bis zu fünf Millionen Tonnen CO₂ jährlich in einem 2000 Quadratmeter großen Gebiet 250 Kilometer entfernt von der dänischen Nordseeküste unter dem Meeresboden einlagern. Dort befinden sich die von dem Konzern betriebenen Harald-Gasfelder. **D.J.**

Epidemiologen
packen aus

London – Die renommierten Epidemiologen Colin Butler und Delia Randolph haben in einem Gastbeitrag für die britische Zeitung „The Mail on Sunday“ die „skandalöse Unterdrückung der Debatte“ über die Herkunft des Coronavirus kritisiert. Bei ihren Untersuchungen zum Ursprung der Pandemie im Auftrag des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) seien sie zu der nahezu sicheren Erkenntnis gelangt, dass der Erreger nicht aus der Natur, sondern aus einem Forschungslabor in China stamme. Allerdings hätten sie aufgrund der „Orwellschen Zustände“ der letzten Jahre nicht gewagt, dies auch in den UNEP-Berichten zu schreiben. Nun indes, da die Verlogenheit der offiziellen Informationspolitik zum Thema Corona immer deutlicher werde, fänden sie endlich den Mut, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Für Butler und Randolph könnten genetisch veränderte Viren wie SARS-CoV-2 beim „Schadenspotential Atomwaffen Konkurrenz machen“. **W.K.**

Wachstum
durch Russen

Tiflis – Georgien ist ein beliebtes Ziel-land, in das massenweise junge Russen seit Beginn des Ukrainekriegs geflüchtet sind. Durch den Migrationsdruck wird zwar einerseits Wohnraum knapp und teuer, was die steigende Inflationsrate zusätzlich anheizt, andererseits bringen die meist gut ausgebildeten Russen Knowhow und gern gesehenes Kapital mit. Otar Nadaraia, Chefökonom der TBC Group, dem größten georgischen Geldinstitut, sagte, dass Georgien rein wirtschaftlich von der Zuwanderung profitiere. Derzeit halten sich laut georgischem Innenministerium etwa 150.000 Russen in Georgien auf, das sind knapp vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Laut Internationalem Währungsfonds stieg das Bruttoinlandsprodukt des Landes um zehn Prozent, ohne die Zuwanderer hätte das Wachstum schätzungsweise bei 8,5 Prozent gelegen. **MRK**

RUSSLAND

Ein möglicher Rivale

Der Privatarmeechef und „Koch des Kreml“, Jewgenij Prigoschin, könnte Präsident Putin gefährlich werden

VON BODO BOST

Der russische Präsident Wladimir Putin scheint bemerkt zu haben, dass der Ukrainekrieg einen gefährlichen Konkurrenten für seine eigene Macht geschaffen haben könnte: Jewgenij Prigoschin, den Gründer des privaten Militärunternehmens Gruppe Wagner, dessen Truppen an der Seite der russischen Armee kämpfen. Prigoschin, der wie Putin aus St. Petersburg stammt und einst mit einer Restaurantkette dort seine Karriere begonnen hat, erlaubt sich als einziger im Umfeld von Putin, den Präsidenten offen zu kritisieren. Bislang durfte das sonst niemand wagen.

Seit Beginn des Ukrainekrieges hat Putin dafür gesorgt, dass keine Rivalen auftauchen können. Bisher sah Putin in Prigoschin nur ein Gegengewicht zu den Generälen. Bald könnte er ihm jedoch selbst gefährlich werden.

Bekannt wurde Prigoschin zunächst nur als „Putins Koch“ oder „der Koch des Kreml“, der es schaffte, mit seinem Gastronomieunternehmen Concorde Staatsbankette durchzuführen und die Schulspeisung russischer Kinder im ganzen Land zu übernehmen. Dann gründete er eine Trollfabrik, die dabei half, bei den Wahlen Putins Macht zu sichern. Schließlich gründete Prigoschin die paramilitärische Organisation Gruppe Wagner, deren Mitarbeiter in Afrika, Syrien und nun in der Ukraine an vorderster Linie kämpfen. Namensgeber soll der deutsche Komponist Richard Wagner sein, weil Prigoschins Vize, Dmitrij Utkin, ein großer Wagner-Bewunderer sein soll.

Russlands zweitwichtigster Akteur

Mit dem Ukrainekrieg ist Prigoschin in eine andere Liga aufgestiegen und hat alle anderen Freunde Putins überflügelt. Dazu gehören Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Sekretär des russischen Si-

cherheitsrates, Nikolaj Patruschew, der Vorstandsvorsitzende des staatlichen russischen Rüstungskonzerns Rostec, Sergej Tschemesow, und Putins engster Freund, Jurij Kowaltschuk. Prigoschin wurde zum zweitwichtigsten Akteur in Russland hinter Putin.

Sein kometenhafter politischer Aufstieg wurde in diesem Sommer deutlich, als er begann, russische Straflager zu besuchen und Gefangene für seine Privatarmee zu rekrutieren. Denjenigen, die an der Front in der Ukraine kämpfen, bot er Begnadigungen an: sechs Monate Dienst und dann die Freiheit. Um dies zu erreichen, musste Prigoschin gleich mehrere wichtige russische Sicherheitsbehörden übergehen: den Föderalen Strafvollzugsdienst, den Föderalen Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation (FDB), das Innenministerium, die Generalstaatsanwaltschaft und das Ermittlungskomitee. Alle diese Institutionen haben einen besonderen Status. Sie sind nur Präsident

Putin unterstellt, und niemand wagte es bisher, ihnen zu widersprechen.

Offene Kritik an Autoritäten

Das nächste Anzeichen für den neuen Status von Prigoschin war seine offene Konfrontation mit dem Verteidigungsministerium und dem Generalstab des Militärs. Seit dem Einmarsch in die Ukraine haben nur die Leute, die an der Front sind, direkten Zugang zu Putin. Ehemalige Mitglieder des inneren Kreises, die in der Nacht gelandet sind, wurden weniger wichtig. Prigoschin hat es geschafft, sich das Image des effektivsten Kämpfers zu geben. Er ist nicht dem Verteidigungsministerium unterstellt und nicht in das System der Militärbürokratie eingebunden. Er bestimmt seine eigenen Aufgaben, Ziele und Zeitrahmen selbst.

Putin scheint mit dieser Regelung einverstanden zu sein. Er erlaubte Prigoschin, Generäle rüde und öffentlich zu kritisieren. Sogar der tschetschenische Staatschef Ramsan Kadyrow, der früher einen direkten Draht zu Putin, aber keine militärischen Erfolge hatte, ist jetzt Prigoschin unterstellt. Prigoschin scheint bereits ein völlig unabhängiger politischer Akteur zu sein.

Am 10. Januar meldete Prigoschin über den Telegram-Kanal seines Unternehmens die Einnahme der ukrainischen Stadt Soledar durch Kämpfer der Gruppe Wagner. Dies war sein größter Sieg, aber auch ein Beweis für den Kontrollverlust Putins. Mit der Einnahme von Soledar durch Prigoschin und dessen Gruppe Wagner, die von Putin zunächst verschwiegen wurde, wird deutlich, dass auch Putin erkannt hat, dass Prigoschin sein Konkurrent geworden ist.

Viele Russen, die sich von Putins Propaganda nicht mehr täuschen lassen, sind frustriert, dass die Armee nicht mehr gewinnt. Mit Prigoschins Aufstieg geht die Zeit der Propagandakrieger Putin und Kadyrow langsam zu Ende. Eine neue Realpolitik scheint sich in Russland durchzusetzen. Prigoschin durfte sogar als einziger führender Mann Russlands die Kampfmoral der ukrainischen Soldaten loben. Dieses Lob für den Gegner macht Hoffnung auf Deeskalation, auch wenn die USA Prigoschin auf die Terrorliste setzen wollen, weil bekannt wurde, dass er Deserteure in den eigenen Reihen hinrichten ließ.



Beim Besuch des Gastronomieunternehmens Concorde: Hausherr Jewgenij Prigoschin (r.) mit seinem Förderer Wladimir Putin

GROSSBRITANNIEN

Schwere Zeiten für die Tories

Reform UK, die ehemalige Brexit Party, könnte die Conservative Party wertvolle Prozente kosten

Das neue Jahr hat nicht gut angefangen für die Tories. Dass die Umfragewerte mies sein würden, damit haben alle gerechnet. Aber der Absturz auf 24 Prozent erschüttert Großbritanniens Konservative bis ins Mark. Nach den Turbulenzen um den Brexit und die Corona-Eskapaden des früheren Premiers Boris Johnson sucht die Partei nach dem Rücktritt der Johnson-Nachfolgerin Liz Truss nach einer neuen Identität.

In der Tageszeitung „The Telegraph“ hat die ehemalige Premierministerin moniert, dass ihr die Partei nie eine „realistische Chance“ zur Durchsetzung ihres radikalen Programms gelassen habe. Gleichzeitig ging sie auf Distanz zur Steuerpolitik ihres Nachfolgers Rishi Sunak. In der Partei wird seit Monaten mit harten Bandagen gekämpft. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet hat, machen Gerüchte

die Runde, die „Eliten von Davos“ hätten Truss über die Finanzmärkte zum Scheitern gebracht und durch ihren „Handlanger“ Sunak ersetzt.

Befeuert werden die Streitigkeiten von der ehemaligen Brexit Party, die seit zwei Jahren „Reform UK“ heißt. Immerhin sieben Prozent würden laut Meinungsumfragen diese EU-skeptische Partei wählen.

Die Brexit Party wurde Anfang 2019 von Befürwortern eines harten EU-Ausstiegs gegründet. Initiator war der langjährige Vorsitzende der UK Independence Party (UKIP) Nigel Farage, der Jahre für einen Brexit gekämpft hatte. Bei den Europawahlen 2019 erreichte sie mehr als 30 Prozent und war damit stärkste Einzelpartei. Doch auf nationaler Ebene blieben die Ergebnisse schwach. Nachdem der Brexit erreicht war, zogen sich viele der

Gründer zurück, die Partei verschwand aus der öffentlichen Wahrnehmung.

Der Unternehmer und frühere Europaabgeordnete Richard Tice trat der Brexit Party noch im Jahre ihrer Gründung bei. Zwei Monate nach deren Umbenennung in „Reform UK“ im Januar 1921 übernahm er deren Vorsitz von Farage.

Unter ihm ist die Partei nicht mehr so immigrationskritisch ausgerichtet wie unter seinem Vorgänger. Bei der Reform UK dominieren nun wirtschaftspolitische Themen, und sie sucht gar nicht erst den Anschluss an die Konservativen. Sie fordert den Abbau der Wartelisten im Gesundheitswesen, einen schlankeren Staat und die Förderung billiger fossiler Brennstoffe statt grüner Klimapolitik.

„Die Tories haben so viel Unheil über das Land gebracht, dass sie es verdienen, zerdrückt und zerstört zu werden“, sagt

Tice martialisch. Anders als sein Vorgänger stellt er klar, dass seine Partei bei den kommenden Parlamentswahlen nirgendwo zurückziehen werde. Farage hatte in besonders umkämpften Wahlkreisen darauf verzichtet, eigene Kandidaten ins Rennen zu schicken. Für ihn hatte es Priorität gehabt, den Sieg eines Kandidaten der EU-freundlichen Linken zu verhindern.

Aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts, das die großen Parteien bevorzugt, gilt es zwar als ausgeschlossen, dass die Reform UK im neuen Parlament vertreten sein wird, doch schon ein Ergebnis von mehr als fünf Prozent würde die Chancen der Konservativen erheblich schmälern. Die aktuelle Entwicklung scheint derart interessant zu sein, dass Farage mit einem politischen Comeback liebäugelt. **Peter Entinger**

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Als sich chinesische Konzerne vor einigen Jahren in Afrika große Agrarflächen zum eigenen Feldbau sicherten, war das Schlagwort „Landgrabbing“ in aller Munde. Bereits 2004 machte die „taz“ mit dem Titel „Eure erneuerbare Energie ist Öko-Kolonialismus“ ein Thema bekannt, das in Lateinamerika und Afrika heute mehr denn je Brisanz hat. Am Beispiel von Chile wird das damit verbundene Unrecht deutlich.

Missachtung der Indigenen

Der chilenische Staat vergab Nutzungsrechte an Wasser, Land und Rohstoffen an private Unternehmen und in der Elektrizitätswirtschaft an sogenannte Independent Power Producers (IPP). Diese Konsortien aus zumeist europäischen und nordamerikanischen Investoren errichteten Wind- und Solarparks oftmals auf Ländereien, die ursprünglich der überwiegend indigenen Bevölkerung gehörten. Menschenrechte und der Naturschutz werden dabei missachtet, Widerständige eingeschüchtert und durch Morddrohungen zum Schweigen gebracht. Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gab 2021 bekannt, dass in Chile Projekte mit insgesamt mehr als 47 Gigawatt (GW) installierter Kapazität für „grünen“ Strom genehmigt wurden, darunter etwa 30 GW für Photovoltaik und fast 14 GW für Windkraftvorhaben. Deutsche Firmen erhoffen sich davon weitere Beteiligungsmöglichkeiten und Lieferchancen.

Heute hüten sich die „taz“ und andere Medien, den Begriff Öko-Kolonialismus und seinen fatalen Hintergrund wiederaufleben zu lassen. Soll doch um jeden Preis vermieden werden, dass hierzulande die katastrophalen Umstände der angeblich umweltschonenden Technologien zur Erzeugung von „grünem“ Strom und Wasserstoff auf anderen Kontinenten bekannt werden und Diskussionen auslösen. Jüngst wollte Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch der Länder Brasilien, Argentinien und Chile deren Präsidenten seinen „Klimaclub“ schmackhaft machen. Damit verbunden sind Vorhaben für Wind- und Solarparks in den drei Ländern zur Produktion von „grüner“ Energie für den Export nach Deutschland.

Dürre durch Windparks

Natürlich sind der Kanzler und sein Energieminister Robert Habeck über die massiven Menschenrechtsverstöße und die Umweltverschmutzung informiert, die in Lateinamerika in Verbindung mit dem Bergbau, dem wasserverschlindenden Lithiumabbau, dem ebenfalls hohen Was-



In den Fußstapfen der Chinesen und der einstigen europäischen Kolonialherren: Bundeskanzler Olaf Scholz in Lateinamerika

ERNEUERBARE ENERGIEN

Öko-Kolonialismus ohne schlechtes Gewissen

Deutschlands Auslagerung der Gewinnung „grünen“ Stroms nach Lateinamerika hätte dort schwere ökologische und auch soziale Folgen

serverbrauch der Forst- und Agrarindustrie und dem Bau von Wind- und Solarparks erfolgen. In Chile kämpfen die Industriekonzerne um die schwindenden Wasservorräte des Landes, während das Land seit eineinhalb Jahrzehnten einer Jahrtausenddürre ausgeliefert ist. In den ausgebeuteten Regionen bleiben die rechtlosen Kleinbauern hilflos zurück. Ihre Anliegen macht allenfalls das katholische Hilfswerk Misereor publik. Aufgrund des Wassermangels zeichnet sich ein Notstand ab, der den Zusammenbruch großer Teile der Wirtschaft des Landes zur Folge haben könnte. Dessen ungeachtet traten die Präsidenten Chiles und Argentinien, Gabriel Boric und Alberto Ángel Fernández, dem sogenannten Klimaclub bei, während Brasiliens Lula da Silva dem Vorschlag des Bundeskanzlers wie auch dessen Bitte um Liefere-

runge von Panzermunition für die Ukraine eine Abfuhr erteilte.

2019 hatte der Bremer Windkraftprojektor wpd den Zuschlag für drei Windenergie-Projekte in der Region Araucaria im Süden Chiles erhalten. Der Windpark in Collipulli in der Provinz Malleco ist bereits fertiggestellt. Das bedeutet: 77 Windräder als neue Nachbarn für das Volk der indigenen Mapuche. Collipulli ist bekannt als „Rote Zone“, als Konfliktzone. Die Mapuche fordern ihre Ländereien zurück, die ihnen der Staat geraubt und an große Agrar- und Forstunternehmen verkauft hat. Die Mitbewerber von wpd hatten sich daher aus dem Bieterwettbewerb zurückgezogen, während das deutsche Unternehmen seine Chance nutzte. Die Pachtverträge wurden mit den wohlhabenden Agrarunternehmern geschlossen, die das Grundstück besitzen.

Der Wassermangel und die anhaltende Dürre in großen Teilen Argentinien und Chiles sind das Resultat von politischer Willkür. Hintergrund ist, dass die gestörte Bewegung von Luft den Abtransport von Wärme/Energie und damit die Kühlung des Bodens behindert. Somit sinken die Aussichten auf ausreichende Niederschläge immer weiter. Wenn die Grünen aufgrund von Deutschlands kolonialer Vergangenheit tatsächlich Verantwortung übernehmen wollen, wie Außenministerin Annalena Baerbock bei der Übergabe einiger Benin-Bronzen in Nigeria erklärt hat, müssten sie den wirtschaftlichen Kolonialismus anprangern, der die Rechtlosigkeit der Indigenen zementiert. Als Konsequenz sollten die Verantwortlichen ihre Pläne aufgeben, Deutschlands Energieerzeugung teilweise in diese Länder auszulagern.

NUKLEARENERGIE

Frankreich plant 14 weitere Kernreaktoren

Im Gegensatz zu Berlin setzt Paris auf mehr statt auf weniger Atomstrom

Ende Januar jubilierte der grüne Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, während einer internen Sitzung des Netzagenturbeirats: „Wir freuen uns über jedes AKW, das am Netz ist!“ Damit meinte er allerdings nicht die letzten in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2, sondern die nach einer längeren Pause wieder hochgefahrenen 18 französischen Atommeiler. Dadurch produzieren nun 44 der insgesamt 56 in Frankreich vorhandenen Reaktoren Strom und mildern so auch die Folgen der verfehlten Energiepolitik der Bundesrepublik. Und es könnte noch besser kommen.

Am 24. Januar stimmte das Oberhaus des französischen Parlamentes, der Se-

nat, mit 239 gegen 16 Stimmen für ein Gesetz zur Ermöglichung des beschleunigten Baues neuer Kernreaktoren. Die Abgeordneten folgten damit dem Aufruf der Ministerin für Energiewende, Agnès Pannier-Runacher: „Es geht darum, keine Zeit zu verlieren!“ So gelten künftig vereinfachte Vorschriften für Genehmigungsverfahren, in deren Verlauf nicht mehr die Kommunen, sondern staatliche Behörden die Einhaltung der nötigen Standards prüfen. Um Zeit zu sparen, kann die Errichtung von Nebenanlagen zudem auch bereits vor Abschluss der Diskussion über die Sicherheit der Reaktoren beginnen.

Insgesamt sind 14 weitere Atommeiler vorgesehen, die jeweils am Standort bereits existierender Kernkraftwerke ge-

baut werden sollen. Jeweils zwei sollen in Penly in der Normandie, in Gravelines am Ärmelkanal sowie entweder in Bugey oder Tricastin an der Rhone entstehen. Die Standorte der übrigen Meiler sind noch offen. Zwischen 2035 und 2050 sollen die 14 Atommeiler ans Netz gehen. Der Kraftwerksbetreiber, die börsennotierte, aber staatlich dominierte französische Elektrizitätsgesellschaft Électricité de France (EDF), rechnet mit Baukosten von 50 bis 65 Milliarden Euro.

Die 14 Neubauten würden die geplante Außerbetriebnahme der älteren Reaktorblöcke in Bugey, Tricastin, Dampierre, Gravelines, Saint-Laurent, Blayais, Chinon, Paluel, Cruas und Belleville kompensieren, deren Laufzeit zum Teil bis 2050 verlängert werden soll. Die Not-

wendigkeit dieser Stilllegungen soll nach dem Willen des Senats nochmals überprüft werden.

Mit dem neuen Gesetz wurde der Plan des bis 2017 amtierenden französischen Präsidenten François Hollande aufgegeben, den Anteil des Atomstroms in Frankreich von 75 auf 50 Prozent zu reduzieren und zur Erreichung dieses Ziels keine neuen Reaktoren mehr zu errichten, sondern vielmehr nach Fessenheim 1 und 2, die bereits im Februar und Juni 2020 außer Betrieb gegangen sind, noch ein Dutzend weiterer Meiler abzuschalten.

Im März muss zwar noch das Unterhaus des französischen Parlaments, die Nationalversammlung, das Gesetz absegnen. Das gilt aber als Formsache.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Teurer E-Auto-Betrieb

München – Viele Nutzer von Elektroautos sind von drastisch gestiegenen Strompreisen betroffen. Richtig teuer ist oftmals das Laden an Schnellladesäulen entlang von Autobahnen geworden. Dort kann die Kilowattstunde Strom unter Umständen bis zu einem Euro kosten. Bei großen Elektroautos führt dies zu Energiekosten von mehr als 20 Euro pro 100 Kilometer Fahrtstrecke. Bei modernen Dieselfahrzeugen liegen die Kosten derzeit nur bei der Hälfte. Nach Angaben des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) können die Nutzer von Elektroautos ihre Kosten deutlich senken, wenn sie über eine eigene Solaranlage selbst den Fahrstrom produzieren. H.M.

Erfolgreiche Geldwäsche

Berlin – Wie der Berliner Justizstaatssekretär Ibrahim Kanalan auf eine Anfrage des CDU-Rechtsexperten Alexander Herrmann mitgeteilt hat, müssen in der Bundeshauptstadt inzwischen mehr als die Hälfte aller Verfahren wegen Geldwäsche eingestellt werden. Geldwäsche liegt unter anderem vor, wenn Erlöse aus Schmuggelgeschäften, Betrug und Gewalttaten in den Erwerb von Immobilien oder anderen Sachwerten fließen. Vergangenes Jahr liefen insgesamt 4990 entsprechende Verfahren. Davon wurden 2669 vorzeitig beendet. Das sind über 53 Prozent. Als Grund für diesen hohen Prozentsatz nennen Justizexperten die enormen finanziellen Ressourcen der Beschuldigten und die große fachliche Expertise ihrer Verteidiger, denen die unterbesetzten und schlecht ausgestatteten Strafverfolgungsbehörden nichts Ausreichendes entgegenzusetzen hätten. Die Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung des Landes Berlin, Lena Kreck (Linkspartei), hat kürzlich erst wieder betont, dass die Bekämpfung der Geldwäsche ein Schwerpunkt ihrer Arbeit sei. W.K.

Mangel an Flächen

Dresden – In Sachsen fehlen derzeit freie Gewerbeflächen. Dabei wurden beispielsweise rund um den weitläufigen ehemaligen sowjetischen Militärflugplatz Großhain bereits sehr viele Grundstücke für die Ansiedlung von kleineren, mittleren sowie größeren Unternehmen erschlossen. Der Mangel an noch verfügbaren Gewerbeimmobilien hat nun die Staatsregierung in Dresden alarmiert. Sie legte deshalb das Sofortprogramm „RegioPlan“ auf. In dessen Rahmen können Gemeinden für die Einrichtung neuer Gewerbegebiete bis zu 75 Prozent der Aufwendungen erstattet bekommen. Die enorme Gewerbeflächenachfrage erklärt die landeseigene Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WFS) vor allem mit der „kundenorientierten und effizienten Verwaltung“ vor Ort. Jedenfalls scheint die ständig behauptete Abschreckung von Investoren durch den hohen Anteil von AfD-Wählern und -Sympathisanten sowie Regierungskritikern im Freistaat nicht allzu wirkmächtig zu sein. W.K.

ANALYSE

Die Kandidatin

PETER ENTINGER

Bei den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten ist es ein wenig wie beim Mikado. Wer zuerst zuckt, verliert. Bei den Republikanern könnte das für den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump und seinen selbsternannten Herausforderer gelten. Das Demoskopieunternehmen „Morning Consult“ befragte vor einigen Wochen 3459 „Republikaner, die sich auch an den Vorwahlen beteiligen wollen“, nach ihren Favoriten.

Ergebnis: 48 Prozent waren für Trump, 31 Prozent für Ron DeSantis, den Gouverneur von Florida, acht Prozent für Mike Pence, drei Prozent für Liz Cheney, je zwei Prozent für Ted Cruz und die ehemalige UN-Botschafterin Nikki Haley, je ein Prozent für Greg Abbott, Kristi Noem, Mike Pompeo und Tim Scott sowie deutlich weniger als ein Prozent für Glenn Youngkin.

Doch glaubt man US-amerikanischen Kommentatoren, muss das nicht viel heißen. Denn die Amerikaner würden Außenseiter lieben, die spät ins Rennen einsteigen und das Feld von hinten aufröhlen. Für den 15. Februar hatte Haley, die ihren UN-Posten nach gut einem Jahr im Herbst 2018 aufgrund von Differenzen mit Trump aufgab, einen öffentlichen Auftritt angekündigt. Allgemein wurde erwartet, dass sie nun ins Präsidentschaftsrennen einsteigen würde. Die Medien in den USA überschlugen sich geradezu vor Begeisterung. Einhelliger Tenor: „Die Zeit ist reif für eine Frau.“ Das sehen auch immer mehr Wähler so.

Haley könnte zugutekommen, dass sie nicht für den Typ „fortschrittliche“ Politiker-Frau europäischen Formats steht. Die 51-Jährige ist strikte Abtreibungsgegnerin und spricht sich auch gegen gleichgeschlechtliche Ehen aus.

Ihre angekündigte Kandidatur macht sogar die Demokraten nervös. Trump-Nachfolger Joe Biden hat offengelassen, ob er im kommenden Jahr erneut antreten wird. Immer häufiger wird diskutiert, den 80-Jährigen durch seine Stellvertreterin Kamala Harris zu ersetzen.

Hier Haley, das Kind indischer Einwanderer, dort Harris mit afroamerikanischen und asiatischen Wurzeln. Hier eine konservative Frau aus Unternehmerkreisen, dort die liberale Vollblut-Politikerin. Für die US-Öffentlichkeit

ein geradezu traumhaftes Duell. Haley wurde 1972 in South Carolina, als Nimrata Nikki Randhawa geboren. Im Alter von 24 Jahren heiratete die Tochter von Sikhs den methodistischen Offizier der Nationalgarde Michael Haley nach dem Ritus der Sikhs sowie auch der Methodisten. 1997 nahm sie den Glauben ihres Mannes an. Kritiker Haleys aus der eigenen Partei, von denen es nicht wenige gibt, bezeichnen dies gerne als eine „Überanpassung.“

Ihr Vorteil könnten dabei durchaus Herkunft und Werdegang sein. Sie wurde in eine eher kleinbürgerliche Schicht hineingeboren, hat ein abgeschlossenes Studium im Rechnungswesen absolviert und hat gemeinsam mit ihrer Mutter ein florierendes Wirtschaftsunternehmen aufgebaut. Und sie gilt als clevere Taktikerin. Obwohl ihr Bruch mit Trump 2018 offensichtlich war, hat sie bis heute auf eine öffentliche Distanzierung verzichtet. Das könnte ihr Stimmen gerade aus den ländlichen Regionen verschaffen, wo der Altpräsident immer noch über erstaunlich hohe Zustimmungswerte verfügt.

Ihre unverbindliche Art weckt naturgemäß Neider. Haley sei ein „raghead“ (Lappenkopf), tönte vor Jahren der damalige republikanische Senator Jake Knotts, ein innerparteilicher Gegner Haleys. „Ragheads“ ist eine abwertende Bezeichnung für Muslime, Araber oder Sikhs, die ein Kopftuch tragen.

Haley selbst hat sich bisher aus den innerparteilichen Scharmützeln konsequent herausgehalten. Der frühere Außenminister Mike Pompeo, der selbst gerne die Demokraten herausfordern würde, hat mit seinem Buch „Niemand einen Millimeter nachgeben“ das Gerücht gestreut, dass Trump es während seiner Präsidentschaft in Erwägung gezogen habe, seinen Vize Pence durch Haley zu ersetzen. Damit habe er wohl die Behauptung untermauern wollen, dass zwischen Trump und Haley eine Art Arbeitsteilung bestehen sollte.

„Es ist wirklich traurig, wenn man Lügen und Geschwätz verbreitet, nur um ein Buch zu verkaufen“, konterte Haley lässig. Sie weiß, dass sie ein dickes Fell brauchen wird. „Auch wenn viele es nicht wahrhaben wollen: Ich übernehme nicht irgendwelche Vorgaben. Ich habe meinen eigenen Kopf und sortiere für mich selbst, was ich richtig finde und was ich falsch finde“, sagte sie kürzlich.



Anlässlich des 80. Jahrestages des sowjetischen Sieges in der Schlacht von Stalingrad: Enthüllung der Büsten von Georgi Schukow, Josef Stalin und Alexander Wassilewski (v.l.) in Wolgograd

Foto: imago/ITAR-TASS

ZWISCHENRUF

Stalins Rückkehr

BODO BOST

Anlässlich des 80. Jahrestags des sowjetischen Sieges in der Schlacht von Stalingrad ist in der russischen Stadt Wolgograd ein neues Denkmal für Josef Stalin enthüllt worden. Die Stadt erhielt sogar für zwei Tage ihren alten Namen von 1925 bis 1961 zurück. Das Denkmal steht in der Nähe des Panoramamuseums der Schlacht von Stalingrad, es umfasst ein Denkmal für Stalin und zwei weitere sowjetische Marschälle: Georgi Schukow und Alexander Wassilewski. Es steht nur 120 Meter vom Denkmal für die Opfer der politischen Repression unter Stalin entfernt, das nicht entfernt wurde.

Die Entscheidung, drei Büsten an der Stelle zu errichten, an der früher das Denkmal für Schukow stand, wurde erst vor Kurzem, also während des Einmarsches in der Ukraine getroffen. Das deutet darauf hin, dass damit die neue Putinsche Kriegsideologie gefördert werden sollte. Der Bildhauer Sergey Scherbakov, der die Büsten geschaffen hat, musste sie im Eilverfahren anfertigen. Die Skulpturen sind

aus Bronze gefertigt und stehen auf einem Sockel aus Granit. Die Oberweite beträgt etwa 90 Zentimeter in der Höhe und 80 in den Schultern, und sie sind nicht klein.

Zur Einweihung der Büsten äußerte sich der Vorsitzende des regionalen Veteranenrates sowie der Wolgograder Ge-

bietsduma Alexander Bloschkin über die Rolle der Schlacht von Stalingrad: Der Sieg in Stalingrad sei für die Sowjetunion nicht nur ein militärischer, sondern auch ein moralischer Sieg gewesen, der die geistige Kraft gestärkt und alle inspiriert habe, die auf dem Schlachtfeld und an der Heimatfront die Niederlage des Faschismus herbeigeführt hätten.

In einer Zeit, in der viele, wie Russland jetzt sagt, „unfreundliche Länder“, Gedenkstätten für sowjetische Soldaten abbauen, weil sie die Ideologie dahinter nicht mehr teilen, scheint Russland umso mehr um die Bewahrung des Vermächnisses des Sieges besorgt. Deshalb war die Wiedererrichtung des Stalin-Denkmal als ein Tribut an die historische Wahrheit und Gerechtigkeit, wie sie Putin versteht. Auf der heldenhaften Vergangenheit hat Putin seinen derzeitigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Fundament für die Zukunft Russlands aufgebaut. „Unsere Stadt war 36 Jahre lang nach ihm benannt“, versicherte Bloschkin, ohne die übrigen Namen in der 400-jährigen Geschichte der Stadt zu nennen.

Das Allrussische Zentrum für Meinungsforschung gab zu diesem Anlass die Ergebnisse einer Umfrage unter den Bürgern Wolgograds bekannt. Die Einwohner der Stadt wurden befragt, ob sie die Umbenennung in Stalingrad wünschen. 67 Prozent der Einwohner Wolgograds, die an der Umfrage teilgenommen haben, lehnen diese Initiative eher ab, heißt es in einem Bericht.

Ehrung des Diktators durch ein neues Denkmal und eine Umbenennung

PORTRÄT

Wie Kai aus der Kiste

In dem Kinderbuch „Kai aus der Kiste“ von 1926 sorgt ein Reklamewettstreit in Berlin dafür, dass besagter Kai einen begehrten Posten erhält. Wie Kai aus der Kiste ist bei der Wiederholungswahl in Berlin nun auch Kai Wegner gesprungen, wobei ihm geholfen hat, dass das linke Lager für sich selbst so viel Anti-Reklame auffuhr, indem es die Hauptstadt kaputtregiert hat. So bekam der volksnahe CDU-Mann den Wahlsieg auf das Silbertablett serviert (siehe Seiten 1 und 5).

Die Wahl hat er zwar gewonnen, aber ob Wegner den erhofften Posten als Regierender Bürgermeister übernehmen kann, steht mangels bereitwilliger Koalitionspartner in den Sternen. Vielleicht gelingt ihm ein Coup wie im Dezember 2019, als er die damalige Kulturstaatssekretärin Monika Grütters vom Amt als Berliner CDU-Landesvorsitzende regelrecht weggeputscht hatte. Damals revan-

chierte er sich dafür, dass sie ihn bei ihrem Amtsantritt drei Jahre zuvor vom Posten als Generalsekretär der Berliner CDU verscheucht hatte.

Den Spandauer Bezirkspolitiker, dem etwas Provinzielles anhaftet und der bei seinen öffentlichen Auftritten in der Berliner Presse spöttisch in die Nähe von Kleingartenbesitzern gerückt wird, sollte man nicht unterschätzen. Das quirlige

urbane Hauptstadt-Flair mag ihm fehlen, doch die Bürgernähe ist dem 50-jährigen Versicherungskaufmann nicht abzusprechen. Wenn es um die marode Stadtverwaltung mit ihrem Terminstau geht oder gegen die links-grüne Verkehrspolitik, die zugunsten der Fahrräder die Autos ausbremst, oder um die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Silvesternacht zwischen zumeist immigrantischen Krawallmachern und der Polizei, dann spricht Wegner eine klare Sprache, die bei vielen Berlinern gut ankommt.

Mit konservativen Ansichten grenzt sich Wegner dabei von der Bundes-CDU ab, die ihn bei den Wahlen nur wenig unterstützt hatte. Nachdem er von 2005 bis 2021 Bundestagsabgeordneter und baupolitischer Sprecher der CDU gewesen war, zog es ihn zurück zu seinen Wurzeln in der Stadt. Dort könnte dieser Kai noch oft für Überraschungen gut sein. H. Tews



Berliner Wahlsieger: Kai Wegner

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Blick über Ostpreußens Himmel hinaus

Vor 550 Jahren wurde der Astronom Nikolaus Kopernikus geboren – Veranstaltungen im „Kopernikusjahr“

VON VEIT-MARIO THIEDE

Nikolaus Kopernikus wurde am 19. Februar 1473 in Thorn (Toruń) geboren. Er revolutionierte mit seinem heliozentrischen System das Weltbild der Menschheit. Bis dahin glaubte diese an das geozentrische System. Das erklärt die Erde zum unbeweglichen Mittelpunkt des Weltalls, um den sich die Sonne und alle anderen Himmelskörper bewegen. Kopernikus aber verkündete, dass sich die Erde um sich selbst dreht und dabei wie die anderen Planeten um die Sonne kreist. Anlässlich des 550. Geburtsjubiläums hat Polen das Kopernikusjahr ausgerufen. Es wird mit einem Wissenschaftlichen Kongress, Festen, Vorträgen und Sonderausstellungen begangen. Wir begeben uns auf die Spuren des Kopernikus vom Taufbecken im Thorner Dom bis zum Grab im Dom von Frauenburg [Frombork].

Sein wahrscheinliches Geburtshaus steht in der heutigen Kopernikusstraße. Das aus Backstein erbaute gotische Stufengiebelhaus und das Nachbarhaus beherbergen das von Michał Klośiński geleitete Nikolaus-Kopernikus-Museum. Desse interaktive Dauerschau vermittelt historisches und heutiges astronomisches Wissen, stellt Thorn im Mittelalter vor und macht uns mit Leben und Werk von Kopernikus bekannt. Sein gleichnamiger Vater war Kaufmann. Er heiratete die wohlhabende Barbara Watzzenrode.

Nach dem frühen Tod der Eltern übernahm der Onkel Lukas Watzzenrode die Vormundschaft für Nikolaus und seine drei Geschwister. Der 1489 zum Bischof und Regenten des unter dem Schutz des polnischen Königs stehenden Ermlandes gewählte Watzzenrode finanzierte die Ausbildung seines Neffen an der Universität Krakau sowie an italienischen Universitäten. Obendrein verschaffte er ihm die einträgliche Mitgliedschaft im ermländischen Domkapitel zu Frauenburg.

In Thorn macht Klośiński auf Sonderausstellungen im Altstädtischen Rathaus aufmerksam. Im September startet die Schau „Das Geheimnis der Sonne. Kopernikus, Sohn der Renaissance“. Thema sind seine Studienjahre in Italien sowie der Einfluss der dortigen Renaissancekultur auf sein späteres Werk. Kopernikus studierte ab 1496 an der Universität Bologna Kirchenrecht, an der Universität Padua Medizin und erlangte 1503 an der Universität Ferrara den Titel eines Doktors des kanonischen Rechts. Klośiński verheißt exzellente internationale Leihgaben, darunter Gemälde von Lorenzo Lotto, Paris Bordone und Jacopo da Palma.

Ausstellungen in Thorn

Am 18. Februar wird die Sonderschau „Das lesenswerteste aller Bücher“ eröffnet. Im Mittelpunkt steht das Hauptwerk von Kopernikus: „De revolutionibus orbium coelestium“ (Über die Kreisbewegungen der Himmelsbahnen). Kopernikus schrieb über „diese meine Nacharbeit“: „Was gibt es Schöneres als den Himmel (...) von Philosophen aufgrund seiner außerordentlichen Herrlichkeit sichtbare Gottheit genannt.“ Am Manuskript arbeitete er über Jahrzehnte, wollte es aber aus Angst vor Spott nicht veröffentlichen.

Obwohl Luther und Melanchthon über das kopernikanische System lästerten, weil es nicht in Einklang mit der Heiligen Schrift stehe, begab sich ihr Wittenberger Professorenkollege Rheticus 1539 nach Frauenburg und überzeugte Kopernikus von der Notwendigkeit der Veröf-



Sorgte für ein neues Weltbild: Blick in die Frauenburger Dauerausstellung über den Astronomen Nikolaus Kopernikus Foto: pa

fentlichung. Rheticus brachte eine Abschrift des Manuskripts dem Nürnberger Buchdrucker Johannes Petreius. Die Überwachung des Drucks vertraute Rheticus dem Nürnberger Reformator Andreas Osiander an. Der jedoch verfasste anonym ein Vorwort mit Ausführungen, wonach das heliozentrische System bloße Hypothese sei. Johannes Kepler war einer der ersten Wissenschaftler, die das heliozentrische System als physikalische Realität anerkannten. Er korrigierte jedoch die kreisrunden kopernikanischen Planetenbahnen zu elliptischen.

Obwohl Papst Paul III. die ihm von Kopernikus angetragene Widmung seines Hauptwerks angenommen hatte, setzte die Indexkongregation 1616 „De revolutionibus“ als nicht bibelkonform auf die Liste der verbotenen Bücher. Die Sonderausstellung präsentiert mehrere Exemplare der Erstausgabe von 1543, die interessante Randnotizen aufweisen. Klośiński kündigt als besondere Attraktion Leihgaben aus der Universitätsbibliothek Uppsala an. Diese Bücher gehörten einst Kopernikus. Als Beute der Schweden im Krieg gegen Polen überstellte sie König Gustav Adolf II. 1626 der Universität.

Auch weit jüngere Bände werden ausgestellt: Kaiser Wilhelm I. ermutigte den „Coppernicus-Verein für Wissenschaft und Kunst zu Thorn“, die erste gedruckte deutsche Übersetzung von „De revolutionibus“ aus dem Lateinischen anfertigen zu lassen. Sie erschien 1879.

Der Coppersnicus-Verein ging aus dem Komitee hervor, welches für das vor dem Altstädtischen Rathaus stehende Kopernikus-Denkmal sorgte. Der Entwurf der 1853 enthüllten überlebensgroßen Bronzefigur war das letzte Werk von Christian Friedrich Tieck, jüngerer Bruder des romantischen Schriftstellers Ludwig Tieck. Ein zur Lebenszeit von Kopernikus entstandenes Porträt ist nicht überliefert.

Gleichwohl hängt im großen Saal des Altstädtischen Rathauses sein berühmtestes „Porträt“. Das um 1580 gemalte Bildnis zeigt Kopernikus im roten Pullunder. Den Kopf leicht zur rechten Körperseite gedreht, scheint er uns aus den Augenwinkeln zu beobachten. Er hat ein mächtiges Kinn. Sein dunkles, lockiges Haar steht an den Seiten weit ab. Diesen Er-

scheinungstypus weisen die meisten seiner „Porträts“ auf. So auch das in der Nähe des Taufbeckens im Thorner Dom angebrachte Epitaph (vor 1589).

Das wohl eigenwilligste Kopernikus-Porträt versetzten die nach der Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung nach Allenstein gekommenen neuen polnischen Einwohner hinter das prächtige Backsteinschloss. Kaiser Wilhelm II. hatte für diese von Johannes Gottfried Götz geschaffene Büste 10.000 Mark bezahlt. Sie stellt Kopernikus mit weit aufgerissenen Augen dar. Bis 1945 stand die 1916 enthüllte Büste vor dem Allensteiner Schloss. Dort sitzt seit 2003 der von Urszula Szmyt geschaffene Kopernikus auf einer Bank und schaut hinüber zum Schloss. Es war in den Jahren 1516 bis 1519 Amtssitz des die Güter des ermländischen Domkapitels verwaltenden Kopernikus.

In Allenstein und Frauenburg

Er kehrte 1520 nach Frauenburg zurück, das jedoch infolge des zwischen Polen und dem Deutschen Orden ausgetragenen „Reiterkriegs“ auf Befehl des Hochmeisters Albrecht von Brandenburg-Ansbach und späteren Begründers des Herzogtums Preußen zerstört wurde. Kopernikus zog sich bis 1521 nach Allenstein zurück und sorgte für die Verteidigung der Stadt gegen den Deutschen Orden.

Im Schloss ist heute das Museum für Ermland und Masuren untergebracht. Über dem Eingang zur ehemaligen Amtswohnung von Kopernikus sind Relikte seiner astronomischen Versuchstafel erhalten. Am 21. März wird in den ehemaligen Wohnräumen zu seinen Ehren eine Sonderausstellung eröffnet. Museumsdirektor Piotr Zuchowski erklärt das Nachdenken über die Zeit zu deren Leitmotiv. Gezeigt werden Uhren und Kalender.

Besondere Attraktion ist das einzige in Polen erhaltene Buch aus dem Besitz von Kopernikus. Er hat auf einige Seitenränder medizinische Rezepte notiert. Kopernikus war Arzt der ermländischen Bischöfe und erteilte auch Herzog Albrecht medizinischen Rat. Weitere seiner handschriftlichen Notizen, Briefe und Dokumente präsentiert die bereits laufende Sonderausstellung „Kopernikana“ des Museums der Ermländischen Diözese.

In Frauenburg, wo Kopernikus als Domherr wirkte, ragt am Fuß der Anhöhe am Frischen Haff, auf der die mit Wehrmauer, Türmen und Toren ausgestattete Backsteinfestung steht, Mieczyslaw Welters Bronzefigur von Kopernikus auf. Das 1973 enthüllte Denkmal ist der Sieger eines Bildhauerwettbewerbs, wie Dorota Wójcik erzählt. Die Kuratorin des im ehemaligen Bischofspalast eingerichteten Kopernikus-Museums kündigt an, dass ab Juli die anderen Kopernikus-Modelle des damaligen Wettbewerbs zu sehen sind.

Der Gang durch die Kopernikus gewidmete Dauerschau ist empfehlenswert. Zum Auftakt zeigt sie Kopien der berühmtesten Kopernikus-Gemälde. Danach stellt sie Kopernikus als vielseitigen und kenntnisreichen Domherrn vor. Er tritt als Astronom, Verwalter, Arzt und Reformator des preußischen Münzwesens auf, der zuerst erkannte, dass mit der Erhöhung der Geldmenge die Inflation steigt.

Kopernikus bekam 1542 einen Schlaganfall und verbrachte seine letzten Monate mit gelähmter rechter Körperseite, litt unter Gedächtnisverlust und war nicht mehr ansprechbar. Laut Bischof Tiedemann Giese starb Kopernikus, kurz nachdem ein Druckexemplar seines „De revolutionibus“ bei ihm eingetroffen war, am 24. Mai 1543. Das Datum wird heute bezweifelt, da sein Amtsnachfolger bereits am 21. Mai in Frauenburg ankam. Das Manuskript seines Hauptwerkes, das an vielen Stellen von der Druckfassung abweicht, vermachte er Giese. Es befindet sich heute in Krakau.

Kopernikus wurde anonym im prachtvoll ausgestatteten Dom beigesetzt. Seine vermutlichen sterbliche Überreste entdeckten Archäologen 2005. Nach eingehender Untersuchung und kriminaltechnischer Gesichtsrekonstruktion fand ihre feierliche Beisetzung 2010 statt. Einen Grabstein hat er nun auch. Als sein Todestag ist der 21. Mai 1543 angegeben.

● **Ausstellungen** www.muzeum.torun.pl/de/nikolaus-kopernikus-haus/; www.muzeum.olsztyn.pl/; www.frombork.art.pl/de. **Reisetipps** www.polen.travel/de. **Lesetipp** Sigfrid Krebse, „Kopernikus“, Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 2021, 212 Seiten, 19,95 Euro

BERLINALE 2023

Berlins diverses Filmfest

Dass in den Kinos bei vielen Filmen das Publikum wegen der Pandemiefolge ausbleibt, ist nur die halbe Wahrheit. Der jüngere Teil vertreibt sich die Zeit zu Hause lieber mit Streaming-Diensten und der ältere fühlt sich von neuerdings auf genderdivers und inklusiv getrimmten Filmen wenig angesprochen. Es sei denn, es handelt sich um Blockbuster wie „Avatar“ oder „Top Gun“, die bei Jung und Alt gleich gut ankommen.

Die 73. Internationalen Filmfestspiele Berlinale, die diesen Donnerstag in Berlin gestartet sind und am 26. Februar mit der Vergabe der Goldenen und Silbernen Bären enden, werden diesen Trend wenig ändern können, zumal sie sich mit dem Mainstream-Kino selten befassen. Der Italiener Carlo Chatrion und die Niederländerin Mariette Rissenbeek, die zum vierten Mal diese internationale Filmmesse leiten, haben sich bei der Programmauswahl den Zwängen des modernen Gesellschaftsklimas nicht entziehen können. Liest man die Pressemitteilungen der Berlinale, dann weiß man, wo die Schwerpunkte liegen. Es geht um „Genderevaluation“, „Diversity und Teilhabe“, „Nachhaltigkeit“ und natürlich um „Solidarität mit der Ukraine und dem Iran“. Man kann darauf wetten, dass Filme aus diesen Ländern und mit diesen Themen die besten Aussichten auf einen der Preise haben werden, eventuell ganz unabhängig von der filmischen Qualität.

Zwei Sieger stehen aber schon fest: Hollywoods Regie-Legende Steven Spielberg („E.T.“, „Jurassic Park“) erhält den Goldenen Ehrenbären und – damit Geschlechterparität bewahrt bleibt – die französische Kamerafrau Caroline Champetier die Berlinale Kamera. Um es nach dem Pandemiebedingten Berlinale-Ausfall 2021 und dem abgespeckten Festival von 2022 ein wenig mit den Glamour-Festen von Cannes und Venedig aufnehmen zu können, hat man Hollywoodstar Kristen Stewart zur Jury-Präsidentin ernannt. Und mit Rebecca Millers Komödie „She Came to Me“ wird ein mit Peter Dinklage und Anne Hathaway hochkarätig besetzter, aber außerhalb des Wettbewerbs laufender US-Film die Berlinale eröffnen. Filmprogramm: www.berlinale.de Harald Teus

● MELDUNG

Nachgeholte Freundschaft

Stade – Das Kunsthau Stade, Wasser West 7, wiederholt noch bis 29. Mai die Ausstellung „Ziemlich beste Freunde“ über die einzigartige Künstlerfreundschaft von Hans Thuar und August Macke. Bereits 2020 war die Ausstellung für kurze Zeit im Kunsthau zu sehen, musste jedoch Corona-bedingt schließen (die PAZ berichtete). In einer leicht veränderten Fassung sind aktuell Werke aus allen Schaffensphasen des aus der Nähe von Lübben im Spreewald stammende Thuar zu sehen, überwiegend Gemälde, aber auch kunsthandwerkliche Arbeiten und Zeichnungen. Geöffnet täglich außer montags, Eintritt: 9 Euro, Internet: www.museen-stade.de H.Sch.

UNGARNDÉUTSCHE

„Von der Wiege bis zur Hochschule“

Ungarn ist der einzige Staat, der mit einem eigenen Gedenktag an die Vertreibung seiner deutschen Mitbürger zwischen 1946 und 1948 erinnert. 2012 wurde er vom Parlament einstimmig beschlossen. Seitdem wird am 19. Januar jeden Jahres in Ungarn der Ungarndeutschen gedacht. Und in München lädt zeitnah der ungarische Generalkonsul in Bayern gemeinsam mit dem Direktor des Hauses des Deutschen Ostens zu einer Gedenkveranstaltung ein.

Diesmal luden Gábor Tordai-Lejkó und Andreas Otto Weber für den Abend des 31. Januar in den Adalbert-Stifter-Saal des Sudetendeutschen Hauses. Nach den Ansprachen des Parlamentsabgeordneten der Ungarndeutschen, Imre/Emmerich Ritter, und der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, die bayerische Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer (CSU), bildete ein Vortrag mit zahlreichen Statistiken und Fotos von Marta Müller den Kern der Veranstaltung. „Von der Wiege bis zur Hochschule. Aktuelle Tendenzen des Ungarndeutschen Schulwesens“ lautete das Thema.

Interessantes wusste die Universitätsdozentin dem aufmerksam lauschenden Publikum zu berichten. Beispielsweise, wie sehr die Bildungslandschaft der Ungarndeutschen von dem großzügigen Minderheitengesetz aus dem Jahre 2011 profitiert, das mit Ausnahme von ungarischer Sprache und Literatur allen Minderheiten Unterricht in ihrer Muttersprache gestattet. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das Interesse an der deutschen Sprache enorm gestiegen. An acht ungarischen Universitäten beziehungsweise Hochschulen werden ungarndeutsche Erzieher und Lehrer ausgebildet. Muttersprachlichen Unterricht für Ungarndeutsche gibt es an den Universitäten von Budapest und Weißbrunn (Veszprém), dem Haus der Ungarndeutschen in Budapest, dem Lenau-Verein mit Kindergarten in Fünfkirchen (Pécs) sowie in Frankenstadt (Baja), wo es einen Kindergarten, eine Grundschule und ein Gymnasium mit insgesamt etwa 650 Schülern gibt. Fast alle deutschen Bildungseinrichtungen sind im nationalen Ranking gestiegen. Das dort erworbene Abitur gilt auch in der Bundesrepublik.

Die Lehrkräfte werden vor allem in Budapest und Fünfkirchen ausgebildet. Trotz Anhebung der Gehälter gibt es von ihnen wie in der Bundesrepublik zu wenige. Der Mangel macht sich auch an den 54 ungarischen Gymnasien bemerkbar, an denen wahlweise drei Wochenstunden Deutsch als Fremdsprache belegt werden können.

Umfragen haben ergeben, dass 53 Prozenten Deutsch für eine wichtige Weltsprache halten, deren Kenntnis vor allem im Berufsleben und da wieder besonders im Tourismus von Nutzen ist. Darauf machte auch Imre/Emmerich Ritter, seit der Parlamentswahl 2014 der erste Sprecher der Landdesselbstverwaltung der Ungarndeutschen in Ungarn (LdU) im ungarischen Parlament, aufmerksam. Ungarndeutsche Kinder sollen selbstbewusst mit der deutschen Sprache aufwachsen und zugleich überzeugte Ungarn sein. Dazu hätten auch Schüleraustausch und Geschichtsunterricht beizutragen. Das Parlament wolle bei den Minderheiten nicht sparen.

Norbert Matern



Am Kleinhesseloher See im Englischen Garten: Das 1824 nach einem Entwurf von Leo von Klenze durch den Bildhauer Ernst von Bandel erschaffene Sckell-Denkmal

FRIEDRICH LUDWIG VON SCKELL

Der Begründer des Landschaftsgartens in Deutschland

Der Gestalter des Englischen Gartens und der Maxvorstadt starb vor 200 Jahren in München

VON MARTIN STOLZENAU UND MANUEL RUOFF

Friedrich Ludwig von Sckell entstammte einer Familie, die über mehrere Generationen bekannte deutsche Gartenkünstler und Maler hervorbrachte, die an vielen Orten bis heute nachwirken. Einer der bedeutendsten von diesen war er selbst, gilt er doch als Begründer der klassischen Phase des englischen Landschaftsgartens in Deutschland, den er mit seiner Schrift „Beiträge zur bildenden Gartenkunst“ aus dem Jahre 1818 auch dem deutschen Fachpublikum vorstellte. Der als bedeutendster deutscher Garten- und Landschaftsarchitekt seiner Zeit Gepriesene setzte die Gartenkunst in Beziehung zur Malerei, Architektur und zum Städtebau, schuf das erste Lehrbuch für Gartenarchitekten in deutscher Sprache und erhielt für sein Wirken vom bayerischen König 1808 den Zivilverdienstorden der Bayerischen Krone verliehen, mit dem der persönliche Adel verbunden war.

Doch auch heute noch weiß man ihn zu würdigen. Vor allem in München erinnern Straßen, Büsten, Gedenktafeln und Gedenksäulen an den Gartenkünstler. Seit 1967 verleiht die Bayerische Akademie der Schönen Künste in München an international verdienstvolle Landschaftsarchitekten den Sckell-Ehrenring.

Zusammenarbeit mit Thompson

Ungeachtet der auffallend vielen Ehrungen durch Bayern wurde Friedrich Ludwig Sckell nicht etwa dort, sondern in der hessischen Kleinstadt Weilburg an der Lahn geboren. Das geschah am 13. September 1750. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, und der Vater war in Schwetzingen als Hofgärtner tätig. Früh erweckte er

bei seinem Filius das Interesse an der Gartenkunst und sorgte für die erste entsprechende Unterrichtung. Nach der väterlichen Ausbildung vervollkommnete sich Sckell nacheinander in Bruchsal, Zweibrücken, Paris und Versailles.

Nachdem er die seinerzeit in Kontinentaleuropa noch vorherrschende höfliche Rokokowelt mit ihren französischen, symmetrisch angelegten Gärten



Friedrich Ludwig von Sckell

kennengelernt hatte, unternahm er eine Studienreise nach England, wo er sich die dortigen Landschaftsgärten erschloss oder, um es mit den Worten des deutschen Historikers, Kunsthistorikers, Germanisten und Dokumentarfilmers Bernhard Graf zu sagen, wo er lernte, die beschnittene Natur als Symbol fürstlicher Willkür und Unterdrückung zu deuten, die natürliche Flora hingegen als Sinnbild des freien Menschen.

Nach seiner Heimkehr sowie der ersten heimischen Kostprobe seines Könnens mit dem Park Schönbusch in Aschaffenburg wurde er 1777 in Schwetzingen zum „Hof-Lust-Gärtner“ ernannt. 1777 ist jedoch noch aus einem anderen Grund für Sckells Karriere wichtig. In jenem Jahr wurde nämlich sein liberaler und aufgeklärter erster Mäzen, der Kurfürst von der Pfalz Karl Theodor, auch Kurfürst von Bayern. Das erleichterte Sckell den Wechsel von der Pfalz nach Bayern.

Karl Theodor nahm den Briten Benjamin Thompson in seine Dienste, machte ihn zum Adjutanten und Kammerherrn und erteilte ihm 1788 den Auftrag, die bayerische Armee zu reorganisieren. Um die Lebensmittelversorgung der schlecht bezahlten Soldaten zu verbessern und diese in Friedenszeiten sinnvoll zu beschäftigen, ordnete der bayerische Kurfürst auf Anregung seines britischen Beraters an, in jeder Garnisonsstadt Militärgärten anzulegen. Als Standort für die Münchner Gärten wurde das westliche Hirschangergelände, die heutige Schönfeldwiese im Südwesten des Englischen Gartens, gewählt. Im darauffolgenden Jahr ordnete der Landesherr per Dekret an, das Gebiet östlich der Militärgärten in einen Volkspark umzuwandeln. Mit der Gestaltung des Parks unter seiner Aufsicht beauftragte Thompson Sckell. 1792 wurde der Volkspark, für den sich schon bald der Name „Englischer Garten“ durchsetzte, unter dem Namen „Theodors Park“ eröffnet.

In jenem Eröffnungsjahr 1792 wurde Sckell Nachfolger seines Vaters als Hofgärtner in Schwetzingen. Dort sorgte er mit seinem Wirken für weiteres überregionales Aufsehen, was seinen Aufstieg beförderte. 1799 wurde Sckell zusätzlich Gartenbaudirektor für die kurfürstlichen Gärten der Pfalz und Bayerns und 1804

Hofgartenintendant in München, wo er den Englischen Garten vollendete und große Teile des barocken Gartens von Schloss Nymphenburg in eine landschaftliche Anlage verwandelte. Der Aufsteiger sorgte in seinem gesamten Zuständigkeitsbereich für die Anlage von Landschaftsgärten nach englischem Vorbild, bezog dabei Elemente der französischen Gartenbaukunst geschickt mit ein und fand in ganz Deutschland viele Nachahmer.

Zusammenarbeit mit Vorherr

Dazu arbeitete er zusammen mit dem obersten Baubeamten des seit 1806 bestehenden Königreichs Bayern, Gustav Vorherr, und dem Baumeister Karl von Fischer die Pläne für die Stadterweiterung Münchens bis hin zu einem Generalbauungsplan aus. Nach seinen Entwürfen entstand die Maxvorstadt. In München sind der Odeonsplatz, der Maximiliansplatz, der Sendlinger Torplatz und die Sonnenstraße durch Sckell geprägt.

Er verband Gartenbaukunst mit Stadtbaukunst und integrierte früh Konzepte für einen geregelten Denkmalschutz. Seine Schöpfungen bekamen Vorbildcharakter, trugen ihm Berufungen in Wissenschaftsgesellschaften wie Akademien ein und machten ihn über Jahrzehnte zu einer Schlüsselfigur der Garten- und Stadtbaukunst in Süddeutschland, bis er nach dem Regierungsantritt von König Ludwig I. von dessen klassizistischem Privatarchitekten Leo von Klenze in seinem Einfluss in Bayern beschnitten wurde.

Vor 200 Jahren, am 24. Februar 1823, starb der Ritter von Sckell in der Stadt seines größten Wirkens. Seine letzte Ruhestätte fand er in Münchens Altem Südlichen Friedhof, an dessen Gestaltung er zuvor mitgewirkt hatte.

VON RENÉ NEHRING

Die Ehrung kam spät, aber sie kam. Als der Schriftsteller Ernst Jünger am 29. März 1995 seinen 100. Geburtstag feierte, machten ihm in Person von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Roman Herzog die höchsten Repräsentanten der deutschen Politik ihre Aufwartung. Zwei Jahre zuvor bereits war Kohl mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand zu Jüngers Wohnsitz, dem Stauffenbergschen Forsthaus in Wilflingen, gepilgert. Dass ausgerechnet eine Gallionsfigur der sozialistischen Internationale, zudem ein Franzose, den hochbetagten Autor aufsuchte, widerlegte all jene Kritiker, die Jünger vorwarfen, Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen zu sein, oder aber in seinen Erzählungen und Tagebüchern die beiden Weltkriege verherrlicht zu haben.

Dabei übersahen Jüngers Kritiker aus dem bundesrepublikanischen Zeitalter, dass dieser Autor nicht nur ihnen, sondern sein ganzes Leben seinen Zeitgenossen ein „Ärgernis“ war, wie Jünger es selbst 1982 anlässlich der Verleihung des Goethepreises in der Frankfurter Paulskirche formulierte: in der Schule, in der Familie (sein Vater musste den jungen Abenteurer aus der Fremdenlegion herauskaufen), beim Militär und dann als innerlich freier Schriftsteller und Publizist.

Ästhetisierung des Schreckens

Unstrittig ist, dass der am 29. März 1895 geborene und am 17. Februar 1998 gestorbene Jünger ein wahrer Jahrhundertmann war. Und das nicht nur wegen des erreichten biblischen Alters. Er lernte das Kaiserreich in dessen Blüte kennen, erlebte den Ersten Weltkrieg und wurde mit dem Orden „Pour le Mérite“ ausgezeichnet, er wurde zu einem der einflussreichen Autoren der Weimarer Zeit, erlebte den Zweiten Weltkrieg und den deutschen Zusammenbruch, die Teilung der Nation und sogar noch die Einheit von 1990. Das alles und noch viel mehr reflektierte Jünger in seinen Tagebuchbänden, Romanen, Essays und Reiseberichten.

Sein erstes, 1920 erschienenes Buch „In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppführers“ ist bis heute sein bekanntestes. Schon der Titel dieses Werks deutet einen ästhetisierenden Blick auf die Schrecken des Krieges an, der auch später ein prägendes Merkmal vieler Jünger-Werke wurde. Weitere Erzählungen über die Zeit des Ersten Weltkriegs waren unter anderem „Der Kampf als inneres Erlebnis“ und „Das Wäldchen 125“. Neben seinen Büchern erwarb sich Jünger in den 1920er Jahren mit zahlreichen Beiträgen für nationalkonservative und völkische Blätter einen Ruf als junger Starautor der deutschen Rechten. Seinen ersten politischen Artikel veröffentlichte er 1923 im „Völkischen Beobachter“. Die Weimarer Republik – damals freilich von vielen Krisen heimgesucht – lehnte er ab.

Dennoch brach Jünger lange vor deren Machtergreifung auch mit den entschiedensten Gegnern der jungen deutschen Demokratie, den Nationalsozialisten. Dies nicht etwa, weil ihm die Partei Hitlers zu radikal gewesen wäre, sondern weil sie ihm im Kampf gegen die Weimarer Republik nicht radikal und revolutionär genug erschien. In jener Zeit veröffentlichte Jünger auch einige Essays und theoretische Abhandlungen wie „Die totale Mobilmachung“ (1930) und „Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt“ (1932), in denen er sich mit der Verdrängung des bürgerlichen Zeitalters durch die Industrialisierung auseinandersetzte.

Flucht in die innere Emigration

Als die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland übernahmen, ließ Jünger sich nicht als künstlerische Gallionsfigur des neuen Systems einspannen, was ihm immerhin ein bequemes Leben ermöglicht hätte, sondern wählte den Weg in die innere Auswanderung. Er lehnt unter anderem die Aufnahme in die Deutsche Aka-



Arbeitsplatz eines Jahrhundertautors: Ernst Jünger in seinem Wohnhaus (1982)

Foto: ullstein

demie der Dichtung ab und untersagt dem „Völkischen Beobachter“, nun immerhin die wichtigste Zeitung im Reich, Nachdrucke seiner Texte. 1939 veröffentlichte Jünger mit dem Roman „Auf den Marmorklippen“ eine Geschichte über eine fiktive Gesellschaft im Umbruch, die umgehend als Abrechnung mit dem „Dritten Reich“ verstanden wurde – und heute als einer der prominentesten Texte der inneren Abkehr vom NS-Regime gilt.

Den Zweiten Weltkrieg erlebte Jünger in Frankreich, zuerst als Kompaniechef am Westwall, dann im Stab des Militärbefehlshabers von Frankreich in Paris. Auch diesmal führte Jünger Tagebuch, auch diesmal veröffentlichte er seine No-

tizen nach dem Krieg, nun unter dem Namen „Strahlungen“, und erzielte damit einen weiteren publizistischen Erfolg.

Doch zunächst wurde Jünger nach dem Krieg von der britischen Besatzungsmacht mit einem Publikationsverbot belegt. Dies jedoch nicht wegen einer etwaigen Verstrickung in den Nationalsozialismus, sondern weil er sich weigerte, den alliierten Entnazifizierungsfragebogen auszufüllen. Erst 1949 wurde das Publikationsverbot aufgehoben.

Spätwerk und Nachruhm

1950 übersiedelte Jünger auf Einladung Friedrich von Stauffenbergs nach Wilflingen. In dem Essay „Der Waldgang“ setzte

er den Weg der tief sinnigen Reflektion der Moderne und der Stellung des Einzelnen in ihr sowie der zeitgleichen inneren Abkehr von ihr fort. Jünger reiste mehrfach durch die Welt, erkundete fremde Kontinente und Kulturen. Neben immer neuen Publikationen, die aufzulisten den Rahmen eines jeden Artikels sprengen würde, entstand eine Käfersammlung von am Ende rund 40.000 Exemplaren. Dass zu den Sammelleidenschaften Jüngers auch die Erfahrungen mit diversen Drogen von Bier, Wein und Nikotin bis zu Kokain, Cannabis und LSD gehörten, zeigte Jünger 1970 in dem Essay „Annäherungen. Drogen und Rausch“. Zu den wichtigsten publizistischen Werken seiner späten Jahre gehören Jüngers Tagebuchbände „Siebzig verweht I bis V“.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Tode eines Autors stellt sich unweigerlich die Frage, ob dieser der Gegenwart noch etwas zu sagen hat. Nicht zuletzt, weil die Bestseller einer Epoche oft mit deren Ende gleichsam im Dunkel der Geschichte versinken. Dieses Schicksal scheint Ernst Jünger, dessen Werke ohnehin selten riesige Auflagen erführen, nicht zu ereilen. Seine Kriegsberichte „In Stahlgewittern“ und „Strahlungen“ sind längst Klassiker der Literatur des 20. Jahrhunderts, wiederholt von Jünger selbst überarbeitet und wiederholt neu herausgegeben, unter anderem von seinem Biographen Helmut Kiesel. Dass der Bedarf an „neuen“ Jünger-Texten keineswegs nachlässt, belegen die Editionen der Briefwechsel mit großen Geistern seiner Zeit.

Offenkundig ist der Chronist einer aufgewühlten Zeit noch immer relevant.



Zufluchtstätte vor einer Welt der Umbrüche: Die Oberförsterei der Stauffenbergschen Forstverwaltung in Wilflingen, in der Jünger seit 1950 lebte

ENZO FERRARI

Konstrukteur, Rennfahrer, Unternehmer

Seinen eigenen Angaben zufolge entdeckte Enzo Ferrari seine Liebe zu Autorennen, als sein Vater ihn und seinen Bruder Alfredo mit zu einem Rennen auf der Via Emilia in Bologna nahm. Da war der am 18. Februar 1898 in einem Bergdorf der Emilia Romagna nahe Modena geborene Italiener gerade zehn Jahre alt. Nach dem Ende der Schulzeit 1914 bildete ihn sein Vater in dessen Schlosser- und Schmiedewerkstatt aus, wobei Ferraris besonderes Interesse Verbrennungsmotoren galt.

Nach dem Ersten Weltkrieg reichte das jedoch Fiat in Turin nicht, um ihn als Werksfahrer anzustellen. Mit Hilfe privater Förderer nahm er nun mit einem eigenen Fahrzeug an Wettrennen der Region teil. Mit seiner Doppelbegabung als Konstrukteur und Rennfahrer machte er das derart erfolgreich, dass ihn der 1919 gegründete Automobilhersteller Costruzioni Meccaniche Nazionali (CMN) als Werksfahrer einstellte. Der Erfolg blieb Ferrari treu und 1920 konnte er zu Alfa Romeo wechseln.

1929 gründete Ferrari mit Fahrzeugen und weiterer Unterstützung von Alfa Romeo einen eigenen Rennstall: Scuderia Ferrari (Rennstall Ferrari). Die Zusammenarbeit endete, als Alfa Romeo 1938 mit Alfa Corse einen werkseigenen Rennstall gründete. Ferrari musste sich zu vierjähriger Abstinenz vom Rennsport verpflichten.

Die von den Turinern erhaltene Abfindung nutzte Ferrari zum Aufbau eines Maschinenbauunternehmens in Modena, in dem er Rüstungsgüter für den Zweiten Weltkrieg produzierte. Da ihm Alfa Romeo nun nicht mehr zur Verfügung standen, gründete er nach Beendigung der erzwungenen Abstinenz vom Rennsport – ebenfalls in Modena – die Auto Avio Costruzioni Ferrari zur Herstellung von Fahrzeugen für seinen Rennstall.

Nach der fast vollständigen Zerstörung seiner Produktionsanlagen durch



Vor 125 Jahren geboren: Enzo Ferrari

alliierte Bombenangriffe wechselt er in das 16 Kilometer entfernte Maranello, wo er 1946 die Rennwagenproduktion wieder aufnahm. Die Erfolge insbesondere in der Königsklasse, der 1950 geschaffenen Formel 1, waren legendär. Die Scuderia Ferrari ist bis heute das erfolgreichste Formel-1-Team.

Zum Geldverdienen nahm das von Ferrari 1947 gegründete gleichnamige Automobilunternehmen neben der Herstellung von Rennwagen auch die Produktion von Straßenfahrzeugen am oberen Ende des Sportwagenssegmentes auf. Inzwischen generieren rund viereinhalbtausend Mitarbeiter einen Jahresumsatz von über vier Milliarden Euro. Der Gründer und Namensgeber der heutigen Aktiengesellschaft starb am 14. August 1988 in Modena. Manuel Ruoff

VON ROBERT MÜHLBAUER

Immer wieder reibt man sich die Augen über die Wege und Abwege der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Die linke Schlagseite dieser mächtigen Institution ist in den vergangenen Jahren unübersehbar geworden. Das Ziel der Ausgewogenheit scheint sie schon länger aufgegeben zu haben.

Vor zwei Jahren gab es einen Aufruhr, weil die Bundeszentrale auf ihrer Internetseite behauptete, anders als Rechtsextremisten „teilen sozialistische und kommunistische Bewegungen die liberalen Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Nachdem der den Linksextremismus grob verharmlosende Satz harsche öffentliche Kritik ausgelöst hatte, löschte die BpB ihn – was dann auf der politischen Linken mit Wutgeheul quittiert wurde. Die bürgerliche „Neue Zürcher Zeitung“ hingegen attestierte der BpB eine „politisch einseitige, im Zweifel linke Ausrichtung“.

Ein neueres Beispiel für tendenziöse „politische Bildung“ ist der BpB-Kanal „Say My Name“, auf dem junge, überwiegend migrantische Stimmen und LGBT-Vertreter ihre Ansichten auf Instagram präsentieren. Allein für die aktuelle vierte Staffel des Projekts gibt die Bundeszentrale 342.700 Euro Steuergeld aus. Die Ergebnisse sind verlässlich so, als würde eine Grüne-Jugend-Gruppe oder ein linker AStA die Videos und Texte des Kanals produzieren.

Cancel Culture wird gutgeheißen

Jüngst etwa befasste sich „Say My Name“ mit der Cancel Culture. Darunter wird jene (Un-)Kultur verstanden, dass politisch missliebige Persönlichkeiten oder Meinungen – in der Regel nicht-linke Meinungen – durch aggressive Kampagnen zum Verstummen gebracht und aus dem öffentlichen Raum ausgelöscht (gecanceled) werden. Aus Sicht des Deutschen Hochschulverbands oder des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit ist Cancel Culture eine Gefahr für die Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit. Faktisch geht es um Zensur, die von gesellschaftlichen Pressure Groups ausgeübt wird. Cancel Culture beschädigt die Demokratie, welche die BpB ja eigentlich schützen soll.

Für den BpB-Kanal „Say My Name“ stellte sich die Sache indes ganz anders da. „Durch ‚Cancel Culture‘ werden Menschen in Verantwortung gezogen“, heißt es auf violetten Kacheln des Instagram-Kanals. Damit könne Rassismus oder Sexismus verhindert werden. Wer in Cancel Culture eine Gefahr sehe, der schade „marginalisierten Gruppen“.

Zwar stimmt es nicht, wie die Journalistin Judith Basad behauptete, dass der BpB-Kanal direkt die Zensur unliebsamer Personen „forderte“ oder „glorifizierte“, aber der einseitig relativierende Ton fällt auf. Die Liste an linksideologischen Aussagen auf dem Kanal ließe sich beliebig verlängern. Hauptfeind ist stets „die Rechte“; ideologische Verbündete sind Linke, Migranten und Muslime, die vor „antimuslimischem Rassismus“ und „Islamophobie“ geschützt werden müssen.

Seit 23 Jahren nach links gerückt

Dabei zeigt die Bundeszentrale für politische Bildung auch keine Berührungängste zu Personen aus dem radikal-islamischen Umfeld. Beispielsweise der Islamforscher Farid Hafez, dem eine Nähe zur Muslimbruderschaft nachgesagt wird, durfte mehrfach auftreten. Kritik an islamischen Extremisten rückt er in die Nähe von „Islamophobie“. Das Europaparlament beschloss 2021 mit Zweidrittelmehrheit, dass die EU keine Mittel mehr vergeben solle an islamistische Forscher wie Hafez, der „eng mit der Muslimbruderschaft“ verbunden sei. Für die BpB hingegen ist Hafez ein gern gesehener Gast, ebenso wie die Autorin und Kopftuch-Apologin Kübra Gümüşay, die sich im Umfeld des radikalen Islamischen Zentrums Hamburg bewege.



Hat die Ausgaben seiner Bundeszentrale in nur zehn Jahren fast verdreifacht: BpB-Präsident Thomas Krüger (SPD)

Foto: imago/Reiner Zensen

IDEOLOGIE

Politische Bildung auf Abwegen

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat sich vom Wissensvermittler zum Propagandisten stramm linker und radikal-islamischer Weltanschauungen gewandelt

Der Kanal „Say My Name“ widmet sich immer wieder mit Inbrunst der Kopftuchdebatte. Meist werden dabei modisch gekleidete, junge, muslimische Frauen präsentiert, die das Kopftuch als Ausdruck ihrer Freiheit preisen. Dass die BpB zur Werbung für diese Instagram-Beiträge ausgerechnet den Hashtag „Nicht ohne mein Kopftuch“ verwendet hat, der von Salafisten erfunden wurde, sei wohl kein Zufall, findet der Journalist Paul Möllers von der „Jüdischen Rundschau“, der sich intensiv mit den Verbindungen zwischen Islamismus und Antisemitismus befasst hat.

Das Projekt „Say My Name“ ist aber letztlich nur ein winziger Teil der Aktivitäten der Bundeszentrale, die seit 23 Jahren vom SPD-Politiker Thomas Krüger geleitet wird. Krüger hat die politische

falls stark gewachsen, auf deutlich über 220 Festangestellte. Hinzu kommen Tausende freie Mitarbeiter. Zudem baut die BpB neben Bonn und Berlin einen dritten Standort in Gera auf.

Auffällig ist die Personalie Peggy Piesche, die maßgeblich an der politischen Verschiebung der Bundeszentrale mitwirkt. Piesche, 1968 im thüringischen Arnstadt geboren, war Referentin einer Einrichtung der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, bevor sie zur BpB wechselte. Dort ist sie als „Referentin für Diversität, Intersektionalität und Dekolonialität“ tätig und leitet mittlerweile den „Fachbereich politische Bildung und plurale Demokratie“.

„Critical Race Theory“ als Leitstern

Ihr Schwerpunkt ist die Förderung einer schwarzen feministischen Bewegung in Deutschland. Piesches Ideologie beruht dabei auf der „Critical Race Theory“, die aus den USA kommt, dort aber inzwischen heftig unter Feuer geraten ist, weil sie weißen Menschen eine quasi ererbte, unauslöschliche rassistische Einstellung und Schuld unterstellt.

Piesche sieht sich selbst als eine der Hauptvertreterinnen der „Intersektionalitäts“-Theorie in Deutschland. Diese beruht auf der Behauptung, dass verschiedene Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen sich überschneiden. Das englische Wort „Intersection“ bedeutet Schnittmenge: Bestimmte Menschen werden nicht nur einfach, sondern mehrfach diskriminiert. Daraus resultiert eine Art Opferhierarchie. Schwarze, migrantische und LGBTQ-Personen stehen ganz oben auf der Opferliste, der böse, weiße Cis-Mann ist der hauptsächlichste Unterdrücker.

Erklärtes Ziel von Piesche ist es, den Einfluss weißer Männer zurückzudrängen. Dafür hat sie auch schon mal eine Höchstquote von maximal 30 Prozent weißen Männern in der Verwaltung gefordert. Faktisch würde eine solche Höchstquote bedeuten, dass weiße Männer über

viele Jahre faktisch keine Chancen auf einen Job oder eine Beförderung in der staatlichen Verwaltung und in Ministerien mehr bekommen würden. Solche Ideen – quasi ein Einstellungsstopp für männliche Weiße – sind schwerlich mit dem Grundgesetz zu vereinbaren.

Bei der BpB kann Piesche inzwischen mit einem Etat von mehr als einer Million Euro pro Jahr „antirassistische Projekte“ mit fünf- bis sechsstelligen Summen fördern. Es ist beinahe selbstredend, dass die subventionierten Gruppen und Projekte



Peggy Piesche

Foto: pa

ausschließlich aus der grün-linken Szene stammen. Auch diverse Antifa-Aktionen profitieren direkt oder indirekt von BpB-Mitteln, obwohl bei dieser Szene die Berührungspunkte zum Linksradikalismus unübersehbar sind.

Die 1952 gegründete Bundeszentrale für politische Bildung ist formell eine nachgeordnete Behörde aus dem Geschäftsbereich der Bundesinnenministerien. Sie untersteht damit dem Innenminister. Ihre Arbeit wird zudem von einem 22-köpfigen Kuratorium mit Mitgliedern des Bundestages kontrolliert. Diese sollen auf Ausgewogenheit achten. Zusätzlich gibt es einen wissenschaftlichen Beirat. Als vor zwei Jahren der Skandal um den Satz „kommunistische Bewegun-

gen teilten die liberalen Werte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ öffentlich hochkochte, schalteten sich das Innenministerium und das Kuratorium ein. Ansonsten aber nehmen es auch die bürgerlichen Vertreter dort offenbar klaglos hin, wie die politische Bildung in Deutschland in eine ideologische Schiefelage gerät.

Das ist verwunderlich, denn immerhin hatte Deutschland sechzehn Jahre lang eine unionsgeführte Regierung mit CDU- oder CSU-Innenministern. BpB-Insider sagen jedoch, dass die Union es in diesen sechzehn Jahren verschlafen habe, die strukturelle Grundausrichtung der BpB zu korrigieren. Krüger hat die Institution tief geprägt. Als seine Stellvertreterin hat die Union 2019 ausgerechnet die ehemalige CDU-Abgeordnete Cemile Giousouf aus Nordrhein-Westfalen installiert. Giousouf war 2013 bis 2017 erste muslimische Bundestagsabgeordnete der Union.

CDU schickt zweifelhafte Vertreterin

Pikant an dieser Personalie ist, dass sie wiederholt mit einer politischen Nähe zu türkischen Nationalisten wie den Grauen Wölfen und radikalen Muslimen auffiel: Beispielsweise empfing sie eine Delegation der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Bei einem offiziellen Besuch in der Türkei kritisierte Giousouf, dass in einem deutschen Schulbuch eine Erdoğan-Karikatur veröffentlicht wurde.

In der täglichen Arbeit der BpB fällt ihr Einfluss nur wenig auf. Dafür setzen der in der SPD gut vernetzte Präsident Krüger und die Grünen-Frau Piesche ihre ideologische Duftmarken. Das findet zwar hinter einer Fassade statt, die nach oberflächlicher Betrachtung alle Formen des Extremismus thematisiert. Faktisch aber verlagerte sich die Arbeit immer stärker auf einen „Kampf gegen rechts“. Dass dabei auch fragwürdige Akteure aus der islamischen Szene mitmischen, wird offenbar hingenommen.

ALLENSTEIN

Für den Kampf gegen die Sepsis

Sammelaktion für einen guten Zweck – Zum 31. Mal holten Freiwillige Spenden für Krankenhäuser ein

VON DAWID KAZANSKI

Ende Januar fanden wie jedes Jahr in der gesamten Republik Polen Spendensammlungen, Veranstaltungen und Wohltätigkeitskonzerte im Rahmen des 31. Finales des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe (Wielka Orkiestra Świątecznej Pomocy, WOSP) statt. In Allenstein wurde eine Rekordsumme eingesammelt, wie Iwona Młynarczuk, Koordinatorin der Allensteiner Zentrale der WOSP-Freiwilligen, mitteilte.

In diesem Jahr konnten die Freiwilligen aus Allenstein während des Finales mehr als 100.000 Euro in Sammeldosen und über Internetauktionen einbringen, wobei eine außergewöhnliche Beteiligung vor allem in der Altstadt, in den Einkaufszentren Galeria Warmińska (Ermländische Galerie) und Aura sowie im Erholungs- und Sportzentrum am Okulsee zu verzeichnen war.

An den genannten Orten wurden zahlreiche künstlerische Darbietungen sowie Tanz- und Kampfsportvorführungen veranstaltet, Stände zur Förderung eines gesunden Lebensstils und zur Präsentation verschiedener Hobbys aufgebaut sowie spannende Animationen für Kinder angeboten.

Die Beteiligung war groß

Viele Stadteinwohner besuchten das Hauptkonzert in der Altstadt besuchten und nahmen an den zahlreichen Begleitveranstaltungen teil. Der Höhepunkt waren die abendlichen Konzerte der bekannten Bands der Region: „Horpyna“, „Tabu“ und „Wiedźmuchy“. Am Hohen Tor hatten Jung und Alt die Möglichkeit, mit Golden-Retriever-Hunden spazieren zu gehen. Es gab auch Läufe für Amateursportler, ein Winterbaden und sogar ein Bridge-turnier.

Die diesjährigen WOSP-Geldsammlungen sollen für die Anschaffung von Geräten zur schnellen Identifizierung von Bakterien, die bei einer Infektion zur Sepsis (Blutvergiftung) führen können, ver-



Abschlussveranstaltung: Gruppenbild der Freiwilligen im Einkaufszentrum Ermländische Galerie

Foto: D.K.

wendet werden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe werden die angeschafften Geräte nicht einer bestimmten Altersgruppe von Patienten dienen, sondern allen, die sie benötigen. Jerzy Owsiak, Vorsitzender und Gründer der Stiftung, appellierte im Oktober bei der offiziellen Bekanntgabe des Themas der gesamt-polnischen Spendenkampagne an die Großzügigkeit aller Spender: „Die Sammlung betrifft sowohl die Kleinen als auch die Großen ... denn das Problem ist riesig, aber wir wissen, dass wir es bewältigen werden, und wir werden es sicherlich minimieren, wenn wir genügend Geld sammeln. Das Problem kann gelöst werden, wenn wir sehr gute Geräte kaufen ... Und dieses Problem ist die Sepsis, über die wir in verschiedenen Mitteilungen gesprochen haben, die Sepsis, die sofort durch die mikrobiologischen Labors in den Krankenhäusern untersucht wird, in denen Operationen durchgeführt werden. Sehr schnell-

les Handeln bei einem Patienten mit Sepsisverdacht rettet einfach Leben.“

Blutvergiftungen stellen nach wie vor ein großes Problem in Krankenhäusern weltweit dar. Es handelt sich um eine Reihe von Symptomen, die sehr oft zu einem dramatischen und schnellen Tod führen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben weltweit 20 Prozent der Menschen an einer Sepsis. Eine frühzeitige Erkennung, modernste Diagnosemethoden und eine rasche Durchführung der Behandlung sind von entscheidender Bedeutung. Jede Sekunde ist Gold wert und kann die Rettung eines Menschenlebens bedeuten.

Blutvergiftungen enden oft tödlich

Es ist erwähnenswert, dass die Spendensammlungen unter der Schirmherrschaft der Stiftung von Jerzy Owsiak nicht nur in Polen stattfinden, sondern auch an Orten in der ganzen Welt, an denen Vertreter der polnischen Gemeinschaft ak-

tiv beteiligt sind. Es wird geschätzt, dass die Stiftung während der diesjährigen Wohltätigkeitskampagnen bisher umgerechnet mehr als 31 Millionen Euro eingesammelt hat. Die Stiftung unterstützt den polnischen Gesundheitsdienst seit 1993. Damals fand das erste WOSP-Finale statt. Bei ihm wurde Geld für die Behandlung von Herzkrankheiten gesammelt.

Im Laufe der Jahre konnte die Stiftung verschiedene Bereiche der Medizin fördern, darunter die pädiatrische Onkologie, die Neonatologie sowie die Orthopädie, die Traumatologie, die Psychiatrie und die Geriatrie. Während der 30 Spendenrunden konnte die Stiftung Millionen Euro sammeln und fast 70.000 Ausrüstungsgegenstände für polnische Krankenhäuser kaufen. Nach Schätzungen trug 2020 jedes fünfte Gerät in polnischen Krankenhäusern einen roten herzförmigen Aufkleber – das Symbol der Stiftung.

KÖNIGSBERG

Deutsche Villen in Maraunenhof vor der Rettung

Beide Häuser aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts stehen unter Denkmalschutz – Leerstand seit 2011

In der Telman-Straße in Königsberg befinden sich neben dem deutschen Generalkonsulat zwei attraktive Gebäude. Es handelt sich um historische Villen im prestigeträchtigen Königsberger Stadtteil Maraunenhof. Beide Villen wurden Anfang des 20. Jahrhunderts am Bismarckplatz, der heutigen Kreuzung von Telman- und Gogolstraße, errichtet. In den 1990er Jahren wurde ein Teil der Gebäude vermietet. Der ehemalige Bürgermeister der Stadt, Aleksander Jaroschuk, hat einmal gesagt, dass er sein erstes Büro in einem von diesen Häusern gemietet hatte.

Beide Gebäude sind als Kulturerbe von regionaler Bedeutung eingestuft worden. Im Jahr 2011 strich die russische Regierung jedoch eine der Villen wieder von der Liste der geschützten Stätten. Seitdem standen die Häuser über viele Jahre leer und verfielen zusehends.

Auf dem Gelände der Villen finden derzeit keine Arbeiten statt, obwohl bereits Bauzäune aufgestellt wurden. Wer das eingezäunte Gelände betreten möch-

te, kann dies durch ein offenes Tor tun. Es fällt auf, dass regelmäßig Fahrzeuge auf das Gelände fahren. Die beiden Villen sind jedoch stark beschädigt.



Vom Verfall gezeichnet: Villen in Maraunenhof

Foto: J.T.

Das Leningrader Bezirksgericht ordnete Anfang 2020 an, dass der Eigentümer die Villen konservieren und die Grundstücke einzäunen müsse. Ab 2021 waren beide Gebäude im Besitz von „Interlin“, einem in Moskau ansässigen Marktforschungsunternehmen. Im vergangenen Jahr gingen die Villen jedoch in den Besitz der Firma „KaliningradStroy LLC“ über. Vor Kurzem wurde bekannt, dass der Eigentümer plant, die beiden alten Herrenhäuser zu restaurieren. Ein Renovierungskonzept war bereits erstellt worden, doch die zuständigen Mitarbeiter des Landesamtes für Denkmalpflege waren mit dem Inhalt unzufrieden. Nach Ansicht des Leiters der Dienststelle, Jewgenij Maslow, sah das Konzept zu drastische Veränderungen vor und muss daher nachgebessert werden. Nun könnten nach der Sanierung Wohnungen in den Häusern entstehen.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Bäckerjungen von Elbing

Elbing – Fünf neue Figuren des legendären Bäckerjungen von Elbing sind in der Altstadt aufgetaucht und sollen eine neue Touristenattraktion der Stadt werden. Es handelt sich um 50 Zentimeter hohe Messingabgüsse, die von einer Firma in Tschenschow hergestellt wurden. Im Dezember wurde eine davon – ein Bäckerjunge mit einem Anker – feierlich enthüllt. Die weiteren Motive sind mit einem Buch vor der Stadtbibliothek, mit einer Gänsefeder vor einem Lyzeum sowie mit einer Schalenwaage und einer Angel versehen. Schulen, Kindergärten und Einwohner hatten 60 Motive vorgeschlagen. Zehn kamen in die engere Auswahl, über die abgestimmt wurde. Der Bäckerjunge soll der Legende nach einen Angriff der Deutschordensritter auf Elbing vereitelt haben, indem er mit seiner Schaufel die Seile des Gatters im Stadttor durchtrennte, das herabfiel, einige Ritter erschlug und den anderen den Weg in die Stadt versperrte. U.H.

Ökologische Säulen

Lyck – In Lyck wurden beim Zentrum für Ökologische Erziehung und im sensorischen Park neben der Grundschule Nr. 9 zwei sogenannte EkoSłupki, kleine ökologische Säulen, aufgestellt. Es handelt sich dabei um Geräte, die die Luftqualität prüfen. Im Gegensatz zu den bereits vorhandenen zehn Messgeräten, die an verschiedenen Stellen in der Stadt die Luftqualität überwachen, sind ihre Sensoren nicht ganz so genau. Sie erkennen aber, ob die Luft sauber oder verunreinigt ist und zeigen ihre Qualität mit einer Farbskala von grün (sehr gut) über gelb und orange bis dunkelrot (sehr schlecht) an. Sie sind somit eher für informative Zwecke gedacht. Lyck reiht sich damit unter andere Städte der Woiwodschaft Ermland-Masuren wie Angerburg und Frauenburg ein, die bereits solche EkoSłupki verwenden, deren Messwerte auch über das Internet abgerufen werden können. U.H.

Ökologischer Nahverkehr

Heilsberg – Die Stadt Heilsberg baut das Netz der lokalen Busse aus und setzt dabei auf Ökologie. Zwei Elektrobusse transportieren die Heilsberger Bürger bereits, die Stadt investiert jedoch schon mehrere Millionen Złoty in zwei weitere elektrisch angetriebene Fahrzeuge. Flankiert wird diese Maßnahme durch den Ausbau der Rad- und Gehwege und die Umstellung der Beleuchtung in der Stadt auf LED. Gleichzeitig bleibt der öffentliche Nahverkehr auch im Jahr 2023 weiterhin kostenlos, wie dies Anfang 2022 eingeführt worden war. Die Zahl von über 30.000 Fahrgästen pro Monat im letzten Herbst zeigt, dass das Angebot angenommen wird und die Menschen auf den Bus umsteigen. Dadurch hat der Verkehr in der Stadt spürbar abgenommen. Für den Nahverkehr erwartet Heilsberg in diesem Jahr Kosten von umgerechnet zirka 210.000 Euro. U.H.

Wir gratulieren...



Schott, Irene, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 18. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Görich, Hedwig, geb. **Dubies**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 17. Februar

Heibutzki, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 22. Februar

Jakobi, Horst, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Klimach, Anna, geb. **Rogowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 23. Februar

Knutzen, Elfriede, geb. **Urb-schat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Kreiner, Elfriede, geb. **Trosieb**, aus Drenken, Kreis Mohrun-gen, am 21. Februar

Krzewitzki, Gilda, geb. **Kul-schewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar

Meson, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Redepening, Gerda, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Februar

Sadlowski, Franzi, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar

Scheffler, Hildegard, geb. **Borawski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 19. Februar

Schütze, Edith, geb. **Köhler**, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Schwarz, Frieda, geb. **Jankowski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ehlert, Günther, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, am 21. Februar

Genßler, Ursula, geb. **Buck**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar

Gerlitz, Bernhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 18. Februar

Jensen, Karl-Heinz, aus Groß Eng-elau, Kreis Wehlau, am 18. Februar

Lockowandt, Reinhold, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 23. Februar

Noster, Traute, geb. **Luzius**, aus Dosnitten, Kreis Mohrun-gen, am 21. Februar

Rose, Kurt, aus Margen, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Wosing, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Wehlau, am 20. Februar

Zink, Marlis, geb. **Meier**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 22. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brigel, Eveline, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, am 19. Februar

Endert, Ingfriede, geb. **Philipp-zik**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 65, am 23. Februar

Fuchs, Herta, geb. **Kuhrau**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 21. Februar

Heinrich, Lotte, geb. **Kabisch**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar

Gerull, Edith, geb. **Szuggat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 18. Februar

Hoffmann, Armin, aus Seerap-pen, Kreis Fischhausen, am 23. Februar

Klauke, Käthe, geb. **Raschpich-ler**, aus Lyck, am 20. Februar

Kudritzki, Gerhard, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 17. Februar

Kurschat, Erna, geb. **Kantimm**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Schauließ, Alida, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 19. Februar

Spinner, Hannelore, geb. **Fied-lich**, aus Cranz, Kreis Fischhau-sen, am 20. Februar

Stallbaum, Gertrud, geb. **Anders**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 23. Februar

Starzynska, Hildgard, geb. **Ado-meit**, aus Maldeuten, Kreis Mohrun-gen, am 22. Februar

Steinbrücker, Ilse, geb. **Bähre**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Strojek, Heinz, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 18. Februar

Suri, Elisabeth, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar

Tiburczy, Edith, geb. **Raudies**, aus Eschenberg, Kreis Elchniede-rung, am 17. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dylatus, Martha, geb. **Buttler**, aus Deutschheide, Kreis Ortels-burg, am 19. Februar

Gilka, Hans-Georg, aus Lyck, am 18. Februar

Klimach, Günter, aus Reimanns-walde, Kreis Treuburg, am 21. Februar

Kolosko, Hildegard, geb. **Szepa-nek**, aus Herzogsau, Kreis Neiden-burg, am 21. Februar

Krüger, Irene, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. Februar

Kühn, Ursula, geb. **Gallei**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrun-gen, am 18. Februar

Rosenkranz, Lothar, aus Saalfeld, Kreis Mohrun-gen, am 21. Februar

Ruttkowski, Helmut, aus Garte-nau, Kreis Neidenburg, am 17. Feb-ruar

Scholl, Bruno, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bollnow, Irmgard, geb. **Masch-linski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 20. Februar

Borriß, Eitel, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 19. Februar

Galla, Kurt, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Kock, Ruth, geb. **Kirschstein**, aus Groß Eng-elau, Kreis Wehlau, am 18. Februar

Lindt, Alfred, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. Februar

Monecke, Paul, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 23. Februar

Oelmann, Sabine, geb. **Schulz-Kalau**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Februar

Schütz, Lydia, geb. **Sotopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 22. Februar

Woyciniuk, Günther, aus Sieden, Kreis Lyck, am 21. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bondzio, Erika, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Februar

Chodynicky, Brigitte, geb. **Locko-wandt**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Februar

Eberharter, Ingrid, geb. **Lotter-moser**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 19. Februar

Grube, Wolfgang, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Februar

Heling, Ernst, aus Lindenhof, Kreis Mohrun-gen, am 20. Februar

Höckrich, Lothar, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Kamsties, Klaus, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 18. Februar

Karbach, Sigrid, geb. **Vetter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 18. Februar

Klesius, Karin, geb. **Hermenau**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Köhler, Ernhalte, geb. **Sinnhö-fer**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 18. Februar

Kruppa, Erna, geb. **Fehlau**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elch-niederung, am 18. Februar

Laue, Inge, geb. **Kowitz**, aus Gor-deiken-Gut, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Lemke, Christel, geb. **Kopp**, aus Wallenrode, Lindenhof, Kreis Treuburg, am 17. Februar

Lender, Gisela, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 21. Februar

Massow, Anneliese, geb. **Roh-mann**, aus Lyck, am 20. Februar

Petter, Ulrich, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 20. Februar

Radde, Waltraud, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 21. Februar

Ragnitz, Dieter, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 22. Februar

Schmidt, Waltraud, geb. **Graap**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Schreiber, Hannelore, aus Tapi-au, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Schuckel, Gerhard, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Schulz, Gertraud, geb. **Grust**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Sillus, Reinhold, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Sturm, Ingrid, geb. **Iwanzick**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. Februar

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

ANZEIGE

Wohnen mit Betreuung und Verpflegung
in der Nähe Allenstein
im Haus Panorama.

Wir kümmern uns um Ihr Wohlergehen rund um die Uhr!
Fragen können Sie richten an
Brigitte Taday.

Telefon: 0211/15891930
0177/3005170

E-Mail: brigitte.taday@icloud.com

Walter-Joswig, Dr. Helga, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 22. Februar

Warich, Gertrud, geb. **Sembow-ski**, aus Wilhelmshof, Kreis Or-telsburg, am 18. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Braun, Ursula, geb. **Kleinfeld**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Hoffmann, Siegfried, aus Bar-nen, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Hofmann, Hannelore, geb. **Kel-ler**, aus Kuckerneese, Kreis Elch-niederung, am 23. Februar

Jacobi, Christa, geb. **Schendel**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Februar

Kalina, Reinhard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar

Nowitzki, Siegfried, aus Rohma-nen, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bour, Margot, geb. **Jarosch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Broek-Sopka, Bärbel van den, geb. **Sopka**, aus Groß Kosel, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Schäckel, Renate, Kreisgruppe Kassel, am 21. Februar

**Hinweis**

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreussisches Landesmuseum

Bis zum 31. März verkürzte Öffnungszeiten: täglich außer Montag 10 bis 17 Uhr, das Brauereimuseum Lüneburg ist bis zum 28. Februar geschlossen.

Veranstaltungen

Dienstag, 21. Februar, 14.30 Uhr, 3,- Euro zuzüglich 4,- Euro Eintritt, inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Das Ende einer Großstadt. Königsberg-Fo-**

tografien von Fritz Kraus-kopf.

Sonntag, 5. März 2023, 14 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt): **Verschüttete Preziosen – Die Reste des Königsberger Kirchenguts.** Sonntagsführung mit Jan Rüttinger. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Zusendungen für die Ausgabe 9/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 9/2023 (Erstverkaufstag 3. März) **bis spätestens Dienstag, den 21. Februar**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahme-

antrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

15. und 16. April: **Arbeitstagung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
24. Juni: **Ostpreussisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. Oktober: **26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ost-**

preußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Vortrag

Nürnberg – Dienstag, den 28. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1 (gegenüber dem Ende der U1): Das Gutshaus Knauten bei Preußisch Eylau. Hier lebte Luthers Tochter Margarete.

antworten, auf denen Sie gegebenenfalls Ihre Namen und Rückrufnummern hinterlassen können.

Sie können sich auch elektronisch per E-Mail anmelden bei heinrichlohmann@gmx.de. Wir benötigen Ihre Anmeldung, da wir die erforderlichen Portionen im Voraus kostenpflichtig bestellen müssen.

Da uns derzeit leider niemand für die Geschäftsstellenbesetzung zur Verfügung steht, ist in der Parkstraße 4 weiterhin keine Anmeldung möglich.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Mitgliederversammlung und Heimatnachmittag

Donnerstag, 23. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Mitgliederversammlung und Heimatnachmittag der HKG Elchniederung, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Hartmut Klingbeutel unter Telefon (040) 444993 oder Mobil (0178) 32 72 152.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Bericht vom Heimattreffen

Kassel – Das Heimattreffen am 2. Februar begann wie allgemein üblich mit dem Gesprächsteil bei Kaffee und Kuchen. Anschließend stand die Jahreshauptversamm-

lung auf dem Programm mit Vereinsinformationen und Neuwahl des Vorstands.

Festzuhalten ist, dass unsere Gruppe nur noch 30 Mitglieder aufweist und der neue Vorstand wieder der alte ist (Gerhard Landau und Gertraud Nitschky als Vorsitzende – beide zugleich betraut mit der Schrift- und Kassenerführung – sowie Frau Erika Katzinski als Beisitzerin). Neue Mitwirkende konnten leider nicht gefunden werden.

Im Vortragsteil lenkte Landau die Sinne der Anwesenden auf das Landschaftserlebnis nördliches Ostpreußen. Das dargestellte Landschaftsgemälde umfasste das Weichseldelta, die Elbingerhöhe, Frische Nehrung, Frisches Haff, Stablack, Frisching, Frelaubruch, Kurische Nehrung und Kurisches Haff sowie die Elchniederung, Memelland, Preußisch Litauen und die Rominter Heide.

Lichtbilder standen leider nicht zur Verfügung. Immerhin erhielt jeder Besucher eine bunte Kartenübersicht zur Hand. Der besseren Anschaulichkeit der charakteristischen Landschaftsteile dienten zahlreiche – teils große – Fotos, die passend zu den Textpassagen ausbreitet wurden. Bei einem späteren Heimattreffen soll dann die südliche Flanke der schönen Provinz, nämlich das Oberland, das Ermland und Masurien die Ostpreußenliebhaber erfreuen. G.L.

Schmandhering

Wiesbaden – Donnerstag, 23. Februar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: gemeinsames Mittagessen à la carte – vorgesehen ist auch Schmandhering.

Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 17. Februar bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808.

ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatsversammlung

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 22. Februar, 14 Uhr: Monatsversammlung in der Gaststätte „Mahlzeit“, Kälberwiese 13 a, Braunschweig

Regelmäßige Treffen

Lüneburg – In Treue zur Heimat und stets in dankbarer Erinnerung an den jahrelangen vorbildlichen Einsatz von Christa Harms und davor von Rosemarie von Renner-Herzke wird die Lüneburger Gruppe der Ost- und Westpreußen sich auch in diesem Jahr regelmäßig an jedem dritten Donnerstag im Monat treffen.

Auf dem Programm stehen Vorträge über Ostpreußen wie es war und was sich heute in Nord- und Süd-Ostpreußen tut sowie ein Besuch im Ostpreußischen Landesmuseum und in der Schloßberger-Pillkaller Heimatstube in Winsen. Gepflegt wird auch in diesem Jahr der Kontakt zu den benachbarten ostpreußischen Landsmannschaften. Gäste sind bei den Veranstaltungen stets willkommen. Barbara Loeffke

Bericht

Oldenburg – Bericht über unsere Versammlung am 8. Februar: Die Landsmannschaft Ostpreußen und

Westpreußen begann das Jahr mit ostpreußischen Schriftstellerinnen, und zwar solchen, die nicht mehr vielen bekannt sind: Johanna Ambrosius, Ruth Geede, Fanny Le-wald, Charlotte Keyser, Johanna Wolf und Erminia Olfers-Batocki. Frau Regine Mentz und Frau Gisela Borchers trugen deren Lebensbeschreibungen und kurze Lese-proben vor. Dazu wurden Bilder der Schriftstellerinnen mit den Lebensdaten und anderen Charakteristiken gezeigt. Kurzweilig schnell verging die Zeit, die noch zusätzlich mit Volksliedern aufgelockert wurde.

Am 8. März machen wir einen Abstecher nach Schlesien: Prof. S. Fröhlich berichtet von seiner Reise nach Breslau im Jahr 2022. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen im Stadthotel in Oldenburg um 15 Uhr.

Am 14. Dezember treffen wir uns – hoffentlich endlich wieder – zu einer Adventsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten zum Advent im Stadthotel in Eversten um 15 Uhr. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruh-ke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Termine in Düren

Düren – Mittwoch, 1. März, 17 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Jahreshauptversammlung. Die Heimat-abende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a, 52349 Düren, statt. Gerda Wornowski



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bericht

Bad Oldesloe – Die Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe und Tremsbüttel hatten einen 90. Geburtstag zu feiern und waren in Bad Oldesloe in einem Restaurant zum Essen eingeladen. Der kulturelle Teil kam dabei auch nicht zu kurz. Ulrich Klemens las aus seinem Heimatbrief „Die Elchniederung“. Das Geburtstagskind hatte sein Gedichtbändchen „Spuren ...“ mitgebracht und las einige Heimatgedichte, unter anderem die „Ode an den Strom“. In gebundener Prosa schildert sie, wie sie in den vier Jahreszeiten und in verschiedenen Wetterphasen den Wechselstrom erlebte. Sie schloss mit ihrem neuesten Gedicht „90 Jahre – ein langer Weg“, das ihr am Geburtstagsmorgen eingefallen war.

Nach weiteren Gesprächen verabschiedete sich die kleine Runde, an der zwei Mitglieder leider nicht teilnehmen konnten. Gisela Brauer

Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft

Burg auf Fehmarn – Der Vorsitzende der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“, Jochen Gawehns, konnte auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung 25 Mitglieder und die Landesvorsitzenden sowie den Kulturreferenten der LO, Edmund Ferner, im „Haus im Stadtpark“ begrüßen.

Wie er der Versammlung mitteilte, konnten Corona-bedingt nur wenige Veranstaltungen stattfinden, was auch die Kulturreferentin Ina Naujok beklagen musste. Traditionell aber konnte das „Königsberger Klops-Essen“ statt-

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

finden, das jetzt immer von abends auf die Mittagszeit verlegt wurde und dieses dementsprechend gut angenommen wurde. Ebenso der Jahresausflug zum Kultur Gut Haselburg und in die Holsteinische Schweiz.

Der diesjährige Ausflug am 16. Juni geht nach Neumünster in das Textilmuseum (mit Führung) und zum Mittagessen sowie in das Ostseebad Niendorf, wo eine Kaffeetafel angeboten wird.

Der Landesvorsitzende teilte der Versammlung unter anderem mit, dass zum Kant-Jubiläum 2024 im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg ein Anbau mit Sammlungen des Philosophen entsteht, um diese der Öffentlichkeit näherzubringen.

Kassenführerin Sigrid Pieper bestätigte der Versammlung eine gesunde Kassenlage, die von Birgit Kreil und Georg Hüttmann ohne Beanstandung geprüft wurde. Zur neuen Kassenprüferin wurde Karin Klatt gewählt.

Die Mitglieder Klaus Richard Klahn und Georg Hüttmann bekamen von Edmund Ferner für ihr Engagement bei den Ostpreußen Auszeichnungen überreicht. Ein kleines „Dankeschön“ für ihre Hilfe im Verein bekam Hannelore Grubski überreicht. Nach einem Imbiss und dem Singen des Ostpreußenliedes endete die Jahreshauptversammlung.

Achtung: geänderter Termin Flensburg – Mittwoch, 8. März, 15 Uhr, im TSB-Heim Eckener Stra-

ße: Kaffeetafel mit Vortrag. Herr Jessen (jüdische Gemeinde) setzt seinen Vortrag vom Vorjahr über „Jüdisches Leben in Flensburg“ fort.

Bericht

Am 8. Februar konnten wir unsere Mitgliederversammlung, zu der wie im Vorjahr die Hälfte der Mitglieder erschienen war, schon beinahe routinemäßig mit einem Grünkohlessen eröffnen. Leider waren doch Etliche verhindert, sie hatten aber Grußworte geschickt. Der Vorsitzende Hans Legies hieß die Anwesenden herzlich willkommen und freute sich besonders, mit der Juristin Waltraut Grimm, der professionellen Märchenzählerin Ingrid Jacobsen und ihrem Mann, dem Pädagogen Dr. Hans Carsten Jacobsen, drei neue Mitglieder begrüßen zu können. Eine große Bereicherung für unseren kleinen Verein.

Auch im vergangenen Jahr hatten uns leider Mitglieder verlassen. Wir gedachten Winfried Brandes (verstorben mit 79 Jahren), dem langjährigen Vorsitzenden zunächst der Ostpreußischen Landsmannschaft und danach der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg, unseren ältesten Mitgliedern Christa Framke (102 Jahre), Hannelore Kirchhoff (87 Jahre), Doris Klünder (91 Jahre) und Lieselotte Seiffert (91 Jahre). Sie alle bleiben fest in unserem Gedächtnis verhaftet.

In seinen Jahresbericht ging der Vorsitzende auf die Veranstaltungen des zurückliegenden Jahres ein und hob besonders den Ausflug nach Idstedt mit dem Be-

such von Museum und Gedenkstätte des deutsch-dänischen Krieges 1850 sowie das Jubiläum „70 Jahre Stein des Ostens“ am Totensonntag (siehe auch „Flensburger Tageblatt“ vom 19. November 22 und PAZ vom 9. Dezember 22) hervor. Er selbst hatte darüber hinaus an einem Besuch des Flüchtlingsmuseums Varde/Oksbøl in Dänemark und an der Gedenkfeier auf dem jüdischen Friedhof zu Flensburg teilgenommen.

Die Kassenführung war – wie gewohnt – ohne Fehl und Tadel, so konnten die Kassenprüferinnen grünes Licht geben und die Entlastung des Vorstandes empfehlen. Diese erfolgte einstimmig.

Der Haushaltsentwurf 2023 ist solide aufgestellt. Er weist ein geringes Minus auf, das aber bei der guten finanziellen Lage des Vereins kein Problem darstellt.

Die anstehende Wahl zum Vorstand wurde durch Landsmann Siegfried Hoefler geleitet: Der Stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Kanstorf sowie Kassenwartin Renate Kunde und Beisitzerin Hannelore Brandes stellten sich zur Wiederwahl, die einstimmig erfolgte. Unsere Beisitzerin Waltraud Christiansen musste leider ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen aufgeben, vorgeschlagen wurde das neue Mitglied Ingrid Jacobsen. Sie wurde ebenfalls einstimmig gewählt.

Die Änderung der Satzung, erforderlich durch inhaltliche Verbesserungen und Vorgaben des Finanzamtes, war gut vorbereitet und der neue Text bereits mit den Weihnachtsgrüßen übersandt beziehungsweise ausgehändigt worden. Der Vorsitzende verlas den

geänderten Text. Es ergaben sich wenige Fragen sowie Anmerkungen, die ausreichend beantwortet und diskutiert wurden. Die geänderte Satzung wurde ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen angenommen.

Die weiteren TOP ließen sich zügig und ohne Besonderheiten erledigen. Zwei Hinweise ergaben sich: Zum einen auf einen Märchenabend mit Musik unseres Neumitgliedes Ingrid Jacobsen am 22. Februar, zum anderen den um eine Woche vorgezogenen Vortrag der jüdischen Gemeinde (siehe Ankündigung).

Mit Kaffee und Gebäck sowie dem Singen des Ostpreußen- und Pommernliedes ging die Veranstaltung zu Ende.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würseln, Telefon (02405) 73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, direkt neben dem Landesmuseum: Treffen der Mermelstromer, Elchniederung, Tilsit-Ragniter und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung.

Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gesangsvortrag, es folgen das Geistliche Wort und die Totenehrung, die Begrüßung

durch die Kreis- und Stadtvertreter, die Festrede hält Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg. Nach einer musikalischen Einlage ist Zeit zur Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums und zum Plachandern.

Die Veranstaltung schließt mit Gesang und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de

Stellvertreterin: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel

Geschäftsstelle und Heimatmuseum: Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Geschäftsstelle nicht besetzt

Die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. in Neumünster ist seit dem 1. Dezember 2022 bis zum Anfang März 2023 krankheitsbedingt nicht besetzt.

Wichtige Mitteilungen bitte an die im Anschriftenfeld genannte Telefonnummer.

Dieter Arno Milewski



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 23. April, Einlass 11 Uhr, Beginn 11.30 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck. Die Veranstaltung findet in neuen Räumen statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Mitgliederfragen: Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail : koljawanja@gmx.de

„Nachbarschaftsgespräch“

Eisenach – 24./25. März 2023: „Nachbarschaftstreffen“

Lüneburg – 20. Mai 2023: 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41:

„Konstituierende Stadtvertreter-Tagung“/Mitgliedertreffen, Freitag, 19. Mai, 14 Uhr: Krone, Bier-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 3x3 magic square and a word search section.

Schüttelrätsel

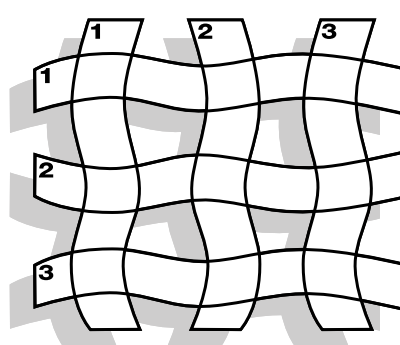
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for the 'Schüttelrätsel' puzzle with letters in the question fields.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Musikinstrument mit Tasten.

Grid for the 'Mittelworträtsel' puzzle with words in the side blocks.



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Elefantennase
2 moralisch einwandfrei (ugs.)
3 rechtmäßig; vertretbar

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

und Eventhaus. Nach fünf Jahren endet 2023 die laufende Legislaturperiode sowohl für die Stadtvertretung als auch für den Vorstand der „Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.“. Bereits am 10. Juni 2022 fand die letzte planmäßige Stadtvertretertagung der laufenden Legislaturperiode, gemäß Satzung in Wolfsburg, statt.

Durch besondere Ereignisse/Ausnahmesituationen seit Beginn (5/2018) dieser laufenden Wahlperiode (Nicht nur die „Pandemie“) standen Vorstand und Stadtvertretung vor ständigen außerplanmäßigen Herausforderungen, bis heute.

Anlässlich des für die Zukunft der drei genannten Kreismenschen bedeutenden „Nachbarschaftsgesprächs“ in Eisenach, Am Hainstein 16, 99817 Eisenach, „Haus Hainstein“, findet am Freitag, dem 24. März 2023, um zirka 14 Uhr die Revisi-on/Kassenprüfung zum Ge-

schäftsjahr 2022 statt. Auch hier waren und sind außerordentliche logistische und personelle Probleme zu klären.

Ab zirka 16 Uhr ist die letzte Vorstandssitzung der zu Ende gehenden Legislaturperiode vorgesehen. Einziger TOP: Kandidatenliste für die neue Stadtvertretung zur Übergabe an den Wahlschuss.

Auch zum Nachbarschaftstreffen (Mitgliedertreffen) am 20. Masi 2023 in Lüneburg, wird der Vortag, der Anreisetag, Freitag, 19. Mai 2023 zur Durchführung der Konstituierung der (neuen) Stadtvertretung um 14 Uhr im Kronensaal, Bier- und Eventhaus, genutzt. Ausgeschiedene Stadtvertreter sollten eingeladen sein im Sinne des Mitgliedertreffens, so wie für den Folgetag in der Einladung, siehe Heimatbrief Nr. 111, die Einladung erfolgt ist.

Erwin Feige
Stadtvertreter



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Neue Kabinettausstellung: **Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang. Der Fotograf Fritz Krauskopf (1882-1945)**, bis 21. Mai,

Die Ausstellung wurde am 10. Februar eröffnet. Das abwechslungsreiche Begleitprogramm umfasst unter anderem eine Führung am 21. Februar im Rahmen der Reihe Museum erleben über das Ende der Großstadt und einen kostenlosen On-

line-Vortrag von Dr. Anton Holzler über Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg am 4. Mai.

Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Internetseite des Museums entnommen werden: www.ol-ig.de. Eine Anmeldung für die Veranstaltungen unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.



Landsmannschaft Ostpreußen Seminar

„Ostpreußen: Land - Geschichte - Kultur“ lautet das Thema der diesjährigen Frühjahrstagung der Landsmannschaft Ostpreußen vom **21. bis 23. April** in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Auf dem Programm des Wochenendseminars stehen Vorträge über das Kinderdorf Salem im Königsberger Gebiet, über die Mennoniten in Westpreußen, über die Flucht von Walter v. Sanden 1945 aus Ostpreußen, über die Entwicklung des Ortes Steinort in Masuren nach 1945, über E.T.A. Hoffmann und über die Folgen des Zweiten Weltkriegs für das nördliche Ostpreußen und Litauen.

Referenten sind Dr. Wiesław, Dr. Christoph Hinkelmann, Agata Kern, Ulla Lachauer, Gerhard Lipfert, Jörg Petzel, Dr. Astrid von Schlachta und Prof. Dr. Joachim Tauber.

Die Seminargebühr beträgt 100,- Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- Euro pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-23; Fax (040) 41400848; E-Mail: husen@ostpreussen.de



Hier finden viele Seminare der LO statt: Politische Bildungsstätte in Helmstedt *Foto: Tourismusgemeinschaft Elm-Lappwald*

Auskunft über Ostpreußenfahrten

Die in den Vorkriegsjahren Geborenen erinnern sich noch an die von den Kreisgemeinschaften angebotenen Busreisen in die Heimat und den damit verbundenen langen Wartezeiten an der innerostpreußischen Grenze.

Jedoch gibt es noch andere Definitionen der Ostpreußenfahrten. Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Abschluss des Versailler Vertrags zeigte sich das Deutsche Reich aus politischer, wirtschaftlicher und sportlicher Sicht mit dem Aufruf „Helft dem deutschen Osten“ solidarisch zu dem durch den polnischen Korridor abgetrennten Ostpreußen, um die notwendige Verbindung des Reiches mit den abgelegenen Grenzgebieten sicherzustellen. Nach 1933 forderte die Politik, in kultureller Hinsicht „die deutsche Jugend mit dem Osten bekannt zu machen und für die wirtschaftliche Arbeit am Osten zu begeistern“. So wurden Ostpreußenfahrten unter anderem für die Kriegsschulen des Heeres oder als Grenzland-Fahrtenwettbewerb der Hitler-Jugend durchgeführt.

Rudolf Hess und 600 ehemalige Kämpfer der Tannenschlacht fuhren im Juni 1937 zu einer Ostpreußenfahrt oder „Treuefahrt der alten Garde“ durch Ostpreußen. Bei ihrem Besuch der samländischen Bernsteinküste erhielten sie eine in der Staatlichen Bernsteinmanufaktur Königsberg angefertigte Bernsteinplakette.

Höhepunkt aller Fahrten in den Osten waren neben dem Besuch der Marienburg, Königsberg, der Bernsteinküste und Masuren



Ausfahrten in den 1930er Jahren: Kleinwagenparade vor dem Tannenberg-Nationaldenkmal bei Hohenstein (o.), eine Ausfahrt im Jahr 1932 (u.) und eine Ausschreibung aus dem Jahr 1930 (r.)

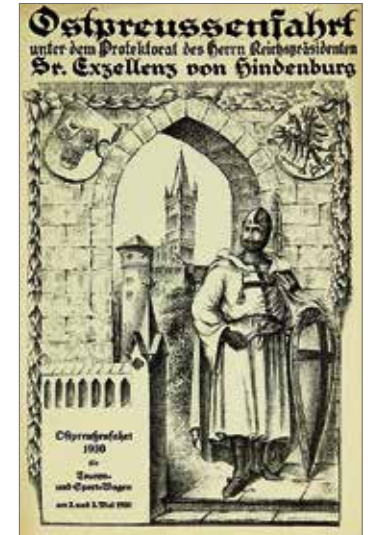
der Besuch des Tannenberg-Denkmal, welches nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg als Wallfahrtsstätte besucht wurde.

Auch Sportverbände und Vereine unternahmen sogenannte „Ostpreußenfahrten“. Automobilvereine veranstalteten Ziel- und Zuverlässigkeitsfahrten durch „das deutsche Ordensland“ und gestalteten die Ausschreibungen meist mit ansprechenden Fotos.

Zwischen dem 6. und 9. Mai 1925 veranstaltete der Auto-Sportclub-Ostpreußen in Gemeinschaft

mit dem ADAC Königsberg und Gau 8a eine sportliche Veranstaltung, die dem Publikum zeigen sollte, was mit dem modernen Motorrad geleistet werden kann. 1929 wurden neben Kraftwagen mit und ohne Seitenwagen Kraftwagen zugelassen. Ab 1934 war eine verstärkte Teilnahme von Reichswehr, SA und SS zu verzeichnen.

Die Strecken mit Start und Ziel Königsberg verliefen meist über Gumbinnen durch Masuren nach Lötzen, über Hohenstein/Tannenberg-Denkmal und Osterode nach



Marienburg, Danzig und Elbing. Typisches Ostpreußenwetter mit Regen sowie schwieriges Gelände mit teils morastigen Wegen verlangten Fahrern und den wenigen Fahrerinnen, darunter die bekannte Lotte Bahr, und den Maschinen einiges ab.

Der Autor des bei der Kreisgemeinschaft Osterode erhältlichen Buches „Das Tannenberg-Denkmal – Die kleine Geschichte eines großen Denkmals“ will versuchen, „die Geschichte der ADAC - Ostpreußenfahrten zwischen 1925 und 1939“ wieder aufleben zu lassen. Neben vorhandenen Zeitungsberichten und einigen Ausschreibungen aus dem ADAC-Archiv in München sucht er weiteres Bild- und Dokumentationsmaterial jeglicher Art wie Ausschreibungen von 1925 bis 1928, Urkunden, Plaketten und Fotos von Teilnehmern mit kurzen Informationen.

● **Zuschriften** erbeten an: Jürgen Ehmman, Stenweilerstraße 35, 66564 Ottweiler. Telefon (06824) 303359. E-Mail: Ordensland@web.de



Trakehner Hengstwochenende

Anfang Februar fand das Trakehner Hengstwochenende mit Frühjahrskörung und Hengstschau im Westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf statt. Nicht nur die Hengstschau fand wie gewohnt vor gut gefüllten Rängen statt, auch die Körnung verzeichnete hohe Zuschauerzahlen mit Gästen aus acht Nationen. Drei von zehn vorgestellten Hengsten wurden gekört, ein Vollblüter anerkannt.

Gekört wurde der dreijährige HIRTENSTERN v. Hirtentanz-Impetus-Herzruf, gezogen und im Besitz von Ralf Budt, Ahlen, ein großrahmiger, sportlicher Hengst mit gutem Freispringen und hervorragendem Ablauf im Trab und Galopp. Aus dänischer Zucht und im Besitz von Steffen Madsen, Roennede (DEN) empfahl sich der dreijährige MONROE'S EURONAX v. Preussen Party-Schampus-Schwadroner.

Der dreijährige BERLIOZ v. Zauberdeyk-Heuberger-Suchard wurde gezogen und steht im Besitz von Monika Mittermeyer, Schwie-

lochsee. Neben drei hervorragenden Grundgangarten sticht seine Abstammung hervor, die auf väterlicher wie mütterlicher Seite gekörte Hengste und zahlreiche S-erfolgreiche Sportpferde aufweist.

Anerkannt wurde der siebenjährige, im Stall Ullmann gezogene Vollblüthengst Waugh xx v. Rip Van Winkle xx-Monsun xx-Kingmambo xx. Der in Flachrennen erfolgreiche Hengst brillierte im Freilaufen mit auffällender Mechanik in den schwinghaften Grundgangarten. Er steht im Besitz des Haupt- und Landgestüts Marbach, Gomadingen und erweitert dort das Lot der Veredler für die Reitpferdezucht.

Über 30 Trakehner Vererber waren zur 24. Trakehner Hengstschau angereist, um sich den Züchtern für die laufende Deck-saison zu empfehlen. Reitmeister Hubertus Schmidt kommentierte seine Trakehner Schützlinge, Olympionikin Helen Langehanenberg bat ihren Trakehner Nachwuchsstar Kwahu zum Tanz und



Einer der ausgezeichneten Hengste: Berlioz v. Zauberdeyk *Foto: Dr. Peter Richterich*

der Championships-Eventer Andreas Ostholt moderierte die eindrucksvolle Vorstellung der Busch- und Springvererber. Hier waren international bis CCI4* siegreiche Hengste vertreten, vom blutgeprägten S-Sieger Polartanz über den international S-erfolgreichen Glücksruf I bis zum S-siegereichen Parcours-Spezialisten Tecumseh. Der mehrfache Spring-Derby Finalist Stephan Dubsy begeisterte im Sattel des bis CCI3* erfolgreichen Anglo-Arabis Cestuy La De L'Esques AA, der gemeinsam mit dem Marbacher Vollblutaraber Devdas ox das sportliche Spezialblut beispieldhaft repräsentierte.

Der Hauptvererber und Trakehner Hengst des Jahres 2022, Millennium, gab sich die Ehre und für künftigen Nachwuchs auf dem Viereck gaben neben vielversprechenden Junghengsten diverse S-erfolgreiche Väter ihre Visitenkarten für kommende Zuchtentscheidungen. Einen berührenden Auftritt hatte der mehrfache Hengst-Vater Berlusconi, der von einem neunjährigen Mädchen in die Bahn und über kleine Sprünge geritten wurde, bevor seine Besitzerin aufsaß und die Sportlichkeit des Deckhengstes demonstrierte. Die hervorragend organisierte Hengstschau bot mit Demonstrationen von Rittigkeit, Bewegungsqualität und Springtalent ein werbewirksames Schaufenster für die Trakehner Hengste mit sportlichen Schwerpunkten in allen drei Disziplinen.

● **Trakehner Verband e.V.**, Rendsburger Straße 178a, 24537 Neumünster, www.trakehner-verband.de

KÖNIGSBERG-AMALIENAU

Die St. Adalbertkirche wird orthodox

Nach dem Krieg Observatorium, wird das Gebäude bald wieder ein Gotteshaus – Nachkriegsumbauten wurden bereits entfernt

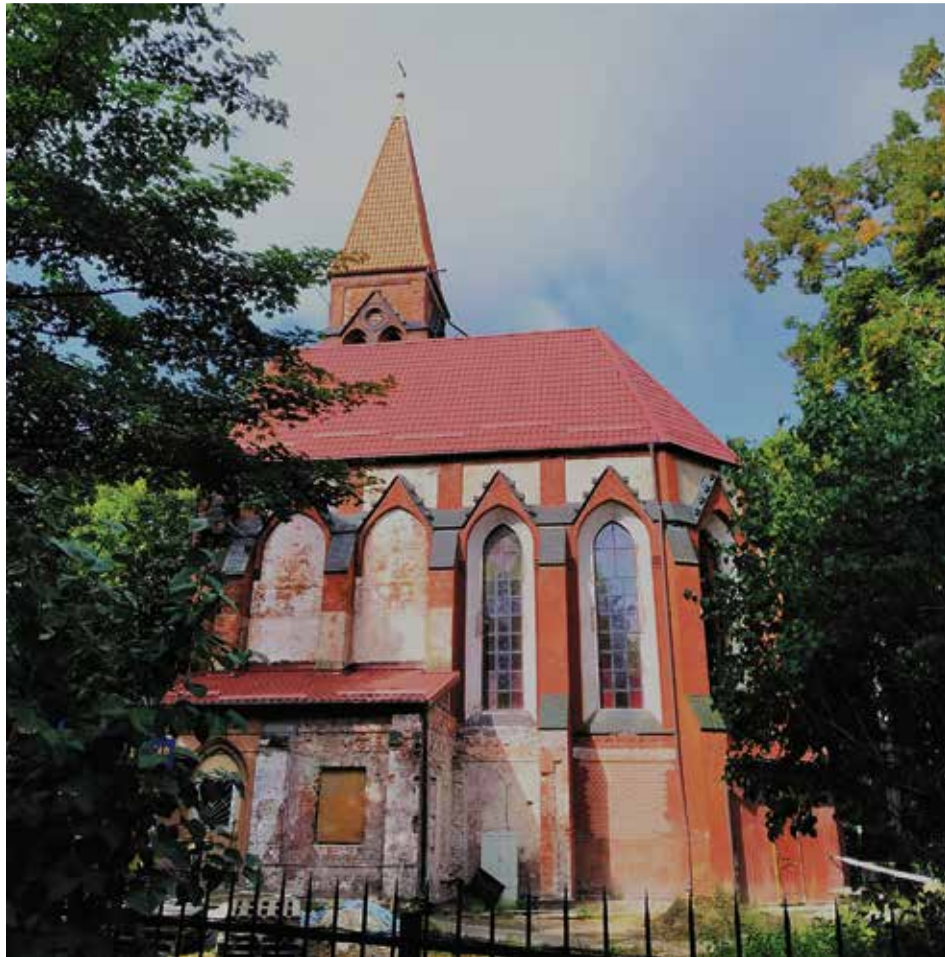
VON BODO BOST

Die St. Adalbertkirche im Königsberger Stadtteil Amalienau wurde 1904 von dem auf den Kirchenbau spezialisierten Architekten Friedrich Heitmann erbaut. Nach einer weltlichen Umwidmung 1945 und einer Komplettanierung ab dem Jahr 2018 wird das seit 2007 unter Denkmalschutz stehende Gotteshaus bald als orthodoxe Kirche wiedereröffnet werden.

Die Bauarbeiten an der Adalbertkirche begannen am 16. Juli 1902 im neuen Stadtteil Amalienau. Das Patrozinium (die Schutzherrschaft eines Heiligen über eine katholische Kirche) der Kirche erinnert an den heiligen Adalbert von Prag, den Glaubensboten bei den Prußen und Märtyrer am Frischen Haff. Der Standort der Kirche befand sich an der Stelle, an der die alte Lawsker Allee eine Kurve machte (heute ul. Pobedy 41). Am 14. November 1904 wurde die Kirche als Backsteinbau im neugotischen Stil eingeweiht.

Geschaffen von Friedrich Heitmann

Ursprünglich war es eine kleine Kapelle mit einem schmalen Turm im Norden und kleinen Strebepfeilern an drei Seiten. An der Ostseite befand sich in der Fensternische ein Bild des heiligen Adalbert auf Goldgrund. Im Jahr 1932 wurde die Kapelle durch einen zusätzlichen Bau mit Spitzbogenfenstern im Norden und Süden und einem modernen Portal erweitert. Die Kirche bot Platz für 250 Besucher. In den Jahren 1938 und 1939 schuf der damals in Dresden tätige Bildhauer Otto Zirnbauer für die Adalbertkirche eine 2,20 Meter hohe Schutzmantelmadonna aus Lindenholz sowie für die Kanzel ein Evangelisten-Symbol aus Solnhoffer Schiefer. Beide Werke wurden im



Weitgehend restauriert: Die Adalbertkirche im Jahr 2020

Foto: Alexei Puzyrev

oder nach dem Krieg zerstört. Der Eingang der Kirche befindet sich an der Seite, was für Heitmann-Kirchen typisch ist. Der Turmsockel wird zur Halle, und der Turm selbst ist im Verhältnis zum Kirchenschiff asymmetrisch angeordnet. Aus städtebaulicher Sicht hatte er eine hervorragende Lage: Das Dach des Turms war schon von Weitem sichtbar. Das Äußere ist durch Strebepfeiler gegliedert; sie verleihen der Kapelle einen gotischen Charakter.

Heitmann, der 1921 auf dem Friedhof der Kirche beerdigt wurde, spielte bewusst mit gotischen Elementen. Mit ih-

rem hohen Kirchenschiff und dem schlanken Turm macht die Kapelle einen größeren Eindruck, als sie es tatsächlich ist. Der Innenraum wirkt durch einen geschickten Schachzug größer: Die Fenster erreichten ursprünglich nicht von unten ihre heutige Größe, sondern die Wände waren unten geschlossen, sodass es den Anschein hatte, als würde das Licht aus großer Höhe einfallen.

Nur leichte Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg

Bei den Kämpfen 1945 wurde vor allem der von Weitem sichtbare Kirchturm be-



Noch ohne Anbau: Die Adalbertkirche als Kapelle mit hohem Turm

Foto: Archiv LO

schädigt. Nach dem Krieg wurde der Erweiterungsbau abgerissen und der verbliebene Altbau der Kapelle zunächst als Lagerhaus genutzt. Ab Mitte der 1960er Jahre wurde er von einem städtischen Unternehmen übernommen, das Zahnersatz herstellte, und 1975 wurde das Gebäude an das Magnet- und Ionosphärenobservatorium „IZMIRAN“ übergeben. Die Räumlichkeiten im Inneren wurden verändert und drei Etagen eingebaut.

Seit dem Auszug des Observatoriums 2018 wird das seit 2007 unter Denkmalschutz stehende Gebäude für eine neue sakrale Nutzung durch die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) hergerichtet. Dabei wurde die Geschosseinteilung beseitigt und der ursprüngliche Kirchenraum wiederhergestellt und die Turmbedeckung rekonstruiert. Jetzt wurde mit dem Einbau von vier Kirchenuhren der Turm fast originalgetreu wieder fertiggestellt.

Die katholische St. Adalbertkirche wird in eine orthodoxe Kirche, die dem Fürsten Dimitrij Donskoj gewidmet ist, umgewandelt. Die aus der Sowjetzeit stammenden Sanierungsbauten sind bereits abgebaut, die zugemauerten Fensteröffnungen wurden freigelegt und neue Buntglasfenster eingesetzt. Die Turmspitze mit weit sichtbarem Kreuz wurde restauriert.

160.000 Euro aus dem Haushalt

Im Oktober 2022 wurde mit der Renovierung der Fassade und der Innenräume der Kirche begonnen. Für die Durchführung der Arbeiten wurden der Diözese umgerechnet knapp 160.000 Euro aus dem regionalen Haushalt zugewiesen. Das Geld wurde der Königsberger Diözese der ROK, die erst 2009 unter Patriarch Kyrill ihre Eigenständigkeit erhielt, in Form eines Zuschusses zur Verfügung gestellt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ratibor wird wieder beweglich

Kati Gierszewska-Widota, die Medienfrau der Deutschen Minderheit, haucht alten Postkarten neues Leben ein

Das Museum in Ratibor [Racibórz] feiert sein 95. Gründungsjubiläum und zählt damit zu den ältesten Museen in Oberschlesien. 1927 in der ehemaligen Heilig-Geist-Kirche des Dominikanerinnenklosters zu Ratibor durch Dozenten der Königlich-Evangelischen Mittelschule eingerichtet, diente es anfänglich als Heimatmuseum.

Es sollte allmählich zu einem Regionalmuseum ausgebaut werden. Das Museum umfasste Themengebiete zu Geschichte, Geologie, Naturkunde und Kirchenkunst. Erst unter polnischer Verwaltung, 1964, wurde angebaut. 2008, anlässlich des 220. Geburtstags des Romantikers Joseph von Eichendorff (1788–1857), der im zehn Kilometer entfernten Lubowitz [Lubowice] geboren wurde, konnte in Ratibor eine Eichendorff-Ausstellung präsentiert werden.

Nachdem im Januar 2021 der passionierte Heimatforscher Alfred Otlík verstorben war, ging seine Sammlung historischer Postkarten an das Museum. Mehr als 2000 Ansichten des Stadtbilds und etwa 600 mit Eichendorff-Motiven hatte der Ratiborer zusammengetragen. Daran wurde kürzlich eine Sonderausstellung zusammengestellt. Museumsdirektor Romuald Turakiewicz hatte bei der Vernissage noch eine Überraschung pa-

rat. Auf einer Leinwand sahen die Besucher einen Kurzfilm, in dem manche der Karten zum Leben erwachten. So sah man beispielsweise eine Karte des Ratiborer Rings, auf der sich die spielenden Kinder und Bäuerinnen in Trachten, die ihr Obst und Gemüse an den Mann bringen, oder junge Mütter, die Kinderwagen durch die Stadt fahren, auf einmal bewegten.

Besucher sehen einen Kurzfilm

Autorin des Films ist die Ratiborerin Kati Gierszewska-Widota, Medienfrau der Deutschen Minderheit. Sie hat bereits mit dem Team der Radio- und TV-Redaktion Mittendrin.pl aus Ratibor und dem Medienunternehmen VidiFilm zahlreiche Visualisierungsprojekte für Museen produziert – zuletzt in Oppeln [Opole] für das Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in der Republik Polen. „Aber für ein Museum der Heimatstadt zu arbeiten, ist schon etwas Besonderes“, sagt sie. „Ich habe vom Museum Dutzende alte Postkarten erhalten, vor allem solche aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Ich habe versucht, mir vorzustellen, welche Geräusche diese Standaufnahmen begleitet haben dürften oder wie sich die Menschen damals verhielten“, so Gierszewska-Widota.



Vor der grünen Leinwand: Kati Gierszewska-Widota bei der Moderation des TV-Magazins der Deutschen Minderheit

Foto: Wagner

Die bewegten Bilder entstanden vor einer grünen Leinwand, der sogenannten Green Box. Echte Menschen spielten kurze Szenen vor dieser Leinwand. „Ich konnte meine Familie und Freunde mit Kindern überzeugen mitzumachen, wir hatten sogar einen Hund dabei“, sagt sie. Natürlich brauchte das Team

auch Kleidung von damals. „Es war schwer, solche Klamotten zu finden. Aber es stellte sich heraus, dass meine Mutter viele traditionelle Gewänder von einst zu Hause hatte. Es waren hauptsächlich Trachten, die vor dem Krieg in Ratibor getragen wurden. Einige hatte uns auch das Museum zur Ver-

fügung gestellt, darunter vor allem authentische Gegenstände aus der Umgebung, wie Kinderwagen, Spielzeug, Koffer, Gemüsekörbe und ähnliches“, zählt die Journalistin auf.

Ein spaßiges Abenteuer für das Team

Für das Team sei es ein spaßiges Abenteuer gewesen, so die Ratiborerin. „Die Kinder, die mitwirkten, wussten nicht, wozu das alles. Es war ein Spiel für sie und darum ging es uns.“ Was man letztendlich im Film sieht, sind Postkarten, auf denen sich die Menschen, Kutschen und Pferde bewegen. „Es gibt auch Geräusche, zum Beispiel Pferdehufen klappern, man hört Gesprächsfragmente, um eben die Atmosphäre von damals wiederzugeben“, berichtet die Germanistin, die selbst bereits als Jugendliche vor der grünen Leinwand als Moderatorin des deutschsprachigen Jugendmagazins vom „Schlesien Journal“ und später auch in der Version für Erwachsene stand. „Für Ratibor haben wir einen dreiminütigen Film gemacht, der durch die Straßen des alten, deutschen Ratibors führt und der sich echt sehen lassen kann!“, sagt sie stolz.

Den Film kann man auf der Seite des Ratiborer Museums auf www.muzeum-raciborz.pl sehen. Chris W. Wagner

POMMERSCHER ADEL

Helmuth Freiherr von Maltzahn

Vor 100 Jahren gestorben – Umsichtiger Politiker und Gründer der Historischen Kommission Pommerns

VON MARTIN STOLZENAU

Die Familie von Maltzahn gehört zum Uradel in Mecklenburg und Vorpommern, wurde 1194 erstmals urkundlich erwähnt und entwickelte sich ab Ludolf von Moltzan, der zwischen 1256 und 1283 als Burgmann zu Gadebusch überliefert ist, in mehreren Zweigen in Mecklenburg, Pommern und Brandenburg-Preußen.

Die moderne Familiengeschichte verweist auf rund 60 Stämme, Zweige, Linien, Äste und Unteräste. Das reicht vom Stamm Grubenhagen über den Stamm Penzlin bis zum Stamm Sarow, die mit ihren Untergliederungen alle größere Besitztümer erwarben und über Jahrhunderte in der Politik, beim Militär und in Kultur und Kunst bedeutende Stellungen bekleideten.

Die Reihe der namhaften Besitzungen mit diversen Schlössern reicht von Burg Penzlin, Schloss Kummerow und Schloss Ivenack mit den ältesten Eichen Deutschlands über Schloss Gültz, Schloss Wolde, Schloss Schmarsow, Schloss Ulrichshusen und dem Herrenhaus in Krukow bis zum Schloss Militsch in Niederschlesien.

Umsichtiger Landesherr

Die Palette bekannter Namensträger in den vergangenen Jahrhunderten geht von Joachim von Maltzahn, dem kaiserlichen Feldmarschall, Karoline von Maltzahn, der Vorbildfigur für Gräfin Christine Holk in Theodor Fontanes „Unwiederbringlich“ und Heinrich von Maltzahn, einem Schriftsteller und Orientalisten, über Hermann von Maltzahn, dem Forschungsreisenden und Dichter, bis zu Maria von Maltzahn, der Biologin und Widerstandskämpferin gegen die Nationalsozialisten, Andreas von Maltzahn, dem mecklenburgischen Landesbischof, Katrin von Maltzahn, der Malerin und Kunstprofessorin, und Helmuth von Maltzahn, der als Reichstagsabgeordneter und Oberpräsident der preußischen Provinz Pommern in Stettin residierte und der vor genau 100 Jahren starb.

Helmuth Freiherr von Maltzahn wurde am 6. Januar 1840 in Gültz geboren. Der Ort liegt im westlichen Ausläufer des Tollense-Urstromtals nördlich von Altnortow und südöstlich von Demmin, war seit 1484 Teil des umfangreichen Lehensbesitzes der Adelsfamilie von Maltzahn und erhielt unter Helmuth von Maltzahn das bis heute existierende klassizistische Herrenhaus und einen englischen Landschaftspark. Heute gehört das Dorf mit

einigen Sehenswürdigkeiten wie dem Herrenhaus, der Kirche aus dem 13. Jahrhundert, den Maltzahn-Grabstätten und zwei spektakulären alten Eichen zum Landkreis Demmin.

Schlösser einst im Familienbesitz

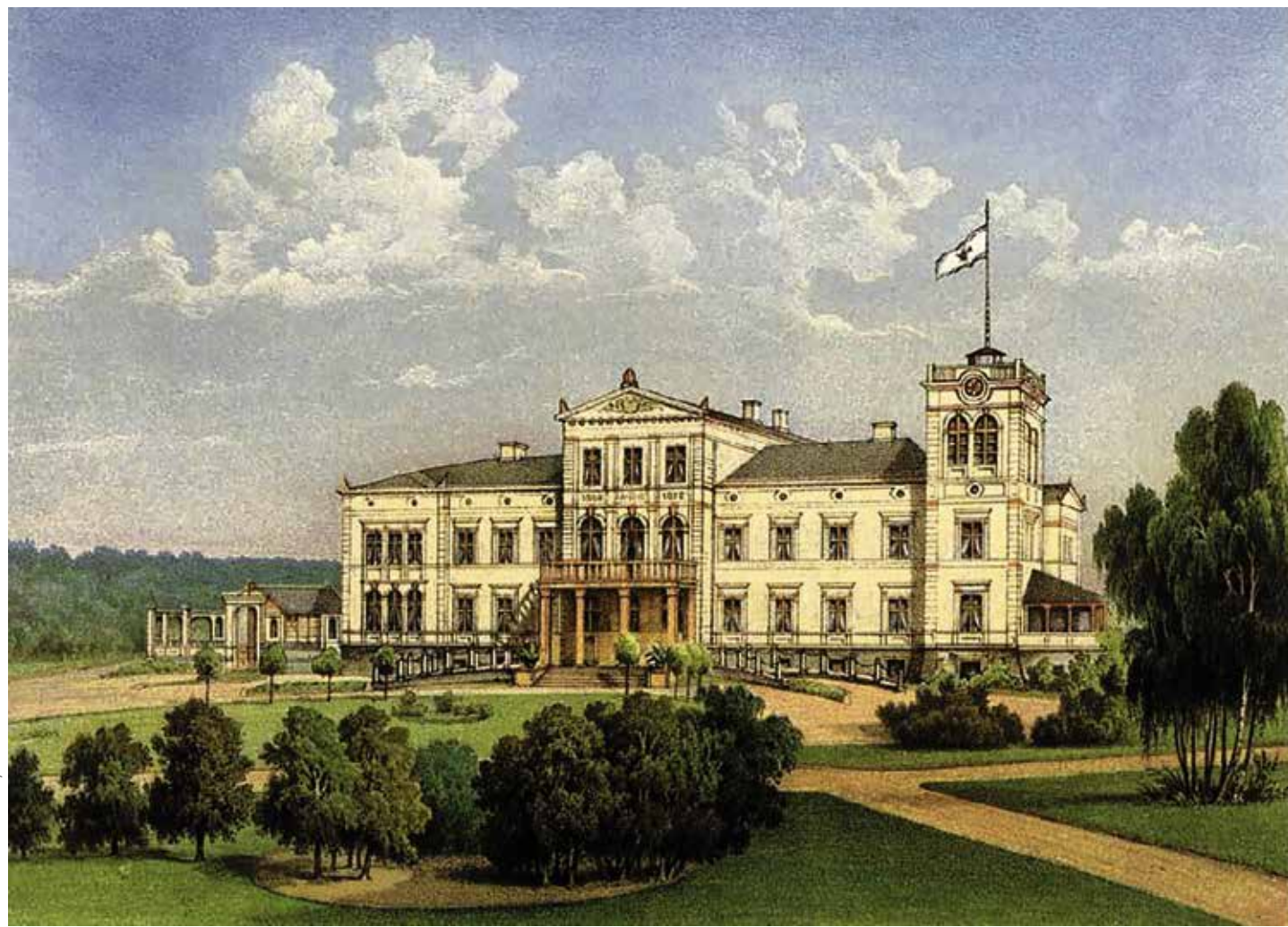
Die Eltern von Maltzahn waren Axel von Maltzahn, der als Landrat wirkte, und Auguste von Lützwow-Boddin, eine Tochter des mecklenburgischen Staatsministers

sischen Krieg 1870/71 unterbrochen wurden, nutzte er für den Ausbau seines Gutsbesitzes in Gültz, den Neubau eines Herrenhauses durch den Schweriner Bau- rat Georg Daniel und zur Vervollkommnung des vom preußischen General-Gartendirektor Peter Joseph Lenné 1840 geschaffenen englischen Landschaftsparks.

Fast parallel ließ er sich als Mitglied der Konservativen in den Reichstag wählen. Er gehörte dem Reichstag als Abge-

kenner für die Gründung der Historischen Kommission Pommerns, die er als erster Vorsitzender ab 1910 auf den Weg brachte und dabei die Erforschung der Historie Pommerns in Gang brachte. Er machte dabei nicht nur Vorgaben. Er forschte und veröffentlichte auch selbst. Bereits 1913 erschien der erste Band zur Pommer- schen Geschichte.

Maltzahn ließ es im Alter ruhiger angehen. Er hatte auf seinem Gutsbesitz, im



Das Schloss Gültz aus der Sammlung Alexander Duncker (1813–1897): Heute steht das Gebäude leer. Der dazugehörige Landschaftspark wurde einst von Peter Joseph Lenné geschaffen

Ludwig von Lützwow. Der Adelspross erhielt eine standesgemäße Bildung, studierte nach dem Abitur in Erlangen, Heidelberg und Berlin Rechtswissenschaften und begann seine berufliche Laufbahn 1860 als Auskulturator. Er stieg rasch zum Kammergerichtsreferendar, Regierungsreferendar und Regierungsassessor auf, bis er 1867 nach der Heirat mit Anna von Rohrscheid aus Annaburg im Interesse der eigenen Familie und zur Bewirtschaftung seiner Güter zeitweilig aus dem Staatsdienst ausschied.

Die Jahre der Zurückgezogenheit, die durch die Teilnahme am deutsch-franzö-

ordneter des Wahlkreises Anklam-Demmin bis 1888 an. Damit begann seine zweite Karriere. Er war als Reichstagsabgeordneter bis 1888 Chef des wichtigen Haushaltsausschusses, war ab 1888 fünf Jahre lang Staatssekretär im Reichsschatzamt auf und übernahm dann das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Pommern mit Sitz in Stettin.

Nach 1945 enteignet

Maltzahn regierte die Provinz recht pragmatisch, wurde 1909 zusätzlich zum Erb- landmarschall von Altvorpommern berufen und engagierte sich als Geschichts-

Reichstag und dann als Chefverwalter Pommerns seine Felder bestellt und starb am 11. Februar 1923 mit 83 Jahren auf seinem Stammsitz in Gültz. Außer seinem Lebenswerk hinterließ er aus seiner Ehe fünf Kinder. Seine letzte Ruhe fand Maltzahn auf der Familiengrabstätte in Gültz.

Das Gut Gültz mit Schloss und rund 1000 Hektar blieb bis 1945 im Familienbesitz, hatte als letzte Besitzerin Helene Luise Freifrau von Maltzahn und wurde dann enteignet. Das Schloss diente anschließend als landwirtschaftliche Berufsschule, nach 1989 zeitweilig als Hotel und steht derzeit bedauerlicherweise leer.

HEIMAT

Sommer im Blauen Ländchen

16. Heimatreise in den Kreis Lauenburg in Pommern – Wer möchte mitreisen?

Vom 18. Juni bis 27. Juni findet die 16. Reise in den Heimatkreis Lauenburg statt.

In zehn entspannten Tagen reisen wir durch die bewegte Geschichte unserer Heimat. Der Seele Hinterpommerns spüren wir in aller Ruhe in Leba im Kreis Lauenburg i. Pom. und dem Blauen Ländchen nach, und von dort aus erkunden wir einzigartige Landschaften wie den Slowinski Nationalpark mit seinen wandernden Dünen. Hier befand sich vor dem Krieg das Segelfliegerparadies. Der Segelflieger Johannes Settgast stellte hier im August 1933 einen Dauerflugrekord mit 17,5 Stunden auf. Einige Jahre später, 1937, wurde dieser Rekord von Richard Manz auf 18,5 Stunden erhöht.



Einst das Paradies der Segelflieger: Wanderung auf der Lontzke-Düne

Wir entdecken die kleinen Städte der Nachbarreise im Detail und die Dörfer unserer Heimat im Ganzen, genießen herzhaft pommerische und polnische Küche, fahren in Kutschen und Booten, verweilen an Seen und bestaunen herrliche sakrale Bauten in dieser ziegelsteinreichen Welt. Und immer bleibt genug Zeit zum Schauen, Genießen, Verschnauften und für die ganz persönlichen Erkundigungen. Erleben Sie gemütliche, interessante und gesellige Tage im Kreise von Freunden und Gleichgesinnten.

● **Info** Bund der Lebaer e.V., Claudia Fredrich, E-Mail: Claudia.Fredrich@BdL-Leba.de oder Telefon (02226) 1575787

DANZIG

Danziger Kulturtagung in Pforzheim

Der Bund der Danziger lädt 18. und 19. März zur diesjährigen Kulturtagung ein. Tagungsort ist das Museum Haus der Landsmannschaften, Kirchenstraße 9, in 75175 Pforzheim. Das restaurierte Bauernhaus im Stadtteil Brötzingen wurde 1989 zum Museum für die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten und den östlichen Siedlungsräumen.

Vor dem Museum erinnert ein Denkmal an die Millionen Toten von Flucht und Vertreibung. In zehn Heimatstuben der ostdeutschen Landsmannschaften wird das geschichtliche und kulturelle Erbe sichtbar. Das Museum möchte Neugier wecken auf die östliche deutsche Kulturlandschaft, berühmte Persönlichkeiten, Handwerk, Industrie und landwirtschaftliche Besonderheit sowie auf die früheren Verbindungen zu Pforzheim.

Das Motto der Kulturtagung lautet: „Heimatlos in der neuen Heimat? Die langen Schatten von Flucht und Vertreibung“. Den Teilnehmern erwartet ein vielfältiges Programm mit Vorträgen, einer Lesung sowie einer Museumsführung. Wir freuen uns auf zahlreiche Anmeldungen vieler „alter Bekannter“ und interessierter Teilnehmer, die sich unserer alten Heimat Danzig verbunden fühlen.

Programm am Sonnabend, 18. März: ab 13 Uhr Einlass – Begegnung und Austausch bei Kaffee und Kuchen; 14 bis 14.15 Uhr, Einführung durch den Vorsitzenden des Bundes der Danziger e.V., Marcel Pauls, Hamburg; 14.15 bis 14.30 Uhr, Grußwort der Leiterin des Kulturamts der Stadt Pforzheim, Angelika Drescher;

14.30 bis 16 Uhr, Vortrag: „Die langen Schatten von Flucht und Vertreibung – Ostdeutsche Spuren im Grenzdurchgangslager Friedland“, Dr. Christopher Spatz, Bremen, mit anschließender Diskussion;

16 bis 16.20 Uhr – Kaffeepause; 16.20 bis 17.20 Uhr – Lesung: „Nur der Himmel blieb derselbe, Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“, Dr. Christopher Spatz, mit anschließender Diskussion;

17.30 bis 17.55 Uhr – Impulsvortrag: „Heimat im Garten – der Danziger Kantapfel“, Dr. Christopher Spatz;

ab 18.30 Uhr Möglichkeit zum gemeinsamen Abendessen und zum geselligen Beisammensein in der Gaststätte „Amalienstube“, Amalienstraße 13, 75172 Pforzheim.

Sonntag, 19. März: 9.30 bis 9.50 Uhr, Vortrag: „Der Bund der Danziger e.V. in Baden-Württemberg – damals und heute“, Petra Lorinser (Ravensburg);

9.50 bis 11 Uhr, Vortrag: „Der Danziger Johannes Hevelius (1611–1687) – bedeutendster Astronom um die Mitte des 17. Jahrhunderts, Begründer der Kartographie des Mondes und der Selenographie“, Reinhard H. W. Hanke, Berlin, anschließend Diskussion;

11.15 bis 12.15 Uhr: Führung durch das Museum Haus der Landsmannschaften, Gisela Schack (Pforzheim);

12.15 bis 12.30 Uhr, Resümee und Schlussworte durch den Stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Danziger, Dr. Bennet Brämer (Velten); 12.30 Uhr Abschluss mit gemütlichem Ausklang und kleinem Imbiss.

Anmeldungen bis 10. März per E-Mail an post@danziger.info oder postalisch an Petra Lorinser, Blumenstraße 7, 88214 Ravensburg, Telefon (0751)66230

„Das ist der Preis einer negativen Personalauslese“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Aus meiner Sicht eine sehr zutreffende Einschätzung der derzeitigen Lage im Ukrainekrieg. Danke schön für den Abdruck des informativen Beitrags“

Bernhard Gobrecht, Potsdam
zum Interview mit
General a.D. Harald Kujat: (Nr. 5)



Ausgabe Nr. 6

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MAASSEN IN DER ABSEITSFALLE
ZU: DIE UNION UND IHR PROBLEMFALL HANS-GEORG MAASSEN (NR. 5)

Hat das CDU-Präsidium versucht, auf Dr. Hans-Georg Maaßen die Abseitsfälle anzuwenden? Vielleicht. Nur sollte vorher beachtet werden, dass Maaßen in der eigenen Mannschaft spielt und versucht, Bälle im gegnerischen Tor zu versenken und dabei um Unterstützung bittet. Die Abseitsfälle funktionieren bei dem früheren Verfassungsschutzpräsidenten nicht.

Wollen wir dem Großen Trainer noch eine Chance geben: Das gegnerische Tor ist rot-grün, Schwerpunkt Grün. Trainer, trau Dich! *Jan-Christian Lewitz, Dresden*

AUS FEHLERN ITALIENS LERNEN
ZU: DIE UNION UND IHR PROBLEMFALL HANS-GEORG MAASSEN (NR. 5)

Ähnlichkeiten in der politisch-ideologischen Entwicklung der einst großen, aber 1994 untergegangenen italienischen Volkspartei Democrazia Cristiana (DC) und der deutschen CDU sind frappierend. Die 1943 von bedeutsamen Persönlichkeiten wie Alcide de Gasperi, Aldo Moro, Amintore Fanfani, Giulio Andreotti und anderen gegründete DC, die sich als gemäßigte katholische Volkspartei der Mitte verstand, die in ersten Jahrzehnten 40- bis 45-prozentige Wahlerfolge erzielte und die zwischen 1945 und 1993 fast alle Ministerpräsidenten Italiens stellte, öffnete sich in den 1960er und 70er Jahren nach links und schloss 1973 den sogenannten „historischen Kompromiss“, der eine direkte Zusammenarbeit mit der reformierten, eurokommunistischen Partei Enrico Berlinguers ermöglichte.

Zugleich verstrickte sie sich in zahlreiche Korruptionsfälle. Im Ergebnis dieser Entwicklung verlor die DC einen bedeutenden, hauptsächlich konservativen Teil ihrer Wähler und sank ihr Stimmenanteil auf nahe 30 Prozent. Mit einer Fünfparteienkoalition in den 1980er Jahren konn-

te sie ihren Untergang auch nicht mehr aufhalten, der am 29. Januar 1994 mit der Auflösung der DC besiegelt wurde. Von den anschließend durch verschiedene Flügel der DC gegründeten Parteien existiert heute keine mehr. Zur gleichen Zeit entstanden rechtsgerichtete Parteien wie die „Forza Italia“ und die „Lega Nord“, in die viele der ehemaligen Stammwähler der DC abwanderten, was den Untergang der DC noch beschleunigte.

Ob die CDU der Gegenwart aus den Fehlern der ehemaligen DC lernen wird? Zunächst gibt es dafür meiner Einschätzung nach noch keine Anzeichen.

Dr. Ádám Sonnevend, Rostock

DIE CDU RUINIERT SICH SELBST
ZU: DIE UNION UND IHR PROBLEMFALL HANS-GEORG MAASSEN (NR. 5)

In diesem Zusammenhang kann man nur hoffen, dass sich die „vernünftigen“ Kräfte in der AfD endgültig durchsetzen, denn eins steht auch fest: Die CDU ist für bürgerlich-konservative Wähler nicht mehr wählbar – und an den schwindenden Zustimmungswerten findet man das ja auch bei jeder der letzten Wahlen bestätigt. Man kann nur den Kopf schütteln, wie sich eine Partei derart selbst ruinieren kann, und man murmelt heimlich: recht so!

Jürgen Schmidt, Ettlingen

WIE EINE „EINHEITSPARTEI“
ZU: DIE UNION UND IHR PROBLEMFALL HANS-GEORG MAASSEN (NR. 5)

Als einstiger DDR-Bürger, der in Vertrauen auf Helmut Kohl und die Politik der CDU 1989/90 nicht enttäuscht wurde, kann ich heute nach über 30 Jahren nur noch sagen: Aus jener Partei, die damals die Hoffnungen der großen Mehrheit der Deutschen (die nachfolgenden Wahlergebnisse zeigten das auch) erfüllte, und die nach der Abwahl der ersten rot-grünen Katastrophenregierung 2005 noch

einmal Hoffnungen versprühte, ist ein jämmerlicher Haufen geworden.

Die unsäglich verderbliche Rolle einer „Merkel-Ära“ mit der „Säuberung“ jener Partei von sachlich klugen und patriotischen Köpfen, derer letzter wohl inzwischen Herr Maaßen sein dürfte, hat diesen aktuellen Zustand bewirkt. Mit Grünen, SPD und Linken bildet sie heutzutage eine „Einheitspartei“, die fatal an finstere DDR-Zeiten erinnert.

Manfred Kristen, Freital

DIE STRAFE WIRD FOLGEN
ZU: DIE AMAZONE DER FDP (NR. 5)

Insgesamt stehen Sie von der PAZ ja der FDP immer noch recht wohlwollend gegenüber, sonst würden Sie einige wichtige Hintergrundinformationen nicht berücksichtigen. Diese Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist nicht nur eine sehr kriegstreibende Persönlichkeit, sondern darüber hinaus auch eine starke Lobbyistin der Rüstungsindustrie.

Ob sie oder auch ihr FDP-Vorsitzender und Finanzminister Christian Lindner etwas zum Überleben der Liberalen beitragen kann, ist für mich nicht nachvollziehbar, da die Parteiführung unter seiner Führung alles vergessen hat, womit sie im Wahlkampf das Bürgertum überzeugen will, Hauptsache man kommt an die Macht. Dafür wird sie auch in den nächsten Wahlen sicherlich hart bestraft werden.

Dr. Volker Daum, Bayreuth

KLEINE WIEDERGUTMACHUNG
ZU: DEUTSCHLAND HAT DAS RECHT ZU ZWEIFELN (NR. 4)

Endlich ist das Scholzen (neudeutsch „scholzing“) beendet. Dabei führt schon das Zitat des römischen Dichters Publilius Syrus „Bis dat, qui cito dat“ (Doppelt gibt, wer schnell gibt) zur Vermutung, dass der Verteidigungsverlauf anders gewesen sein könnte, wenn die Lieferung früher erfolgt worden wäre.

Es mag durchaus zutreffen, dass die Menge der vom Westen lieferbaren Panzer in Anbetracht der Breite der Rückeroberungslinie nicht ausreichend, also eher symbolisch zu werten ist, und der „Leo“ somit nicht „die Lösung“ oder ein sogenannter Gamechanger sein wird, so werden dennoch militärische Erfolge durch ihn sicherlich nicht ausbleiben; dazu ist er vermutlich zu gut.

Ein viel entscheidenderer und damit guter Grund zur Lieferung besteht in psychologischen Wirkungen auf Putin und die Ukraine: Wenn Putin eskalieren will, wird er dafür immer einen Grund finden und braucht dafür keineswegs die Panzerlieferung. Er erkennt so aber, dass Deutschland letztlich nicht vor seiner und seiner Vasallen Drohung eingeknickt und der Westen nicht gespalten sind – für ihn eine weitere, aber bislang unberücksichtigte Erkenntnis. Und die Ukraine kann in ihrem aufopferungsvollen Befreiungskampf wieder Hoffnung auf eine weitere Unterstützung durch uns schöpfen. Eine kleine Wiedergutmachung, und die Dankbarkeit der Bevölkerung ist bereits mit den Händen zu greifen. Fazit: Endlich!

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Müllheim

WAHRE VERFASSUNGSFEINDE
ZU: VERFASSUNG UND WIRKLICHKEIT (NR. 2)

Das Thema Verfassung und Wirklichkeit regt mich schon seit einiger Zeit auf, a) weil deutsche Regierungsmitglieder lautstark in anderen Ländern Demokratie einfordern und selber keine Trennung zwischen Legislative und Exekutive praktizieren und b) deutsche Politiker der rechten politischen Konkurrenz vorwerfen, Verfassungsfeinde zu sein und ihnen selbst das Grundgesetz schnuppe ist.

Wie oft musste das Bundesverfassungsgericht Gesetze annullieren, weil sie nicht verfassungsgemäß waren? Wenn der Bundesregierung irgendein Grundgesetzartikel nicht passt, wird er ausgesetzt wie die Wehrpflicht, mit einfacher Mehrheit beschlossen. *Gerhard Wagner, Ratingen*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KÖLNER KARNEVAL

„Ov krüzz oder quer“

200 Jahre organisierter Karneval in Köln – Reglements, Verbote und neu-zeitgeistige Selbstzensur bestimmen das Narrentreiben

VON SIEGFRIED SCHMIDTKE

Köln fiebert – jahreszeitlich bedingt. Genau genommen schon seit dem „Elften im Elften“, dem offiziellen Beginn einer Session. Die Session – das ist die Zeit vom 11. November (des Vorjahres) bis zum Aschermittwoch (im aktuellen Jahr) – wird „die fünfte Jahreszeit“ genannt. Oder kurz: Karneval.

In diesem Jahr feiert der Kölner Karneval ein besonderes Jubiläum: Die 200. Karnevals-Session will beziehungsweise muss organisiert und geplant werden. Dazu gehört insbesondere ein Sessions-Motto und die Wahl eines Führungstrios, bestehend aus Prinz („Seine Tollität“), Bauer („Seine Deftigkeit“) und Jungfrau („Ihre Lieblichkeit“). Die Kölner sagen auch „Trifolium“ oder – seit 1937/38 – „Dreigestirn“ dazu.

Das aktuelle Sessions-Motto lautet, in kölscher Sprache: „Ov krüzz oder quer“, wörtlich übersetzt: Ob kreuz oder quer, und greift auf ein Karnevalslied von 1905 zurück. „Ov krüzz oder quer, ... – mer looße nit ... vum Fasteleer!“ Chef-Karnevalist Christoph Kuckelkorn vom Festkomitee Kölner Karneval erklärt die Bedeutung so: „Wie es also auch kommen mag, die Kölner lassen nicht von ihrem Fasteleer“, wobei „Fasteleer“ für Fastnacht beziehungsweise Karneval steht.

Als Höhepunkt der Session steht der Rosenmontagszug im Mittelpunkt der Planung. Das weltweit beachtete Aushängeschild des Kölner Karnevals ist nach Einschätzung von Zugleiter Holger Kirsch „Deutschlands größte Veranstaltung unter freiem Himmel“. Erwartet werden am 20. Februar in diesem Jahr eine Million Besucher am neun Kilometer langen Zugweg und vier bis fünf Millionen Zuschauer an den TV-Geräten. Etwa 12.000 Menschen werden am Zug teilnehmen: zu Fuß, auf Pferden oder auf den fast 200 Fest-, Persiflage- und Baggagewagen.

Der erste Kölner Rosenmontagszug zog am 10. Februar 1823 unter dem Motto



In Köln wird man wieder ukrainisch viel Blau-Gelb sehen: Die Jecken lassen sich von Wladimir Putin nicht die Laune verderben

„Thronbesteigung des Helden Carneval“ durch die 1815 preußisch gewordene Stadt Cöln. Der „Held Carneval“ war eine Art Vorläufer der späteren Figur des „Prinz Carneval“. Bis zu seinem Tod im Jahr 1837 stellte der Kölnisch-Wasser-Fabrikant Emanuel Ciolina Zanoli den „Helden“ dar. Allerdings nicht im Jahr 1830, denn damals verbot die preußische Obrigkeit „wegen politischer Kritik“ den Rosenmontagszug.

Fast schon als Sensation wird der diesjährige Zugweg behandelt. Denn zum ersten Mal in der 200-jährigen Geschichte des Kölner Rosenmontagszuges bewegt sich „d'r Zoch“ von der rechten Rheinseite (die „Schäl Sick“ = die scheele/schlechte Seite) über die Deutzer Brücke zum „richtigen“, linksrheinisch gelegenen Köln.

Natürlich spielte diese erstmalige „Brückenquerung“ über den Rhein in der Planung eine Rolle. Wegen der Tragfähigkeit der Brücke gab es anfangs große Bedenken. „7000 Menschen sind zugelassen“, sagt Zugleiter Kirsch. Bei etwa 1800 Zugteilnehmern auf der Brücke bleibt noch Platz für 5200 Zuschauer. Das Reglement sieht daher elektronische Zugangskontrollen an den beiden Enden der Brücke vor.

Den Preußen ein Dorn im Auge

Apropos Kontrolle: Die überwiegend evangelisch sozialisierten Preußen übernahmen nach dem Sieg über Napoleon im Jahr 1815 das überwiegend katholisch geprägte Rheinland und damit auch die Stadt Cöln. Die in katholischen Ländern

üblichen Sitten und Gebräuche waren den neuen Herren allerdings nie ganz geheuer.

Besonders das ausgelassene, fast schon anarchische Karnevals-Treiben war ihnen ein Dorn im Auge. Da zogen nämlich alkoholisierte, betrunkene Menschen durch die Gassen und Straßen der Dörfer und Städte, urinierten an Hauswände und pöbelten ihre Mitmenschen an. Für ordnungsliebende Preußen eine Unsitte, die es zu beseitigen galt.

„Wir müssen das wieder in ordentliche Bahnen lenken und die Tradition bewahren“, befand der Kölner Kommunalpolitiker Heinrich von Wittgenstein (1797–1869). Mit Gleichgesinnten gründete er deshalb 1823 das „Festordnende Comité“ und legte damit den Grundstein für den organisierten Karneval. Der „ordnen-

de“ Verein sollte einem drohenden Verbot des Karneval-Treibens zuvorkommen. Ausschweifendes, unangepasstes, ja, auch aufmüpfiges Verhalten gegen die Herrscher und die herrschenden Regeln sollte gebändigt oder gar unterdrückt – kurz gesagt: reglementiert werden.

Nunmehr 200 Jahre konnte der Kölner Karneval mit beziehungsweise nach diesen Prinzipien (über)leben. Ausgefallen ist der Rosenmontagszug trotzdem über 30 Mal in den vergangenen 200 Jahren: Anfangs meist durch Verbote der Preußen oder durch eine ein Verbot vorwegnehmende Selbstkontrolle. Im 20. Jahrhundert waren Kriege und direkte oder indirekte Kriegsfolgen der Grund für ausgefallene Rosenmontagszüge: zuletzt 1991 wegen des Irakkriegs.

Hart traf die Corona-Pandemie das Dreigestirn im Jahre 2021: Der Rosenmontagszug fiel aus, wurde ersatzweise ein miniature vom Kölner Hänneschen-Puppentheater simuliert. Selbst eine zweite Amtszeit im Jahr 2022 ließ das Trifolium „Zug-los“ zurück. Zur Erinnerung: Ein abgespeckter „Zoch“ sollte ein paar Runden im Fußball-Stadion drehen. Wegen des Ukrainekriegs fiel dann aber auch diese Ersatzlösung aus.

Zurück zu Selbstkontrolle und Anpassung. Die nach der Corona-Pandemie scheinbar wieder heile Welt des rheinischen Karnevals wird mit neuen Fragen konfrontiert. Welche Karnevals-Kostüme sind keine kulturelle Aneignung, welche ein Tabu? Darf sich mein Kind als Indianer, Cowboy, Chinese, Schwarzafrikaner, Polizist oder „Terrorist“ verkleiden? Einige Eltern und Lehrer in Bonn waren extrem verunsichert und fragten nach einem „Leitfaden“. Eine FDP-Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag stellte gar die „dringliche Frage“ im Schulausschuss: „Gibt das Schulministerium Empfehlungen zur Kostümierung zu Karneval heraus?“ Die grün-schwarze Mehrheit im Ausschuss sah keine Dringlichkeit – wohl auch, um nicht mit Verbots-Empfehlungen in neue Fettnäpfchen zu treten.

DUISBURGER KARNEVAL

Ein Helau aus dem Kohlenpott

Jenseits der Karnevalshochburgen wird nicht minder ausgiebig gefeiert – Die Duisburger leisten sich einen ganzen Narren-Hofstaat

Der Winter, Frühjahr, Sommer und Herbst begleiten uns mit ihrem jeweiligen dazugehörigen Wetter durch das Kalenderjahr. Insbesondere im Rheinland kommt aber noch eine fünfte Jahreszeit hinzu: die Karnevalssession. Sie dauert von Hoppedit-zerwachen am „Elften im Elften“ bis Aschermittwoch mit seinem beweglichen Datum.

Mainz, Köln und Düsseldorf gelten gemeinhin als Karnevalshochburgen. Doch auch in anderen Städten der früheren preußischen Rheinprovinz wird gefeiert. So gibt es in Duisburg den größten Rosenmontagszug am Niederrhein. Die Anfänge des Duisburger Karnevals reichen bis ins Mittelalter zurück. Im örtlichen Stadtarchiv gibt es eine Originalurkunde aus dem Jahr 1377, aus der hervorgeht, dass die Bevölkerung kräftig und ausgiebig dem Frohsinn nachging.

Der organisierte Karneval begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die ersten Karnevalsgesellschaften gegründet wurden. 36 solcher Vereine mit rund 5500 Mitgliedern gibt es heute. Sie sind im Hauptausschuss Duisburger Karneval (HDK) zusammengeschlossen. Der

HDK ist rein formal die Organisation, welche die Großveranstaltungen wie den Rosenmontagszug durchführt. Deren Bandbreite reicht vom Hoppedit-zerwachen über Prunksitzungen bis zum Straßenkarneval.

Der Straßenkarneval beginnt mit der Weiberfastnacht (inklusive Rathaussturm durch die Möhnen). Es folgen die Umzüge am Tulpensonntag in Hamborn und Serm, wobei sich der Kinderkarnevalszug in Hamborn besonders großer Beliebtheit erfreut. Am folgenden Tag gibt es dann den Höhepunkt einer jeden Session: den Rosenmontagszug. Gefühlt ist damit der Karneval zu Ende.

In diesem Jahr gibt es zwei erwähnenswerte Besonderheiten. Die Aktion „Jecke Kids“ ermöglicht es körperlich und geistig eingeschränkten Kindern, auf den Mottowagen mitzufahren. Und der Bildhauer Jacques Tilly, der schon viele Mottowagen für den Düsseldorfer Karneval gebaut hat, steuert in diesem Jahr den Prinzenwagen für den Duisburger Rosenmontagszug bei.

„Seine Tollität“ Kai-Uwe I. ist der diesjährige „Prinz Carneval“. Im Haupt-

beruf Handelsfachwirt und in der Geschäftsführung eines Duisburger Unternehmens tätig, kann er auf eine gelungene Session zurückblicken. Die Menschen finden allen Widrigkeiten zum Trotz wie den Ukrainekrieg, die Inflation und Energiekrise wieder Freude am Feiern.



Narrengruß in Duisburg: Rosenmontagszugsteilnehmer am Opernplatz

Zum Rosenmontagszug im Jahr 2020, dem letzten vor der Corona-Pause, kamen schätzungsweise 30.000 Besucher. Ob auch 2023 wieder so viele Zuschauer kommen, wird sich zeigen. Nachholbedarf sehen die Veranstalter auf jeden Fall – Duisburg sei nach ihren Worten schließlich gut im Feiern.

Der Duisburger Hof liegt zentral und ist eines der gediegensten Hotels der Ruhrmetropole. Dort liegt das Hauptquartier des Hauptausschusses Duisburger Karneval. Dort verbringen Dreigestirn und Hofstaat viel Zeit während der Session. Man lebt zusammen, wie seine Tollität erzählt, und habe dort ein Zimmer. Was auch daran liegen mag, dass alle zentralen Veranstaltungen bequem und leicht von hier zu erreichen sind. Selbst der Rosenmontagszug führt hier vorbei.

Die Karnevalsgesellschaften vor Ort führen Namen wie „Alle Mann an Bord“, „KG Sonniger Süden Blau Weiß“ oder „Duisburger Musketiere“. Hier wird Brauchtum und Tradition gepflegt, und beides kommt von Herzen.

Der Karneval lebt in Duisburg vom Ehrenamt. Fest angestellte Mitarbeiter wie

etwa in Düsseldorf und Köln gibt es nicht. Wer mitmachen will wie beispielsweise in der siebenköpfigen Prinzencrew, der muss dafür viel private Zeit investieren. Und das ist auch bei Veranstaltungen auf der Bühne sichtbar. Anders als bei der Konkurrenz in den Hochburgen bleibt der „Prinz Carneval“, wenn er kommt, dauerhaft im Rampenlicht, hält eine Rede, singt und tanzt. Das dauert dann schon mal mehr als zehn Minuten.

An Aschermittwoch ist dann alles vorbei? Vernachlässigt man das Nachbereiten der abgelaufenen und das Vorbereiten der kommenden Session, gibt es immer noch das 1. Niederrheinische Karnevalsmuseum am Mattlerbusch in Duisburg. Es zeigt seit 1973 eine riesige Sammlung an Uniformen, Orden, Fotos und vielem mehr.

Geld hat man. Oder auch nicht. Aber man spricht nicht drüber. Duisburg verdient nach Aussage des HDK – im Gegensatz zu den Hochburgen – kein Geld mit dem Karneval. Auch wenn keine konkreten Zahlen genannt werden – man ist offensichtlich über jeden Euro froh, den man durch Werbung und öffentliche Förderung einnimmt. *Andreas Rüdiger*

● FÜR SIE GELESEN

Alltag im Museum

Der in Wien geborene Journalist Wolfgang Luef macht Museumsbesuchern mit seiner Buchreihe „Im Museum gewesen. Überall meine Familie gesehen“ oder „Im Museum gewesen. Überall meine Arbeit gesehen“ das Leben leichter. Man kann sich regelrecht vorstellen, wie der Autor in den Museen durch die Reihen der Gemälde ging, die Säle durchquerte und dabei auf seltsame Ideen kam. Was, wenn man die Meisterwerke großer Künstler anders interpretierte?

Mit seinen Büchern möchte Luef die Sichtweise auf Kunstwerke in unseren Alltag lenken. So fand er für zahlreiche Werke neue Titel, die zum Teil recht witzig daherkommen und mit Sicherheit den Betrachtern ein Lächeln ins Gesicht zaubern. „Vom Stilen in der Öffentlichkeit über plötzliche Wutanfälle, Elterngeld-Bürokratie und Kita-Suche bis hin zum Leben mit rebellischen Teenagern, lassen sich Höhen und Tiefen des Elternseins in der klassischen Kunst entdecken“, meint der Verlag.

Eine hübsche Aufmerksamkeit für liebe Kollegen ist auch der kleine Band über den Alltag im Büro. Da wird unter anderem anhand verschiedener Bilder vergangener Jahrhunderte eine typische Weihnachtsfeier in einem deutschen Büro neu betitelt. Vielleicht ist es so manchem zu blasphemisch, Rembrandts, Tintoretts oder Corinths Darstellungen auf diese Weise zu „entweihen“, lustig ist es allemal.

Angenehmer und unbeabsichtigter Nebeneffekt dabei ist, dass man sich die Werke alter Meister noch einmal genauer anschaut, um zu erfahren, was die Künstler mit den Bildern sagen wollten. So hat das Ganze neben der humorigen Seite, die natürlich nicht jedermanns Geschmack ist, zusätzlich auch noch einen kleinen Lerneffekt.

Silvia Friedrich



Wolfgang Luef: „Im Museum gewesen. Überall meine Familie gesehen“ und „Im Museum gewesen. Überall meine Arbeit gesehen“, Yes Verlag, München 2022, gebunden, je 64 Seiten, 9,99 Euro

Aller guten Dinge sind grün

Der Karikaturist und Satireautor Bernd Zeller nimmt in seiner Cartoon-Sammlung „Furcht und Elend des grünen Reiches“ die Schrulligkeit und das Ansinnen der Grünen, bestimmen zu wollen, was für die Mehrheit gut ist, aufs Korn. Zeller stellt mit brillantem Witz ganz alltägliche Szenen in Schwarz-Weiß-Zeichnungen dar, in denen die Absurdität manch grünen Ansinnens zum Ausdruck kommt.

MRK



Bernd Zeller: „Furcht und Elend des grünen Reiches“, Solibro Verlag, Münster 2021, gebunden, 99 Seiten, 20 Euro

RATGEBER DER WOCHE

Wenn die Seele schmerzt

Was man für eine stabile Psyche tun kann, wie man Erkrankungen begegnet und wie man im seelischen Gleichgewicht bleibt, erklären die „Seelen Docs“

FOTO: SHUTTERSTOCK



Effektive Wissensvermittlung bieten neben den bekannten „Ernährungs Docs“ nun auch die „Seelen Docs“. Drei renommierte Experten klären über seelische Krisen auf und geben Anleitungen zur Selbsteinschätzung, etwa woran man erkennt, dass man ernst-

haft erkrankt ist oder ob es sich um eine vorübergehende Verstimmung handelt. Neben Grundlagenwissen über die Psyche geben sie zahlreiche hilfreiche Informationen zu den häufigsten seelischen Erkrankungen und Behandlungsmöglichkeiten.

MRK

Prof. Dr. Andreas Ströhle/Dipl.-Psych. Janina Rogoll/Prof. Dr. Thomas Fydrich: „Die Seelen Docs. Was Sie über psychische Gesundheit und Krankheit wissen sollten“, Knaur Verlag, München 2023, gebunden, 256 Seiten, 24 Euro

HISTORISCHER ROMAN

Ein Zeppelin über Teheran

Der Autor Stefan Piasecki stellt in „Himmelsleiter“ einen Berliner Pionier vor, der im Iran der 1920er Jahre ein gewagtes Luftfahrtkreuz aufbaut

VON HARALD TEWS

Seitdem im Iran die Mullahs herrschen, macht man als Ausländer lieber einen großen Bogen um das Land. Dass es früher einmal anders war, veranschaulicht Stefan Piasecki in seinem Roman „Himmelsleiter“, in dem sich Bürger vieler Nationen in dem weltweiten Land versammeln, darunter auch Deutsche.

Der Erzähler führt uns in die Welt der späten 1920er Jahre ein, als der Iran noch Persien genannt wurde und mit Reza Schah die Pahlavi-Dynastie begann, die 1979 mit der islamischen Revolution endete. Umgeben von westlichen Glücksrittern, Geheimagenten und Femme Fatales soll der Berliner Hochschuldozent und Ingenieur Wilhelm Darburg in Teheran für eine neue Zeppelin-Verbindung einen Luftkruzstützpunkt aufbauen. Da er früher bereits das Land bereist hatte, ist er der ideale Mann für die DELAG, der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft, die mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ eine Orientverbindung zwischen Indien und Deutschland einrichten will, um den Briten die Lufthoheit im Handelsverkehr streitig zu machen.

Als Darburg nach Persien kommt, findet er ein Land vor, in dem die Moderne gerade Einzug hält. So trifft er auf eine junge Landsmännin, die in Teheran gegen die übermächtige Konkurrenz aus den USA ein Ufa-Kino eröffnen will. Gleichzeitig erfährt man von islamischen Feiern wie dem „Moharram“, bei dem ein aufgewühlter Mob Ausländer angreift, die von Kosakenbrigaden geschützt werden müssen, weil

auf die Polizei kein Verlass ist. Und schon damals galt für Ausländer: „Die inneren Angelegenheiten des Gastlandes öffentlich zu erörtern, war ihnen untersagt.“

Mit einfühlsamer Kennerschaft eben dieses Landes entfaltet Piasecki ein lebhaftes Panorama der persischen Gesellschaft, in dem Darburg nach vielen Kämpfen am Ende sein berufliches und privates Glück findet. Angereichert ist der Roman mit dokumentarischem Foto- und Kartenmaterial sowie technischen Zeichnungen des LZ127 „Graf Zeppelin“.

Mit ähnlicher wissenschaftlicher Akribie hat der Autor, der im Hauptberuf Soziologie- und Politikprofessor in Duisburg ist, mit „Kleine Frau im Mond“ schon zuvor einen ebenso lehrreichen Roman über das Ufa-Filmunternehmen der 1940er Jahre geschrieben, der jetzt um Bildmaterial erweitert neu aufgelegt ist.



Stefan Piasecki: „Himmelsleiter – Nardebane Aseman“, edition vijo, Krefeld 2023, 388 Seiten, 26,95 Euro (gebunden), 19,95 Euro (Taschenbuch)



„Kleine Frau im Mond: Leben zwischen Traumfabrik und totalem Krieg“: edition vijo, Krefeld 2023, 494 Seiten, 29,95 Euro (gebunden), 24,90 Euro (Taschenbuch)

VERTEIBUNG

Die Schuldfrage neu beleuchtet

Der Krieg in der Ukraine hat die beiden Autoren Thomas Kreuzmann und Werner Sonne bewegt, sich mit „Schuld und Leid“ auseinanderzusetzen

VON DIRK KLOSE

Das Titelbild des Buches „Schuld und Leid. Das Trauma von Flucht und Vertreibung“ ging um die Welt: Eine ukrainische Mutter beweint den Tod ihres Sohnes, der am 6. April 2022 im Kiewer Vorort Butscha erschossen worden war. Für Thomas Kreuzmann und Werner Sonne steht das Bild beispielhaft für das Leid, das Kriege, Flucht und Vertreibung in aller Welt hervorrufen. Sie haben nicht zufällig im Untertitel die Jahreszahlen 1945 und 2022 gewählt, den Beginn von Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen aus dem Osten und den Ukrainekrieg. Ihre zentrale Fragestellung lautet: Wie verhalten sich die Deutschen gegenüber der russischen Aggression? Wird jetzt die langwierige Diskussion um deutsche Schuld und deutsches Leid wieder aufgerollt?

Zu Beginn des Buches zeigen sie an mehreren Beispielen, dass und wie stark immer noch von der Flucht herrührende Traumata lebendig sind, nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern auch bei deren Nachkommen. Die Wissenschaft hat dafür den Begriff „transgenerationale Traumatisierung“ gefunden. Schuld und Leid, das sagen hier zitierte Politiker immer wieder, sind untrennbar miteinander verbunden. Zur Versachlichung könne jetzt auch das neue Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin beitragen, dessen Werdegang die Autoren fast minutiös beschreiben.

Den Großteil des Buches nimmt die Geschichte der deutschen Vertreibung

ein. In locker gehaltenem Stil erzählen die versierten ARD-Fernsehjournalisten wichtige Etappen: die Potsdamer Konferenz 1945, eine Diskussion der Opferzahlen, die Aufnahme der Vertriebenen in der neuen „kalten Heimat“ (Kossert) an bedrückenden Beispielen, das Tabuthema Vertreibung in der DDR, die Ostpolitik Brandts ab 1969, schließlich die Politik Helmut Kohls zur deutschen Vereinigung. Auch das ist nichts Neues: der 2+4-Vertrag und der Nachbarschaftsvertrag mit Polen von 1991 besiegelten „die Gebietsverluste des früheren Deutschen Reiches und damit den Verlust der Heimat für Millionen Deutsche aus Pommern, Schlesien oder Ostpreußen“.

Das kennt man alles, gleichwohl ist das Buch gut zu lesen auch wegen zahlreicher Informationen von damals verantwortlichen Politikern, die die Autoren interviewen konnten. Im letzten Kapitel wenden sie sich dezidiert an den Bund der Vertriebenen mit der Frage, wie er sich künftig positionieren will: nach wie vor nur als Vertretung der deutschen Vertriebenen oder als Helfer und Unterstützer von den vielen ausländischen Vertriebenen, die heute nach Deutschland kommen.



Thomas Kreuzmann/Werner Sonne: „Schuld und Leid. Das Trauma von Flucht und Vertreibung 1945–2022“, Mittler Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 320 Seiten, 24,95 Euro

ERINNERUNGEN I

Was bleibt von einem ostpreußischen Leben übrig?

Im Gedenken an meine Großmutter Ursula Schindler geborene Machmüller (1921–2022)

VON GERALD SCHUSTER

Nein, Traurigkeit und Sentimentalität waren nichts für meine fröhliche ostpreußische Großmutter, die ihre Kindheit und Jugend in Tapiaw, Herzogswalde und Königsberg verbrachte. Auf Vertriebenentreffen ist sie daher nur in der Anfangszeit gegangen: Sie hat es nicht ertragen, dass dort so viel geweint wurde. Als jahrzehntelange Leserin des *Ostpreußenblattes* beziehungsweise der *PAZ* war sie jedoch immer über die Entwicklungen in den Vertriebenenverbänden und besonders natürlich der Landsmannschaft Ostpreußen informiert.

Unzählige Bekannte und Freunde aus ostpreußischer Zeit hat sie durch ihre Lieblingsrubrik „Die Ostpreußische Familie“ noch Jahrzehnte nach dem Krieg wiedergefunden. Am Ende hat sie fast alle überlebt.

Mit der endgültigen Festsetzung der Oder-Neiße-Grenze im Zuge der deutschen Vereinigung Deutschlands hatte meine Großmutter recht bald ihren Frieden gemacht. Sie besaß die bewundernswerte Gabe, das Hier und Jetzt anzunehmen und nicht an der Vergangenheit zu zerbrechen. Dazu beigetragen hat sicherlich, dass 1945 einem großen Teil ihres Freundeskreises die Flucht nach Westdeutschland geglückt war. Sie fanden sich im Raum Göttingen und Braunschweig, wo sie die letzten 40 Jahre lebte, wieder, gründeten Familien und schlugen dort Wurzeln.

Freunde durch „Die Ostpreußische Familie“ wiedergefunden

Das alles fing meine Großmutter auf und milderte den Schmerz über den Verlust ihrer ostpreußischen Heimat. Zudem half es ihr, die Fassung zu bewahren, als sie nach der Öffnung des nunmehr sowjet-russischen Königsberger Gebietes 1991 erstmals nach dem Krieg wieder ihre Heimat besuchen konnte und die Orte ihrer Kindheit in einem ganz anderen Zustand vorfand, als sie sie 1945 verlassen musste.

Kurz nach dem Ableben meiner Großmutter wird der gegenständliche Teil



Stationen eines Lebens: Die Großmutter des Autors (4. v. l. hintere Reihe im weißen Kleid bei der Goldenen Hochzeit ihrer Eltern (jeweils 1. v. l.) – und Jahre später beim Spiel mit ihrem Enkel im Garten (um 1977)

Fotos: Schuster

dieses so langen Lebens dann in wenigen Tagen nüchtern und profan abgewickelt: das Zimmer im Braunschweiger Seniorenheim aufgelöst, die Habseligkeiten verteilt, verschenkt, weggegeben, die letzten Rechnungen beglichen.

Die Erinnerungen an einen wunderbaren Menschen und die gemeinsam verbrachte Zeit hingegen bleiben bis zum Ende des eigenen Lebens. Diese Feststellung ist nun sicherlich nicht überraschend und auch nicht einzigartig. Aber gerade im Kontrast dazu scheint man die Frage, was nun Ostpreußisches von diesem Menschen übrigbleibt, ungleich schwerer beantworten zu können, zumal ja schon 1945 so viel Ostpreußisches verlorengegangen war beziehungsweise zurückgelassen werden musste.

Auf den ersten Blick verbleibt bis auf einige Bernsteinketten und Schwarz-Weiß-Fotos nur wenig und insbesondere nicht das, was unter „normalen“ Umständen selbstverständlich gewesen wäre. So haben die Kinder keinen Zugang zur Heimat der Mutter gefunden – ein weitverbreitetes Phänomen.

Ostpreußisches lebt verdeckt in den Nachkommen weiter

Nachdem Reisen dorthin nach 1990 wieder problemlos möglich waren, hatten sie bereits ein halbes Leben gelebt, ein Leben, in dem der geographische Blick zwar nach Westen, Süden und Norden, nicht jedoch nach Osten gerichtet war. Man kann es ihnen nicht verdenken. Darüber, dass sie auch nach 1990 keinen Weg



nach Ostdeutschland gefunden haben, vermag ich als Angehöriger der Enkelgeneration nicht zu urteilen.

Das Ostpreußische lebt verdeckt in den Nachkommen meiner Großmutter weiter und wird bei dem einen oder anderen in welcher Form auch immer zum

Vorschein kommen, so wie beim Verfasser: Durch ein Inserat im *Ostpreußenblatt* über ein Pfingstlager in Ostpreußen des Jugendverbandes der Landsmannschaft, auf das ich während eines Besuchs bei meiner Oma aufmerksam wurde, war mein Interesse endgültig geweckt. Ich wollte mir selbst ein Bild von diesem Land machen, das ich bis dahin nur aus Erzählungen kannte.

Nach der Teilnahme am Pfingstlager folgten viele weitere Reisen in dieses wunderschöne, wenn auch geschundene und vernarbte Land, alleine oder mit Kollegen des Bund Junges Ostpreußen. Mir tat sich eine völlig neue Welt auf. Brauchtum wie ostpreußische Volkslieder, Volkstänze und Geschichten, aber auch Kriegsgräberpflege standen regelmäßig auf dem Programm. In kaum einer europäischen Region treffen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft so ungefiltert und ungebremst aufeinander wie in dem durch Staats- und Systemgrenzen zerrissenen Ostpreußen.

Schmerzlich bewusst wird einem das, wenn man mitten in Ostpreußen vor den hässlichen Grenzbefestigungen, die die Landschaft zerschneiden, steht und nicht weiterkommt. Gerade hier flammt die Sehnsucht nach einem friedlichen, sicheren und prosperierenden Europa ohne Binnengrenzen und Visumsmauern auf, auch wenn das in diesen Tagen wie ein frommer Wunschtraum erscheint.

Meine ostpreußische Großmutter hat mir eine faszinierende neue Welt eröffnet, die mir sonst wohl verschlossen geblieben wäre: Ostpreußen, ein immer noch unbekanntes und aus der Zeit gefallenes Land mitten in Europa, das wie ein Brennglas unseres Kontinents ist.

Am 23. Dezember 2022 hat ein großes ostpreußisches Herz aufgehört zu schlagen. Ruhe in Frieden, liebe Oma.

ERINNERUNGEN II

Von der Sehnsucht nach der geliebten Heimat angetrieben

Ursula Greschkowitz hat die Geschichten ihrer Mutter niedergeschrieben – Zahlreiche Reisen nach Masuren seit 1978

Ursula Greschkowitz lebt seit über vierzig Jahren in Witten, doch ihr Herz hängt immer noch an ihrem geliebten Masuren, wo sie bis zu ihrem neunten Lebensjahr aufgewachsen ist.

Heute scheint der Süden Ostpreußens, der Landstrich von Ortelsburg [Szczytno] bis zur damaligen polnischen Grenze über Willenburg bis Flammberg, vergessen zu sein, vermutet sie zu Recht. Gegen dieses Vergessen hat sie für ihren Sohn und ihre anderen jüngeren Verwandten ein romanhaft ausgestaltetes, sehr schön geschriebenes Erinnerungsbuch geschrieben, denn auch diese wussten nur wenig über „unser schönes Masuren“ und vom Leben der Vorfahren in den Dörfern, die weitab von den großen Städten Ostpreußens lagen. „Masuren, mein Masuren. Erinnerungen an ein Paradies“ lautet der Titel des Buches der hoch betagten Zeitzeugin, die 1936 in Klein-Schiemanen (Kreis Ortelsburg) geboren wurde. Glücklicherweise hat Jeschonowitz ihren eigenen und gro-

ßenteils mit Erzählungen ihrer Mutter bereicherten Erinnerungsschatz wunderbar lebhaft und anschaulich aufbereitet. Ihre Mutter Henriette wiederum kannte viele Geschichten von ihrer Mutter Auguste, die 1888 in Jeschonowitz (später Eschenwalde) geboren wurde. In Kutzburg bei Willenberg auf dem Abbau wohnte Ursulas Oma Katharina, die Mutter ihres Vaters. Dieser arbeitete in Königsberg auf der Schichau-Werft. Die Generation der Eltern war die letzte, die neben Deutsch auch Masurisch-Polnisch sprach. Das Buch ist mit Fotos aus der alten Zeit und von ihren Sehnsuchtsreisen nach Masuren ab 1978 ausgestattet.

Geliebtes Brauchtum

Greschkowitz war ein Einzelkind, doch es gab eine kinderreiche Verwandtschaft in der Nähe und in den umliegenden Dörfern. Auch mit den Kindern der Freundinnen ihrer Mutter hat Ursula gespielt. Sie erzählt vom Auf und Ab im Leben der

Dorfbewohner und der Verwandten, die nach Westfalen auswanderten, um „auf Zeche“ zu arbeiten.

Nie war man untätig. Sie selbst wurde mit fünf Jahren schon zum Kühehüten auf die Weide geschickt und holte abends manchmal die Kühe von der Weide. In der Vorweihnachtszeit wurden beim Gänsefederrupfen Weihnachtslieder gesungen. Am Ostermorgen pflegte der Opa den alten masurischen Brauch Schmackostern. Manchmal nahm er sie mit, wenn er mit Pferd und Wagen zum Einkaufen nach Ortelsburg fuhr. Die Jugendlichen saßen nach der Arbeit bis Mitternacht am Wiesenrand und vertrieben sich die Zeit mit „Geschichten erzählen“, oder sie trafen sich im alten Masurenhaus eines verarmten Ehepaars, das reihum von den Dorfbewohnern versorgt wurde.

Über den Krieg wurde oft gesprochen. In der Zeitung, die täglich von der Post geholt wurde, lasen die Erwachsenen als erstes die Todesanzeigen von den gefallenen

Soldaten. Ihre Trauer übertrug sich auf das Kind. Ein Onkel von ihr verlor seine drei Söhne im Krieg. Bis zum 18. Januar 1945 war es der masurischen Landbevölkerung verboten auszureisen. Für Ursula, ihre Mutter und eine Kusine ergab sich in der Nacht zum 19. Januar die glückliche Gelegenheit, dass sie von Soldaten, die auf dem Rückzug waren, in einem Kastenwagen mit auf die Flucht genommen wurden. Nur Stunden später gab es auf dieser Straße kein Durchkommen mehr.

Der hinter ihnen losziehende Dorftreck wurde von den Russen eingeholt. Später erfuhr sie von den Massakern der russischen Soldaten an alten Leuten, Frauen und Kindern. Viele kamen auf unvorstellbar grausige Weise bei den Massakern ums Leben, die von den russischen Soldaten an alten Leuten, Frauen und Kindern begangen wurden. Einige versteckten sich in den Wäldern und in verlassenen, verwüsteten Höfen vor der marodierenden Soldateska.

Inmitten des Gedränges von Tausenden flüchtenden Menschen führen Ursula, ihre Mutter und die Kusine ab Allenstein mit verschiedenen Zügen zuerst zu Verwandten nach Brandenburg und von dort nach Essen-Schonnebeck. Dort lebte die Verwandtschaft der Mutter, „von denen irgendwer im Sommer immer die Ferien bei uns in Masuren verbracht hatte“.

Aus Sehnsucht nach ihrer geliebten, verlorenen Heimat ist Ursula Greschkowitz seit 1978 oftmals nach Masuren gereist. Über diese Reisen berichtet sie in mehreren Kapiteln. *Dagmar Jestrzowski*



Ursula Greschkowitz: „Masuren, mein Masuren. Erinnerungen an ein Paradies“, Pro BUSINESS, Berlin, 2013 (book-on-demand), broschüriert, 160 Seiten, 9,99 Euro

● AUFGESCHNAPPT

In einem Umfeld, in dem die EU-Spitze ohnehin von peinlichen Korruptionsaffären durchgeschüttelt wird, eine weitere heikle Nachricht für Ursula von der Leyen: Die „New York Times“ hat Klage gegen die EU-Kommissionspräsidentin eingereicht, um sie zu zwingen, bestimmte Textnachrichten zwischen ihr und dem Chef des US-Pharmariesen Pfizer, Albert Bourla, zu veröffentlichen. Das berichtet das Politmagazin „Politico“. Die Klage liegt beim Europäischen Gerichtshof. Es geht um die Frage, ob von der Leyen informelle Absprachen mit dem Pfizer-Chef über milliardenschwere Impfstoff-Bestellungen schon vor Beginn der offiziellen Verhandlungen getroffen habe. Die EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Vera Jourova, hat erklärt, die Nachrichten seien möglicherweise gelöscht worden, da sie „kurzlebig und flüchtig“ seien, was angesichts der Milliardenbeträge wie Hohn klingt. Die „Bild“-Zeitung hatte bereits Klagen in dieser Sache eingereicht, mehrere davon sind von den Gerichten jedoch abgewiesen worden. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Reitz deutet im „Focus“ (13. Februar) auf die bundespolitische Botschaft der Berlin-Wahl, die seiner Meinung nach heikel ist für den Bundeskanzler:

„Franziska Giffey's Wahlniederlage ist auch die Niederlage von Olaf Scholz, dem Bundeskanzler. Giffey, die Regierende, hatte auf einen Bundes-Bonus gehofft durch den Kanzler. Und den hat es nun erkennbar nicht gegeben. Die SPD, durch den Bundeskanzler repräsentiert, muss lernen – Olaf Scholz schadet mehr als er nutzt. Das ist in Berlin so, und es war in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen auch nicht anders.“

Gerd Buurmann beschäftigt sich auf „Achtgut.com“ (8. Februar) mit der Karnevalsrede der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann:

„Ein Narr kritisiert die Macht. Marie-Agnes Strack-Zimmermann jedoch ist Teil der Macht. Was aus einem Land wird, in dem die Narren mächtig werden und die Mächtigen närrisch, kann man in manchen Stücken von William Shakespeare verfolgen. Diese Stücke sind jedoch keine Komödien. Es sind Tragödien!“

Ulf Poschardt wirft für die „Welt“ (9. Januar) einen Blick in jene Berliner Viertel, in der sich Rot-Grün-Rot seine Mehrheiten holt:

„Die neuen Wohlstandsviertel im ehemaligen Osten sind Orte absoluter Anpassung und Uniformität. Die nichtpendelnden Vertreter der kreativen Klasse, des grün-roten NGO-Filzes, der Moralmedien und des Transferempfängertums de luxe verwechseln ihren spießbürgerlichen Lebensentwurf mit einer gesellschaftlichen Vision.“

Alexander Schwarz verzweifelt am Niveauverfall im deutschen Politik-Personal. Im Portal „Ansa.org“ (10. Februar) klagt er:

„Wer sich das jüngste TikTok/Instagram-Video der 24-jährigen Grünen-Abgeordneten Emilia ‚Milla‘ Fester ansieht (eine der unfähigsten und peinlichsten Figuren, die es je ins Hohe Haus schafften), wie sie sich im Duett mit ihrer 30-jährigen SPD-Kollegin Rasha Nasr aus Dresden tanzend auf dem Dach des Reichstages präsentiert, dem erschließt sich schlagartig der Niveauverfall, der unaufhaltsame Absturz der politischen Sphäre in die Niederungen von hoffnungsloser Dekadenz und Schwachsinn.“

● WORT DER WOCHE

„Wenn es keinen Straßenbau mehr geben soll, dann gibt es auch keine Stromleitungen mehr. Da kann sich der Robert gehackt legen. Die Zeit des Appeasements ist vorbei.“

Wolfgang Kubicki (FDP) drohte laut „Spiegel“ (13. Februar) nach dem liberalen Wahldesaster in Berlin mit einem härteren Klima in der Ampel

DER WOCHENRÜCKBLICK

Es klingelt

Warum uns der Vorwurf „Verschwörungstheorie“ so wach macht, und was Seymour Hersh anbietet

VON HANS HECKEL

Das hätte sie nicht sagen dürfen: Die US-Reporterlegende Seymour Hersh habe zwar große Verdienste erworben mit der Enthüllung des US-Massakers im südvietnamesischen My Lai oder des Folterskandals von Abu Ghraib im Irak. In den vergangenen Jahren sei ihm jedoch „vorgeworfen worden, Verschwörungstheorien zu verbreiten“. Deshalb hätten sich die großen US-Medien auch geweigert, seine Geschichte zu Nord Stream abzudrucken.

„Verschwörungstheorien“? Der Begriff war einst ein taugliches Mittel, um unwillkommene Nachrichten wegzuwischen. Klebte das Etikett erst einmal fest genug drauf, rührte die Geschichte keiner mehr an. Dann aber sollten sich immer mehr „Verschwörungstheorien“ oder „Falschnachrichten“ durchaus als Wahrheit entpuppen. Ihre Etikettierung als Lüge oder Unsinn flog als Vertuschungsversuch auf. Die Corona-Zeit hat uns eine ganze Reihe solcher Vorgänge serviert: Weitere Maßnahmen (wie etwa ein Lockdown) seien nicht geplant, verlautete es Anfang März 2020 aus dem Gesundheitsministerium. Wer etwas anderes sage, verbreite „Falschnachrichten“. Später hieß es, eine allgemeine Impfpflicht, von der nur „Schwurbler“ fabulierten, sei nicht geplant (die Pflicht kam bekanntlich nur deshalb nicht zustande, weil sich die Fraktionen im Bundestag rettungslos ineinander verkeilt hatten). Von gefährlichen Nebenwirkungen der Vakzine könne keine Rede sein, und die Theorie, bei dem Virus könnte es sich um eine Labor-Kreation handeln, die sei ja wohl so was von ...

Nach diesen Erfahrungen wirkt der Vorwurf „Verschwörungstheorie“ wie ein lauter Wecker, der selbst den Gutgläubigsten aus dem Schlaf des Vertrauens reißt. So auch jetzt. Die sind also selber schuld.

Und wir sind umso hellhöriger: Was hat Hersh anzubieten für seine Behauptung, die USA steckten hinter dem Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines? Eine anonyme Quelle, die exzellent vernetzt sein soll, sagt er. Viel ist das nicht, monieren seine Kritiker. Indes: Wer wissen will, wie es bekennden, nicht anonymen Quellen ergeht, sollte sich bei Edward Snowden oder Julian Assange erkundigen. Snowden hat sich 2013 nach Moskau abgesetzt und besitzt seit vergangenen September sogar die russische Staatsbürgerschaft.

Assange sitzt in England in Haft, während Washington seit Jahren seine Auslieferung in die USA betreibt, wo ihm bis zu 175 Jahre Haft oder gar die Todesstrafe drohen. Da bleibt man doch lieber anonym, oder?

Das ändert aber nichts daran, dass ein anonymen Zeuge im Dunkeln verharrt und dessen Glaubwürdigkeit daher nicht überprüft werden kann. Knifflige Lage.

Die andere Seite kommt allerdings auch nicht sonderlich vertrauenswürdig daher. Beispielsweise mit dem erwähnten Hinweis auf die Weigerung großer US-Medien, auf Hershs Geschichte einzusteigen. Soll heißen: Wenn die das nicht haben wollen, kann auch nichts dran sein. Indes: Hersh's My-Lai-Reportage haben die großen Häuser auch zunächst abgelehnt, er musste sie über eine klitzekleine Nachrichtenagentur publizieren. Erst nach einem Jahr zogen die Platzhirsche nach, und dann gab's den Pulitzerpreis – so kann es gehen von „krude Verschwörungstheorie“ zu „Jahrhundertenthüllung“.

Ex-BND-Chef August Hanning sagte nur wenige Tage nach den Explosionen, dass die Ostsee eines der am besten überwachten Gewässer der Welt sei, weshalb die Täter wohl rasch ermittelt werden könnten. Was wir immer weniger verstehen ist daher der merkwürdige Befund, dass wir trotzdem immer noch nichts wissen, fast fünf Monate danach. Doch, wir wissen was, erklärt die Bundesregierung auf Anfragen aus der AfD und der Linkspartei. Aber wir sagen euch nichts! Warum? Weil dies das „Staatswohl“ gefährden könnte, da dadurch unsere Ermittlungsmethoden publik würden.

Und dann der „auffällige“ Zeitpunkt

Könnte es sein, dass man uns auf diese Weise darauf vorbereiten möchte, dass wir es niemals erfahren werden? Und außerdem: Wieso war Hanning dann anfangs so zuversichtlich, dass die Urheber zügig ans Licht gezerrt werden können? Hatte er den Aspekt der Geheimhaltung der Ermittlungen schlicht vergessen? Er, der erfahrene und sicherlich immer noch bestens vernetzte Ex-Geheimdienstchef? Fragen über Fragen.

Ein Mann namens Anders Puck Nielsen vom Royal Danish Defense College in Kopenhagen wies in der britischen Zeitung „Sun“ noch auf etwas Weiteres hin, nämlich den seiner Meinung nach „auffälligen“ Zeitpunkt der Explosionen. Zur selben Zeit sei nämlich die Gasleitung von Norwegen nach Polen gerade

eingeweiht worden, um die Abhängigkeit vom russischen Gas zu beenden. Zufall?

Wir können nur abwarten und uns die Zeit mit Dingen vertreiben, von denen wir kurzzeitig dachten, dass so etwas Ernstes wie ein richtiger Krieg in Europa sie in ihrer Nichtigkeit entlarven und somit aus der Weltgeschichte schmeißen würde.

Von wegen: Die „Bundesstiftung Gleichstellung“ hat ganz große Geschütze aufgefahren und fordert die massive Erweiterung des im Volksmund so genannten Antidiskriminierungsgesetzes, das offiziell „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) heißt. Laut der Stiftung soll der „Erwerb von und die Weiterbildung in Diversity-Kompetenz“ für alle Arbeitnehmer „sichergestellt“ und für Führungskräfte aller Art „verpflichtend“ gemacht werden. Und wer gegen das AGG verstoße, dem soll künftig sogar „die Gewerbe-erlaubnis entzogen werden können“.

Als Verstoß gegen das AGG soll auch „der diskriminierende Gebrauch von Sprache in Bezug auf das (nicht binäre) Geschlecht“ gelten. Mit anderen Worten: Wer keine Gendersprache benutzt, verstößt gegen das Gesetz und kann bestraft werden. Wobei die Autoren den Anwendungsbereich des AGG erheblich erweitert sehen wollen, beispielsweise auf „Geselligkeitsvereine wie Schützen- oder Schrebergartenvereine“. Es dürfte kein Zufall sein, dass sich die Autoren ausgerechnet diese beiden Vereinstypen herausgepickt haben, die als besonders traditionell gelten und den Gender-Erzwingern daher wohl besonders verdächtig erscheinen.

Die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, derzeit ist es Ferda Ataman, soll zudem nicht mehr verpflichtet werden, in ihrem Amtseid zu erklären, ihre „Kraft dem Wohl des Deutschen Volkes (zu) widmen“. Dafür möchten wir schon fast wieder Verständnis aufbringen. Man kann der Frau Ataman ja nicht zumuten, ständig ihren Amtseid zu brechen. Was sie vom deutschen Volk hält, hat sie kundgetan, als sie es einen Haufen „Kartoffeln“ schimpfte.

Erst eben noch beteuerten die Kämpfer der Gender-Front, dass niemand zum Gendern gezwungen werden solle. Es sei alles nur eine „Empfehlung“, die niemanden in seiner Freiheit einengen werde, so zu sprechen, wie er will. Wer ein drohendes „Gender-Diktat“ an die Wand male, verbreite daher genderfeindliche „Verschwörungstheorien“. Heißt: Der hat den Wecker gehört.

—
Un glaublich,
weil die
großen US-
Medien seine
Geschichte
nicht haben
wollten?
Das wollten
sie bei My Lai
erst auch
nicht



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de